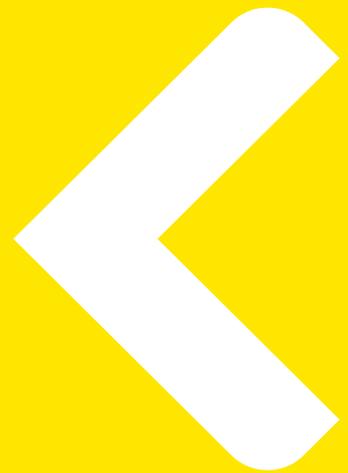




Raiffeisen Bank
International

Halbjahres- Finanzbericht per 30. Juni 2025



Überblick

Raiffeisen Bank International (RBI)

Monetäre Werte in € Millionen	2025	2024	Veränderung
Erfolgsrechnung	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Zinsüberschuss	2.972	2.839	4,7 %
Provisionsüberschuss	1.353	1.319	2,6 %
Verwaltungsaufwendungen	-2.033	-1.886	7,8 %
Betriebsergebnis	2.555	2.428	5,2 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-109	-61	79,9 %
Ergebnis vor Steuern	781	1.813	-57,0 %
Ergebnis nach Steuern	268	1.436	-81,3 %
Konzernergebnis	148	1.324	-88,8 %
Bilanz	30.6.	31.12.	
Forderungen an Kreditinstitute	13.568	18.057	-24,9 %
Forderungen an Kunden	102.202	99.551	2,7 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.074	23.015	0,3 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	121.440	117.717	3,2 %
Eigenkapital	21.174	20.340	4,1 %
Bilanzsumme	203.507	199.851	1,8 %
Kennzahlen	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Return on Equity vor Steuern	13,4 %	18,4 %	-5,0 PP
Return on Equity nach Steuern	8,6 %	14,6 %	-6,0 PP
Konzern-Return-on-Equity	8,0 %	15,0 %	-7,0 PP
Cost/Income Ratio	43,7 %	43,3 %	0,5 PP
Return on Assets vor Steuern	0,76 %	1,76 %	-1,00 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,03 %	2,92 %	0,11 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,21 %	0,28 %	-0,07 PP
Bankspezifische Kennzahlen	30.6.	31.12.	
NPE Ratio	1,8 %	2,1 %	-0,3 PP
NPE Coverage Ratio	50,2 %	51,6 %	-1,4 PP
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	96.086	95.600	0,5 %
Harte Kernkapitalquote ¹	18,2 %	17,1 %	1,1 PP
Kernkapitalquote ¹	19,9 %	19,0 %	0,9 PP
Eigenmittelquote ¹	22,3 %	21,5 %	0,8 PP
Aktienkennzahlen	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Ergebnis je Aktie in €	0,28	3,87	-92,8 %
Schlusskurs in € (30.6.)	25,88	16,22	59,6 %
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	27,48	19,27	42,6 %
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	19,87	15,82	25,6 %
Anzahl der Aktien in Millionen (30.6.)	328,94	328,94	0,0 %
Marktkapitalisierung in € Millionen (30.6.)	8.513	5.335	59,6 %
Ressourcen	30.6.	31.12.	
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	42.765	42.564	0,5 %
Geschäftsstellen	1.368	1.391	-1,7 %
Kund:innen in Millionen	18,1	17,9	1,1 %

¹ Transitional – inklusive Ergebnis

Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurden die Erfolgsrechnung sowie die Kennzahlen in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Mit RBI wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet. Mit Konzernzentrale ist die Raiffeisen Bank International AG ohne Zweigstellen gemeint.

In den Tabellen und Grafiken können sich Rundungsdifferenzen ergeben. Die Veränderungswerte in den Tabellen basieren auf nicht gerundeten Ausgangswerten. Die im Bericht erwähnten Kennzahlen sind im Konzernabschluss unter Kennzahlen definiert.

> Inhalt

RBI auf dem Kapitalmarkt	4
Konzernzwischenlagebericht	7
Entwicklung der Märkte	7
Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode	9
Ergebnis- und Finanzentwicklung	10
Bilanz	14
Eigenmittel gemäß CRR/BWG	16
Risikomanagement	16
Ausblick	16
Segment- und Länderanalyse	17
Zentraleuropa	17
Südosteuropa	19
Osteuropa	21
Ukraine	22
Group Corporates & Markets	23
Corporate Center	24
Konzernzwischenabschluss	25
Unternehmen	25
Gesamtergebnisrechnung	26
Bilanz	27
Eigenkapital-Veränderungsrechnung	28
Kapitalflussrechnung	29
Segmentberichterstattung	30
Anhang	35
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	41
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost	48
Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente	53
Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital	61
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	63
Risikobericht	74
Sonstige Angaben	87
Regulatorische Angaben	97
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	102
Kennzahlen	103
Abkürzungsverzeichnis	105
Erklärung aller gesetzlichen Vertreter	106
Bericht über die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses	107
Impressum	109

➤ RBI auf dem Kapitalmarkt

Entwicklung der RBI-Aktie

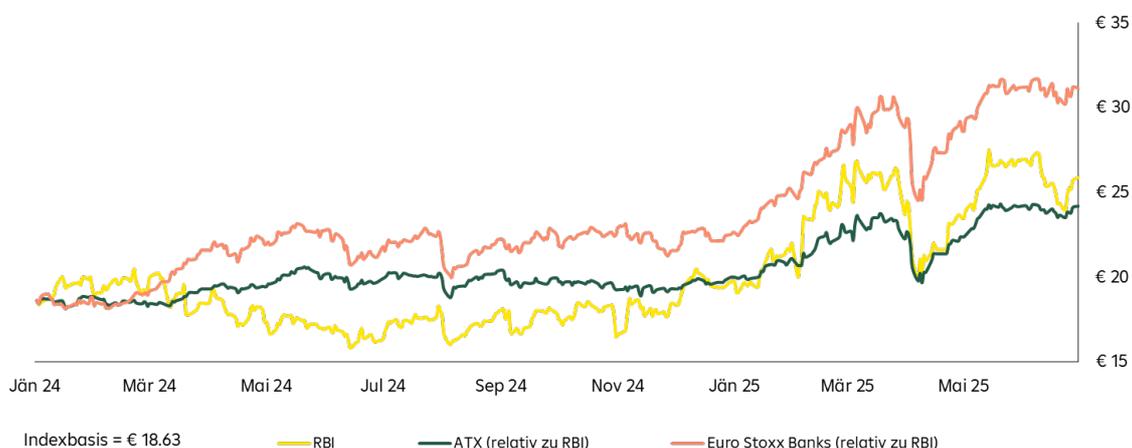
Im zweiten Quartal 2025 zeigten sich die internationalen Kapitalmärkte insgesamt volatil, geprägt von fiskalpolitischen Unsicherheiten und geldpolitischen Weichenstellungen. Die Ankündigung deutlich erhöhter Importzölle durch den amerikanischen Präsidenten sorgte für erhebliche Unsicherheit und starke Kursrückgänge an den Börsen weltweit. Investoren reagierten mit Verkäufen und Umschichtungen, insbesondere im Technologiesektor, der die Hauptlast der Kursrückgänge trug. Aufgrund der heftigen Marktreaktionen setzte die US-Regierung ihre Zollankündigungen aber nach kurzer Zeit für drei Monate wieder aus, woraufhin sich die Märkte erholten. Nun sollen mit den Ländern bilaterale Handelsabkommen ausgehandelt werden.

Trotz eines Rückgangs der Inflation signalisierte die US-amerikanische Notenbank Fed weiter Zurückhaltung und verwies auf Risiken durch die angekündigten Zölle. Ein weiterer Faktor war der starke Anstieg der Staatsverschuldung aufgrund eines neuen großen Gesetzespakets, das Anfang Juli verabschiedet wurde. Der Leitzins beträgt daher unverändert 4,50 Prozent. In Europa fiel die wirtschaftliche Erholung bislang eher verhalten aus und die Inflation bewegt sich nahe der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2,00 Prozent. Sie senkte im April und Juni den Einlagesatz um jeweils 25 Basispunkte auf zuletzt 2,00 Prozent. Dies wurde von den Märkten positiv aufgenommen, wenngleich die EZB ein vorsichtiges weiteres Vorgehen andeutete. Folglich legte der Euro im Quartalsverlauf gegenüber dem US-Dollar deutlich zu und notierte Ende Juni bei 1,17 EUR/USD, dem höchsten Wert seit fast vier Jahren.

Geopolitisch sorgte die Eskalation der Spannungen im Nahen Osten Mitte Juni für Unsicherheit und die Welt hielt mit dem militärischen Eingreifen der USA im Iran erst einmal den Atem an. Glücklicherweise blieben die Aktionen sowohl zeitlich als auch räumlich eng begrenzt, so dass sich die Kapitalmärkte schnell wieder erholten.

Zu Beginn des zweiten Quartals 2025 lag der Kurs der RBI-Aktie bei € 24,46. Zum Quartalsende notierte sie bei € 25,88. Sie legte damit um 6,8 Prozent zu. Der österreichische Aktienindex ATX stieg im zweiten Quartal um 8,7 Prozent, während der europäische Bankenindex Euro Stoxx Banks 7,9 Prozent gewann.

Kursentwicklung seit 1. Jänner 2024 im Vergleich zu ATX und Euro Stoxx Banks



Kapitalmarktkommunikation

Am 6. Mai 2025 publizierte die RBI die Geschäftsergebnisse des ersten Quartals 2025 und hielt dazu eine Webkonferenz ab. Der Vorstand erläuterte die Geschäftszahlen, ging dabei auch ausführlich auf die aktuelle Situation in Russland sowie die potenziellen Auswirkungen für die RBI ein und stand in der anschließenden Q&A-Runde für Fragen der rund 350 Teilnehmer:innen zur Verfügung.

Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten der RBI ist es, mit flexiblen und innovativen Informationsformaten den Kapitalmarktakteuren ein Höchstmaß an Transparenz zu bieten. Im zweiten Quartal nahmen die Investor-Relations-Verantwortlichen und weitere Vertreter:innen der RBI in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Lausanne, Lissabon, London, Madrid, Paris, Warschau und Zürich an Roadshows und Konferenzen teil. Ergänzt wurden diese Aktivitäten durch zahlreiche virtuelle Veranstaltungen im Rahmen von Telefon- und Webkonferenzen. Darüber hinaus bot Investor Relations Analyst:innen, Eigen- und Fremdkapitalinvestor:innen einen individuellen Austausch mit dem CEO und CRO sowie Investor Relations telefonisch oder

als Videokonferenz an. Schwerpunkte der Gespräche mit Investor:innen und Analyst:innen im zweiten Quartal waren weiter die Entwicklung in Russland sowie ihre möglichen Auswirkungen auf die RBI, das Hypothekarkreditportfolio in Polen und vor allem auch die Geschäftsentwicklung in den Kernmärkten.

17 Aktienanalyst:innen (Stand: 30. Juni 2025) und zahlreiche Anleiheanalyst:innen geben regelmäßig Empfehlungen zur RBI als Investment ab.

Die RBI ist bestrebt, die Marktteilnehmer:innen stets bestmöglich zu informieren. Im Sinn einer möglichst weiten Verbreitung und guten Zugänglichkeit ihres Informationsangebots stellt sie Präsentationen im Rahmen von Telefonkonferenzen sowie wichtigen Veranstaltungen als Webcasts online bereit. Diese sind im Internet unter www.rbinternational.com → Investoren → Events & Präsentationen abrufbar.

Hauptversammlung und Dividende

Die Hauptversammlung der RBI für das Geschäftsjahr 2024 fand am 26. März 2025 in Wien als hybride Veranstaltung statt, die den Aktionär:innen neben einer physischen auch wieder eine virtuelle Teilnahme ermöglichte. Die Teilnahmemöglichkeit über das webbasierte HV-Portal der RBI wurde von den Aktionär:innen rege wahrgenommen. Alle Beschlussvorschläge der Tagesordnung wurden mit großer Mehrheit angenommen. Unter anderem wurde die vom Vorstand der RBI vorgeschlagene Dividende von € 1,10 je Aktie für das Geschäftsjahr 2024 von der Hauptversammlung beschlossen und am 2. April 2025 an die Aktionär:innen ausgeschüttet.

Emissionen

Im Februar emittierte die RBI eine Senior-Preferred Benchmark-Emission in Höhe von € 500 Millionen, die erste Emission der RBI in diesem Format des Jahres. Der endgültige Spread konnte, nach einem anfänglich kommunizierten Spread von 160 Basispunkten, bei 125 Basispunkten über dem Mid-Swap-Satz festgelegt werden, wobei die Orderbücher einen finalen Stand von über € 2,9 Milliarden erreichten. Die Emission hat eine Laufzeit von 7 Jahren, ist erstmals nach 6 Jahren rückkaufbar und bietet einen jährlichen Kupon von 3,5 Prozent.

Additional Tier 1 Anleihen

Im April gab die RBI ihre Entscheidung bekannt, im Anschluss an das Rückkaufangebot vom November 2024 in Bezug auf die 8,659 Prozent Additional Tier 1 Anleihe aus dem Jahr 2017 alle Schuldverschreibungen der 2017 AT1-Anleihe im derzeit ausstehenden Gesamtnennbetrag von € 174.200.000 zum Nennwert am Wahl-Rückzahlungstag, dem 15. Juni 2025, zurückzuzahlen.

Darüber hinaus übte die RBI ihr Wahlrecht zur Kündigung ihrer 4,5 Prozent Additional Tier 1 Anleihe von 2018 am 15. Juni 2025 (dem ersten möglichen Kündigungstermin) nicht aus.

RBI Rating

Die RBI steht in regelmäßigem Kontakt mit den Analyst:innen der Rating-Agenturen und informiert diese laufend über ihre Geschäftsentwicklung, um eine möglichst zutreffende Bewertung sicherzustellen. Derzeit wird die RBI weiterhin durch Moody's Investors Service sowie Standard & Poor's geratet.

Das Rating durch Moody's wurde zuletzt im dritten Quartal 2023 angepasst und das Rating für Public-sector covered bonds um eine Stufe von Aa2 auf Aa1 erhöht. Im Mai wurde das Langfrist-Rating für Einlagen und vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten mit A1 bestätigt, der Ausblick ist weiter stabil. Als Gründe für das Ratingurteil wurden die starken operativen Ergebnisse in den Kernländern, die umsichtige Steuerung von Vermögensrisiken sowie das konservative Liquiditätsmanagement angeführt.

Standard & Poor's bestätigte Ende März 2025 das Rating der RBI und änderte den Ausblick von negativ auf stabil vor dem Hintergrund der deutlichen Reduktion der Geschäftstätigkeit in Russland, dem Rückzug aus Belarus und der robusten Compliance-Organisation der RBI. Die Einbindung in die stabil und breit aufgestellte Raiffeisen-Bankengruppe mit einer hohen Qualität der Vermögenswerte und Kapitalisierung trägt ebenfalls positiv zu den Ratingurteilen bei.

Rating	Moody's Investors Service	Standard & Poor's
Langfrist-Rating	A1	A-
Ausblick	stabil	stabil
Kurzfrist-Rating	P-1	A-2
Junior Senior Unsecured	Baa2	—
Subordinated (Tier 2)	Baa2	BBB
Additional Tier 1	Ba2(hyb)	BB
Public-sector covered bonds	Aa1	—
Mortgage covered bonds	Aa1	—

Aktionärsstruktur

Die Raiffeisen Landesbanken halten rund 61 Prozent der RBI-Aktien, die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (Stand: 30. Juni 2025). Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf.

Aktienkennzahlen und Details zur Aktie

Schlusskurs zum 30. Juni 2025	€ 25,88
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) im zweiten Quartal 2025	€ 27,48 / € 19,87
Ergebnis je Aktie vom 1. Jänner bis zum 30. Juni 2025	€ 0,28
Buchwert je Aktie zum 30. Juni 2025	€ 55,62
Marktkapitalisierung zum 30. Juni 2025	€ 8.513 Millionen
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) im zweiten Quartal 2025	391.421 Stück
Streubesitz zum 30. Juni 2025	rund 39 %
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse) RBI AV (Bloomberg) RBIV.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 30. Juni 2025	328.939.621

Finanzkalender 2025/2026

23. Oktober 2025	Beginn der Quiet Period
30. Oktober 2025	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call
27. Jänner 2026	Beginn der Quiet Period
30. Jänner 2026	Vorläufige Geschäftszahlen 2025, Conference Call
2. März 2026	Jahresfinanzbericht 2025
30. März 2026	Nachweisstichtag Hauptversammlung
9. April 2026	Ordentliche Hauptversammlung
14. April 2026	Ex-Dividendentag
15. April 2026	Nachweisstichtag Dividenden
17. April 2026	Dividenden-Zahltag
27. April 2026	Beginn der Quiet Period
5. Mai 2026	Zwischenbericht 1. Quartal, Conference Call
23. Juli 2026	Beginn der Quiet Period
30. Juli 2026	Zwischenbericht 1. Halbjahr, Conference Call
23. Oktober 2026	Beginn der Quiet Period
3. November 2026	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

> Konzernzwischenlagebericht

Entwicklung der Märkte

Die konjunkturelle Entwicklung vieler Länder Europas dürfte 2025 von Stabilisierungstendenzen in der Industrie sowie im Baugewerbe und einer moderat positiven Entwicklung des Dienstleistungssektors geprägt sein. Länder mit hohen Energiekosten wie Deutschland und Österreich sollten heuer abermals zu den konjunkturellen Schlusslichtern gehören. Absehbar steigende Verteidigungsausgaben in Europa sowie steigende Infrastrukturinvestitionen in Deutschland wirken mittelfristig konjunkturstimulierend, wobei die Effekte 2025 noch überschaubar sein dürften. Die Prognoseunsicherheit hat durch die erratische Zollpolitik des US-Präsidenten deutlich zugenommen, ebenso die Volatilität realwirtschaftlicher Daten. Immerhin haben Vorzieheffekte aufgrund der US-Zollpolitik in einigen Ländern Europas zu einer Beschleunigung der Konjunkturdynamik im ersten Quartal geführt, in weiterer Folge ist mit einer Gegenbewegung zu rechnen. Ein grundlegender Kurswechsel der US-Politik zeichnet sich nicht ab. Ziel ist es, durch Zolleinnahmen Steuersenkungen zu finanzieren und langfristig die heimische industrielle Basis zu stärken bzw. internationale Abhängigkeiten zu verringern. Eine fortwährende Eskalation (Handelskrieg) der Zölle zwischen den USA und Europa sowie insbesondere China ist nicht das Hauptszenario. Es wird erwartet, dass Verhandlungslösungen eine solche verhindern werden. Ein solches Szenario bedeutet für die USA weniger Wachstum (aber keine Rezession) sowie eine höhere Inflation. Vor diesem Hintergrund dürfte die US-Notenbank Fed das erhöhte Leitzinsniveau 2025 nur sehr vorsichtig reduzieren, gleichwohl weitere Zinssenkungen folgen lassen. Bei Ausbleiben einer weiteren substanziellen militärischen Eskalation in der Ukraine sind keine zusätzlichen negativen Implikationen für die Konjunktur in der Eurozone sowie in den CE/SEE-Ländern zu erwarten. Eine abermalige und deutliche Eskalation der Situation im Nahen Osten (Iran/Israel) hätte das Potenzial, die Konjunktur in Europa zu belasten und über steigende Ölpreise die Inflation zu erhöhen.

Das BIP-Wachstum der **Eurozone** war im ersten Halbjahr 2025 geprägt von zollbedingten Einmaleffekten. Für 2025 wird eine moderate Beschleunigung des Wachstums im Vergleich zum Vorjahr erwartet. Die Inflationsrate hat sich zuletzt in der Nähe des Zwei-Prozent-Ziels stabilisiert. Von US-Zöllen wird eine dämpfende Wirkung auf die Konjunktur und die Inflation erwartet. Auch wenn nicht mit einer Eskalation der Zollthematik gerechnet wird, bleiben die Handelsbeziehungen zu den USA ein klarer Unsicherheitsfaktor. Das angekündigte deutsche Fiskalpaket sowie die höheren Verteidigungsausgaben auf EU-Ebene dürften mittelfristig wachstums- und inflationstreibend wirken, wobei die größeren Effekte erst ab 2026 zu erwarten sind.

Die **EZB** hat die Leitzinsen im ersten Halbjahr 2025 auf jeder Sitzung um 25 Basispunkte gesenkt. Der EZB-Einlagesatz befindet sich nun bei 2,00 Prozent. Abseits der Leitzinspolitik wurde die Bilanzpolitik zunehmend darauf ausgerichtet, die Liquidität in der Eurozone zu verringern. Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs) sind vollständig abgereift und das Anleiheportfolio der EZB wird bei Fälligkeit nicht mehr reinvestiert. Es ist davon auszugehen, dass sich der EZB-Bilanzabbau weiter fortsetzt. Inflationseffekte der US-Zollpolitik sowie der europäischen Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben werden für den Leitzinsverlauf entscheidend sein. Für Ende 2025 wird ein EZB-Einlagesatz von 1,75 Prozent erwartet.

Österreich verzeichnete 2023 und 2024 zwei Rezessionsjahre. Nachdem die Konjunktur im ersten Quartal 2025 leicht expandierte, insbesondere aber wegen deutlicher Aufwärtsrevisionen der Konjunkturdynamik im Vorjahr, könnte ein noch im Frühjahr allgemein erwartetes drittes Rezessionsjahr 2025 vermieden werden. Mit einem prognostizierten BIP-Wachstum von lediglich 0,2 Prozent wäre Österreich aber weiterhin abgeschlagen, wenn nicht sogar das Schlusslicht in der Eurozone. Denn trotz jüngster Prognose-Aufwärtsrevisionen hat sich der Ausblick nicht wesentlich verbessert, für den Verlauf des Jahres 2025 ist mit keiner nennenswerten Konjunkturbelebung zu rechnen. Außenhandel, Investitionen und Industrie dürften auch 2025 Belastungsfaktoren darstellen, etwas Unterstützung ist vom privaten Konsum zu erwarten. 2026 und 2027 wird ein BIP-Wachstum von jeweils einem Prozent prognostiziert. Exporte, Investitionen, Industrie und Bau sollten dann wieder expandieren. Die in den letzten Jahren gesunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit dürfte jedoch einer stärkeren Konjunkturbelebung im Weg stehen.

Im ersten Halbjahr 2025 sah sich **Zentraleuropa (CE)** weitgehend mit schwachen Zahlen konfrontiert. 2025 bleibt geprägt von hoher Unsicherheit im Hinblick auf die Auswirkungen der US-Zollpolitik. Das herausfordernde Handelsumfeld und die daraus resultierende Verlangsamung der Weltwirtschaft dürften negative Auswirkungen auf die kleinen und offenen Volkswirtschaften in Zentraleuropa haben. Eine notwendige fiskalische Konsolidierung ist ein weiterer negativer Faktor für die Wachstumsaussichten, insbesondere in der Slowakei, während Investitionen und privater Konsum die negativen Auswirkungen lindern sollten. In Summe wird erwartet, dass das Wachstum in diesem Jahr gedämpft bleibt und die relative Schwäche im Industriebereich verglichen mit Dienstleistungen fortbestehen wird. Der positive Ausreißer dürfte Polen sein, dessen Konjunktur von der in das Jahr 2025 hinein verzögerten Auszahlung von NGEU-Mitteln profitieren dürfte.

Für **Südosteuropa (SEE)** wurden im ersten Halbjahr 2025 mehrere Wachstumsrevisionen nach unten verzeichnet. Besonders Rumänien, das vor großen Einsparungsmaßnahmen steht, zieht das Wachstum der Region nach unten. Dazu kommen eine schwächelnde externe Nachfrage und die gestiegene globale Unsicherheit, die der Region einen Dämpfer versetzen. Der anhaltende Inflationsdruck dürfte Zentralbanken auf der vorsichtigen Seite halten. Dennoch stützen der Zufluss von EU-Mitteln

und das Investitionswachstum gemeinsam mit einem starken Lohnwachstum und dem damit verbundenen Konsum die Volkswirtschaften in der Region, auch wenn das Wachstum weiterhin unter dem Potenzial bleiben dürfte.

In der **Ukraine** belastet der Krieg weiterhin die Wirtschaft und verzögert den Wiederaufbau. Während die Aussichten auf einen baldigen Waffenstillstand gering sind, stellt der anhaltende und erhöhte Beschuss der zivilen und industriellen Infrastruktur die Ukraine vor große Herausforderungen. Dazu dürfte die Zentralbank durch den anhaltenden Inflationsdruck vorsichtig bleiben. Unter der Voraussetzung, dass das Land weiterhin ausreichend Unterstützung von seinen Verbündeten erhält, erwarten wir dennoch eine Expansion der Wirtschaft für 2025.

Durch umfassende fiskalische Maßnahmen war die **russische Wirtschaft** in den letzten Jahren trotz Sanktionen und Handelshemmnissen widerstandsfähig. 2025 mehren sich Zeichen einer Abkühlung der Wirtschaft. Eine Verlangsamung des privaten Konsums und der Investitionen dämpfen das Wachstum und verringern den Inflationsdruck. Dadurch konnte die russische Zentralbank einen Zinssenkungszyklus einleiten, dennoch sollten die monetären Bedingungen das ganze Jahr über straff bleiben.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2023	2024	2025e	2026f
Polen	0,2	2,9	3,3	3,2
Slowakei	2,2	2,1	1,2	1,5
Tschechien	0,2	1,1	1,6	2,0
Ungarn	-0,8	0,5	0,7	2,0
Zentraleuropa	0,3	2,1	2,4	2,6
Albanien	4,0	4,1	3,5	3,8
Bosnien und Herzegowina	2,0	2,5	2,5	3,0
Kosovo	4,1	4,4	4,2	3,9
Kroatien	3,3	3,9	2,9	2,6
Rumänien	2,4	0,8	0,7	1,3
Serbien	3,8	3,9	2,8	3,5
Südosteuropa	2,7	2,1	1,8	2,2
Russland	4,1	4,3	0,9	0,9
Ukraine	5,5	2,9	3,5	4,5
Österreich	-1,0	-1,0	0,2	1,0
Eurozone	0,5	0,9	1,0	1,5

Quelle: Raiffeisen Research, Stand Mitte Juli 2025, (e: Schätzung, f: Prognose), für bereits abgeschlossene Jahre sind nachträgliche Revisionen möglich

Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode

Russische AO Raiffeisenbank bucht erwartete Erlöse aus der Vollstreckung von Ansprüchen gegen Rasperia in Höhe von € 1.204 Millionen aus

Die erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung der Ansprüche der RBI in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia Trading Limited (Rasperia) in Höhe von € 1.204 Millionen wurden im zweiten Quartal 2025 ausgebucht.

In ihrem Konzernabschluss 2024 hat die RBI die Schadenersatzforderung von Rasperia in Höhe von € 2.044 Millionen, die ein russisches Gericht Rasperia zugesprochen hatte, mit den erwarteten Erlösen aus der Vollstreckung ihrer Ansprüche in die österreichischen Vermögenswerte der Rasperia verrechnet, was zu einer Rückstellung in Höhe von € 840 Millionen führte.

Die Entscheidung zur Ausbuchung berücksichtigt die Einbeziehung der RBI in den Antrag von Rasperia auf Erlassung einer Unterlassungsverfügung (Anti-Suit Injunction), die Chancen, diese abzuwenden, und die daraus resultierende Verzögerung bei der Einreichung der Klage der RBI gegen Rasperia in Österreich.

Trotz der geänderten Bilanzierung bleibt die rechtliche Beurteilung der Schadenersatzforderung der RBI unverändert. Der RBI-Vorstand ist weiterhin davon überzeugt, dass die Schadenersatzforderung gegen Rasperia in Österreich und deren Vollstreckung in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia auf einer starken rechtlichen Grundlage stehen.

Antrag auf Erlassung einer Unterlassungsverfügung (Anti-Suit-Injunction)

Am 9. Juni 2025 hat Rasperia einen Antrag auf Erlass einer Unterlassungsverfügung (Anti-Suit Injunction; ASI) beim russischen Gericht der Region Kaliningrad eingereicht, der sich gegen die STRABAG-Kernaktionäre und die AO Raiffeisenbank richtet. Laut dem ASI-Antrag beantragt Rasperia:

- die Fortsetzung des in Amsterdam eingeleiteten Schiedsverfahrens der STRABAG-Kernaktionäre gegen Rasperia (Amsterdam Arbitration) und
- die Einreichung von Schadenersatzklagen vor ausländischen Gerichten, die sich auf das Kaliningrader Verfahren beziehen, das zum russischen Urteil vom 21. Februar 2025 führte, zu untersagen.

Rasperia beantragt, die Festsetzung einer gerichtlichen Strafe in Höhe des RUB-Äquivalents von € 1.090 Millionen gegen die AO Raiffeisenbank zu vollstrecken, für den Fall, dass einer ASI in Bezug auf das Amsterdam Arbitration nicht entsprochen wird und in diesem Zusammenhang behauptet, dass die AO Raiffeisenbank von Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien kontrolliert wird.

Am 2. Juli 2025 ergänzte Rasperia ihren ASI-Antrag, um die RBI als Beklagte aufzunehmen, und strebt an, der RBI zu untersagen, ausländische Verfahren wegen Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit dem Kaliningrader Verfahren einzuleiten.

Die vorbereitende Tagsatzung fand am 16. Juli 2025 und 23. Juli 2025 statt. Die mündliche Verhandlung über den ASI-Antrag von Rasperia ist für den 29. September 2025 angesetzt.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Die Erfolgsrechnung der RBI wurde von den anhaltend angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und vor allem von den fortgesetzten Zinssenkungen der EZB beeinflusst. Dennoch lag das Betriebsergebnis mit € 2.555 Millionen um € 127 Millionen oder 5 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Die Ausbuchung der erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung der Ansprüche der RBI in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia Trading Limited in Höhe von € 1.204 Millionen durch die AO Raiffeisenbank in Russland belasteten das Konzernergebnis für das erste Halbjahr 2025 entsprechend. Es lag daher mit € 148 Millionen um € 1.177 Millionen oder 89 Prozent unter dem Wert des Vorjahres.

Die Kernerträge (Zins- und Provisionsüberschuss) stiegen insgesamt um € 167 Millionen oder 4 Prozent auf € 4.325 Millionen. Der Zinsüberschuss verzeichnete einen Anstieg um € 133 Millionen auf € 2.972 Millionen. Dabei standen Zuwächse in Tschechien, der Slowakei und Russland Rückgänge in Ungarn und Serbien gegenüber. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um € 34 Millionen auf € 1.353 Millionen. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf Ungarn, Rumänien und Tschechien zurückzuführen.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Jahresvergleich um 8 Prozent oder € 147 Millionen auf € 2.033 Millionen. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand vor allem inflationsbedingt um € 106 Millionen. Die Transaktionssteuer stieg um € 24 Millionen vorwiegend in Ungarn aufgrund der Erhöhung des Steuersatzes.

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte stiegen um € 49 Millionen auf € 109 Millionen. In der Berichtsperiode standen Dotierungen in der Konzernzentrale (€ 113 Millionen, davon € 63 Millionen in Stage 2 aufgrund von Overlays für makroökonomische Risiken und € 44 Millionen in Stage 3 gebildet für Nicht-Finanzunternehmen) sowie in Südosteuropa (€ 23 Millionen) Nettoauflösungen im Segment Zentraleuropa (€ 39 Millionen) gegenüber.

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um € 4 Milliarden oder 2 Prozent auf € 204 Milliarden, wobei die Effekte aus Währungsentwicklungen für ein Plus von knapp € 1 Milliarde verantwortlich waren. Das Kundengeschäft verzeichnete insgesamt einen leichten Anstieg, insbesondere in der Slowakei und in Tschechien. Gezielte Geschäftseinschränkungen mit Firmenkunden und Haushalten führten in Russland zu einem Rückgang des Kundengeschäfts in lokaler Währung, der Zuwachs auf konsolidierter Ebene resultierte vollständig aus der Aufwertung des russischen Rubel um 24 Prozent. Die Wertpapierbestände wuchsen vorwiegend durch Investitionen in Staatsanleihen durch die Konzernzentrale sowie in der Slowakei und Rumänien, die getätigt wurden, um vom aktuell günstigen Zinsumfeld längerfristig zu profitieren. Die Barbestände sanken überwiegend in der Konzernzentrale bei der Zentralbank, in Rumänien bei Finanzinstituten und in der Slowakei ebenfalls bei der Zentralbank. Auf der Refinanzierungsseite stiegen die Kundeneinlagen vor allem in Zentraleuropa und Russland, allerdings war der Anstieg in Russland ausschließlich währungsbedingt.

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 834 Millionen auf € 21.174 Millionen. Das Gesamtergebnis von € 1.504 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern in Höhe von € 268 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von € 1.236 Millionen zusammen. Die Währungsentwicklung wirkte sich mit € 1.116 Millionen positiv auf das sonstige Ergebnis aus, hauptsächlich durch die Aufwertung des russischen Rubel um 24 Prozent mit einem Beitrag von € 1.161 Millionen. Die harte Kernkapitalquote betrug zum Berichtsstichtag 18,2 Prozent.

Ergebnis im Jahresvergleich

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹	Veränderung	
Zinsüberschuss	2.972	2.839	133	4,7 %
Dividenerträge	22	27	-6	-21,1 %
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	11	34	-23	-67,3 %
Provisionsüberschuss	1.353	1.319	34	2,6 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	170	44	126	289,3 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	7	2	5	304,5 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	53	49	4	8,0 %
Betriebserträge	4.588	4.314	274	6,3 %
Personalaufwand	-1.159	-1.053	-106	10,1 %
Sachaufwand	-632	-605	-27	4,4 %
Abschreibungen	-243	-229	-14	6,2 %
Verwaltungsaufwendungen	-2.033	-1.886	-147	7,8 %
Betriebsergebnis	2.555	2.428	127	5,2 %
Übriges Ergebnis	-1.500	-394	-1.107	281,0 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-164	-160	-4	2,8 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-109	-61	-49	79,9 %
Ergebnis vor Steuern	781	1.813	-1.033	-57,0 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-512	-458	-55	11,9 %
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	268	1.355	-1.087	-80,2 %
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	80	-80	-
Ergebnis nach Steuern	268	1.436	-1.168	-81,3 %
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-120	-111	-9	8,0 %
Konzernergebnis	148	1.324	-1.177	-88,8 %

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Betriebserträge

Seit der Einleitung der Zinswende im Juni 2024 erfolgten zur Senkung der Inflation und Unterstützung der Wirtschaft sieben weitere Zinssenkungen durch die EZB, wodurch sich der Einlagensatz mehr als halbierte - auf aktuell 2,00 Prozent. In den USA hingegen gab es seit der geldpolitischen Wende im zweiten Halbjahr 2024 keine weiteren Zinssenkungen. Trotz der zahlreichen Zinssenkungen der EZB und niedrigerer Leitzinsen in den USA stieg der Zinsüberschuss im Jahresvergleich um € 133 Millionen auf € 2.972 Millionen. Dabei standen Anstiegen in Tschechien, der Slowakei und Russland Rückgänge in Ungarn und Serbien gegenüber. In Tschechien erhöhte sich der Zinsüberschuss um € 29 Millionen, hervorgerufen durch höhere Kreditvolumina an Haushalte sowie geringere Zinsaufwendungen infolge des niedrigeren Zinsniveaus. In der Slowakei stieg der Zinsüberschuss um € 28 Millionen aufgrund niedrigerer Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit einer TLTRO-Rückzahlung und Termineinlagen sowie höherer Erträge aus Hypothekendarlehen (Repricing-Maßnahmen) und Anleihen. In Russland gab es trotz der fortgesetzten Reduktion des Kreditvolumens (minus 19 Prozent) einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 153 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren höhere Zinserträge aus Zentralbankguthaben aufgrund des hohen Leitzinssatzes von zuletzt 20 Prozent sowie volumenbedingt niedrigere Zinsaufwendungen für Einlagen von Haushalten. In Ungarn hingegen sank der Zinsüberschuss um € 40 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein Negativeffekt in Höhe von € 22 Millionen aufgrund von Zinssatzdifferenzen aus Absicherungsgeschäften im Zusammenhang mit Devisenswaps. Der Rückgang war auch währungs- und zinsbedingt. Der Rückgang des Zinsüberschusses um € 16 Millionen in Serbien war auf sinkende Marktzinssätze mit entsprechenden Auswirkungen auf das Kreditportfolio zurückzuführen.

Die durchschnittlichen zinstragenden Aktiva des Konzerns stiegen im Jahresvergleich um 1 Prozent, vorwiegend aufgrund höherer Kreditvolumina in Rumänien und Tschechien. Die Nettozinsspanne verbesserte sich um 11 Basispunkte auf 3,03 Prozent, was vor allem auf einen Anstieg um 272 Basispunkte in Russland und einen Anstieg um 28 Basispunkte in der Slowakei zurückzuführen war. Ohne Russland käme es aufgrund der zuvor beschriebenen Faktoren in Ungarn zu einem Rückgang um 6 Basispunkte.

Der Provisionsüberschuss nahm um € 34 Millionen auf € 1.353 Millionen zu. Das ist im Wesentlichen auf Ungarn, Rumänien und Tschechien zurückzuführen, wobei die meisten anderen Länder des Konzerns mit Ausnahme von Russland (Rückgang: € 43 Millionen) ebenfalls eine Steigerung aufwiesen. Vor allem in Ungarn (Anstieg: € 27 Millionen) sorgten höhere Erträge aus dem Zahlungsverkehr für einen Zuwachs, während in Rumänien (Anstieg: € 26 Millionen) in erster Linie die Erfolgsprämie eines Kreditkartenanbieters sowie gestiegene Transaktionszahlen und -volumina zu einem verbesserten Provisionsergebnis aus dem Zahlungsverkehr führten. In Tschechien (Anstieg: € 14 Millionen) nahm das Ergebnis aus dem Depot- und Treuhandgeschäft volumengetrieben zu. Das Provisionsergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft wuchs infolge der volumen- und margenbedingten Veränderung in Russland um € 83 Millionen, vorwiegend im Devisenkassageschäft. Diese Entwicklung war durch die höhere Volatilität des russischen Rubel im Vergleich zum Vorjahr beeinflusst. Das Ergebnis aus der Vermögensverwaltung verzeichnete aufgrund gesteigener Volumina einen Zuwachs um € 17 Millionen, während sich das Ergebnis aus dem Depot- und Treuhandgeschäft volumenbedingt um € 9 Millionen erhöhte. Dagegen nahm das sonstige

Provisionsergebnis um € 48 Millionen aufgrund geringerer Erträge in Zusammenhang mit Devisenkontrollen in Russland ab. Das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft sank ebenfalls, und zwar um € 37 Millionen und vorrangig in Russland.

Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen erhöhte sich im Jahresvergleich um € 126 Millionen auf € 170 Millionen. Verantwortlich dafür war in erster Linie Russland mit einem Anstieg um € 102 Millionen auf € 124 Millionen. Negative Bewertungsergebnisse aus Fremdwährungspositionen wurden durch stark gestiegene Gewinnspannen im Devisenhandel überkompensiert. Grund dafür waren hohe Volatilitäten auf den russischen Devisenmärkten aufgrund der geopolitischen Rahmenbedingungen. Abgesehen von Russland verzeichneten vor allem Ungarn, Tschechien und Rumänien einen Anstieg von währungsbedingten Handels- sowie Bewertungsergebnissen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Jahresvergleich um 8 Prozent oder € 147 Millionen auf € 2.033 Millionen. Der Personalaufwand erhöhte sich um € 106 Millionen auf € 1.159 Millionen. Die Konzernzentrale verzeichnete dabei mit € 36 Millionen den größten Anstieg, resultierend aus der Zunahme des Personalstands, Aufwendungen für Bonuszahlungen sowie aus kollektivvertraglichen Gehaltsanpassungen. Weiters war in der Vergleichsperiode eine Auflösung von Rückstellungen für Sozialleistungen in Höhe von € 9 Millionen erfolgt. Auch in allen anderen Ländern des Konzerns nahm der Personalaufwand zu, insbesondere in Russland (€ 19 Millionen), in Ungarn (€ 10 Millionen) und in der Slowakei (€ 8 Millionen). Haupttreiber des um € 27 Millionen gestiegenen Sachaufwands war die Transaktionssteuer in Ungarn. Diese stieg um € 24 Millionen auf € 58 Millionen aufgrund der Erhöhung des Steuersatzes. Die Cost/Income Ratio stieg im Jahresabstand von 43,3 Prozent auf 43,7 Prozent. Ohne Russland läge sie bei 53,7 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 1.500 Millionen nach minus € 394 Millionen in der Vergleichsperiode. Hauptgrund dafür war die Ausbuchung der erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung der Ansprüche der RBI in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia Trading Limited in Höhe von € 1.204 Millionen sowie von Zinsaufwänden im Zusammenhang mit dem der Rasperia zugesprochenen Schadenersatz. Zusätzlich wirkten sich kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen mit € 233 Millionen (Vorjahresperiode: € 392 Millionen) negativ aus. Diese betrafen im Wesentlichen Hypothekarkredite in Polen, die in Fremdwährungen denominated oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind. Die Bewertung von Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen führte in der Berichtsperiode zu einem Ergebnis von € 11 Millionen.

Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben

Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben stieg um € 4 Millionen auf € 164 Millionen. Die Bankenabgabe stieg um € 20 Millionen. Dies war überwiegend auf einen Anstieg um € 26 Millionen in der Konzernzentrale zurückzuführen, hauptsächlich bedingt durch die im ersten Quartal 2025 erfolgte Anpassung der Stabilitätsabgabe in Österreich. Dem stand ein Rückgang in Ungarn um € 10 Millionen aufgrund einer Reduktion des Steuersatzes gegenüber. Die Beiträge zur Einlagensicherung sanken um € 10 Millionen, wovon € 7 Millionen hauptsächlich auf die Reduktion der Einlagen in Russland zurückzuführen waren. Zudem verzeichnete die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. eine Reduktion um € 4 Millionen, da in den Vorjahresperioden höhere Beitragszahlungen erbracht worden waren, um den Einlagensicherungsfonds nach den Schadensfällen der Commerzialbank Mattersburg AG im Burgenland sowie der Anglo Austrian AAB AG im Jahr 2020 wieder aufzufüllen. Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds reduzierten sich um € 6 Millionen in Tschechien, da die Aufbauphase des Fonds nahezu abgeschlossen ist.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 109 Millionen. In der Konzernzentrale wurden Nettodotierungen von € 113 Millionen überwiegend in Stage 2 (€ 63 Millionen aufgrund von Overlays für makroökonomische Risiken) und in Stage 3 (€ 44 Millionen hauptsächlich für Nicht-Finanzunternehmen) gebucht. Im Rest des Konzerns standen Nettoauflösungen im Segment Zentraleuropa (€ 39 Millionen) Nettodotierungen in Südosteuropa (€ 23 Millionen) gegenüber. Für ausgefallene Kredite (Stage 3) wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen von € 63 Millionen (Vorjahresperiode: € 171 Millionen) gebildet, hauptsächlich für Nicht-Finanzunternehmen in der Konzernzentrale. In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen in Höhe von € 46 Millionen ausgewiesen, vor allem in der Konzernzentrale (Vorjahresperiode: Nettoauflösungen in Höhe von € 110 Millionen, überwiegend in Russland). Im Jahresvergleich stiegen die Risikokosten um € 49 Millionen, nachdem es im Segment Südosteuropa in der Vorjahresperiode zu einer Nettoauflösung von € 18 Millionen gekommen war und in der Berichtsperiode € 23 Millionen dotiert wurden. Davon entfielen € 11 Millionen auf Rumänien (Ratingherabstufungen, Parameteranpassungen und Ausfälle bei Firmenkunden) und € 9 Millionen auf Kroatien (größtenteils auf Haushalte).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 55 Millionen auf € 512 Millionen war überwiegend auf den Anstieg der Steuerbasis in Russland zurückzuführen. Zusätzlich erhöhte sich zu Jahresbeginn der in Russland geltende Steuersatz von 20 Prozent auf 25 Prozent. Die Erhöhung der effektiven Steuerquote auf 65,7 Prozent war im Wesentlichen auf den zusätzlichen, nicht steuerrelevanten Aufwand für den Rechtsstreit im Zusammenhang mit der Klage der Rasperia Trading Limited zurückzuführen.

Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen

In der Vorjahresperiode war im Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen der Beitrag aus dem laufenden Ergebnis der belarussischen Konzerneinheiten ausgewiesen.

Ergebnis im Quartalsvergleich

Die Quartalswerte wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Quartalsergebnisse

in € Millionen	Q2/2024 ¹	Q3/2024 ¹	Q4/2024	Q1/2025	Q2/2025	Veränderung	
Zinsüberschuss	1.410	1.430	1.511	1.504	1.468	-36	-2,4 %
Dividenerträge	21	4	2	8	13	5	54,9 %
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	17	23	-9	3	8	4	125,8 %
Provisionsüberschuss	680	650	668	668	685	18	2,6 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	32	32	36	56	114	59	105,8 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	-4	8	0	3	4	1	40,9 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	18	36	-1	27	27	0	-0,2 %
Betriebserträge	2.175	2.181	2.205	2.269	2.319	50	2,2 %
Personalaufwand	-538	-526	-474	-566	-592	-26	4,6 %
Sachaufwand	-311	-309	-347	-310	-322	-12	3,9 %
Abschreibungen	-117	-117	-127	-119	-124	-4	3,5 %
Verwaltungsaufwendungen	-966	-952	-948	-995	-1.038	-43	4,3 %
Betriebsergebnis	1.208	1.229	1.258	1.274	1.281	8	0,6 %
Übriges Ergebnis	-247	-164	-1.032	-65	-1.435	-1.370	>500,0 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-21	-30	-26	-121	-43	79	-64,7 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-36	-51	-13	-43	-66	-23	53,8 %
Ergebnis vor Steuern	905	985	186	1.044	-263	-1.307	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-237	-214	-281	-281	-232	49	-17,6 %
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	667	771	-95	763	-495	-1.257	-
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	47	46	-800	0	0	0	-
Ergebnis nach Steuern	715	817	-895	763	-495	-1.257	-
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-54	-59	-30	-58	-63	-5	8,8 %
Konzernergebnis	661	758	-926	705	-557	-1.262	-

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Veränderung zweites Quartal versus erstes Quartal 2025

Der Zinsüberschuss sank um € 36 Millionen auf € 1.468 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein Rückgang des Zinsüberschusses um € 26 Millionen in Ungarn, der im Wesentlichen auf einen Negativeffekt in der Höhe von € 22 Millionen aufgrund von Zinssatzdifferenzen aus Absicherungsgeschäften im Zusammenhang mit Devisenswaps zurückzuführen war. In Russland sank der Zinsüberschuss um € 17 Millionen aufgrund volumenbedingt niedrigerer Erträge aus Krediten an Banken. Hingegen sorgten in der Konzernzentrale niedrigere Zinsaufwendungen vor allem aus dem Geldmarkt- und Repo-Geschäft für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 19 Millionen. Die Nettozinsspanne des Konzerns verringerte sich aufgrund der niedrigeren Zinserträge in Ungarn und Russland um 7 Basispunkte auf 3,00 Prozent, ohne Russland käme es zu einem Rückgang um 4 Basispunkte.

Der Provisionsüberschuss stieg um € 18 Millionen auf € 685 Millionen. Zuwächsen in Rumänien (€ 20 Millionen), der Ukraine (€ 9 Millionen) und in Tschechien (€ 5 Millionen) stand eine Abnahme in Russland (€ 18 Millionen), die teilweise durch die Währungsentwicklung kompensiert wurde, gegenüber. Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr verbesserte sich um € 36

Millionen primär aufgrund von Erfolgsprämien eines Kreditkartenanbieters in mehreren Ländern und gesteigener Transaktionszahlen und -volumina, vorrangig in Rumänien, der Ukraine, Russland und Tschechien. Demgegenüber sank das Ergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft um € 14 Millionen aufgrund marginbedingt höherer Erträge im Vorquartal in Russland. Das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft sank um € 5 Millionen, am stärksten in der Konzernzentrale und in Russland.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen stieg um € 59 Millionen auf € 114 Millionen. Der Zuwachs resultierte vorwiegend aus der Konzernzentrale im Zusammenhang mit Emissionen von Zertifikaten. Nach einem Rückgang des eigenen Credit Spread im ersten Quartal um rund 20 Basispunkte erfolgte im zweiten Quartal ein Anstieg um 5 Basispunkte. Dadurch verbesserte sich das Bewertungsergebnis im Quartalsvergleich um € 38 Millionen.

Die Verwaltungsaufwendungen wuchsen im Quartalsvergleich um € 43 Millionen auf € 1.038 Millionen. Dabei lag der Personalaufwand mit € 592 Millionen (Anstieg: € 26 Millionen) über dem ersten Quartal. Zu Anstiegen kam es in nahezu allen Ländern, der größte betraf mit € 13 Millionen Russland. Der Sachaufwand - insbesondere der Werbe- und Repräsentationsaufwand sowie der Rechts- und Beratungsaufwand - stieg um € 12 Millionen auf € 322 Millionen und die Abschreibungen erhöhten sich um € 4 Millionen auf € 124 Millionen.

Das übrige Ergebnis verzeichnete mit minus € 1.435 Millionen einen Rückgang um € 1.370 Millionen. Hauptgrund dafür war die Ausbuchung der erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung der Ansprüche der RBI in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia Trading Limited in Höhe von € 1.204 Millionen sowie von Zinsaufwänden im Zusammenhang mit dem der Rasperia zugesprochenen Schadenersatz. Belastend wirkten auch die Aufwände für kreditbezogene Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen (€ 166 Millionen), im Wesentlichen für das Hypothekarkreditportfolio in Polen (€ 161 Millionen im zweiten Quartal nach € 67 Millionen im ersten Quartal).

Die staatlichen Maßnahmen und Pflichtabgaben beliefen sich im zweiten Quartal auf € 43 Millionen gegenüber € 121 Millionen im ersten Quartal. Das war vor allem darauf zurückzuführen, dass gemäß den zugrundeliegenden Bestimmungen (IFRIC 21) der Großteil vollständig zu Jahresbeginn verbucht werden musste. Im zweiten Quartal entfielen von den Gesamtabgaben € 28 Millionen auf die Bankenabgaben, wobei € 19 Millionen aus der Konzernzentrale stammten, von denen € 13 Millionen aufgrund der Anpassung der Stabilitätsabgabe in Österreich erhoben wurden. Die Einlagensicherung betrug € 17 Millionen und betraf vor allem Russland, Serbien und die Ukraine.

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte stiegen im Quartalsvergleich um € 23 Millionen auf € 66 Millionen. Im zweiten Quartal wurden Nettodotierungen hauptsächlich in der Konzernzentrale (€ 47 Millionen), überwiegend für Nicht-Finanzunternehmen in Stage 3), in Rumänien (€ 13 Millionen) und in der Slowakei (€ 12 Millionen) ausgewiesen. Im ersten Quartal hatten Dotierungen in der Konzernzentrale (€ 66 Millionen) aufgrund von Overlays für makroökonomische Risiken Nettoauflösungen im Segment Zentraleuropa gegenübergestanden.

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 49 Millionen ist hauptsächlich auf den Anstieg der Steuerbasis in Russland zurückzuführen.

Bilanz

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um rund € 4 Milliarden oder 2 Prozent, die Effekte aus Währungsentwicklungen waren für knapp € 1 Milliarde verantwortlich. Der Aufwertung des russischen Rubel um 24 Prozent und des ungarischen Forint um 3 Prozent standen Abwertungen des US-Dollar um 11 Prozent und der ukrainischen Hrywnja um 10 Prozent gegenüber.

Aktiva

in € Millionen	30.6.2024	30.9.2024	31.12.2024	31.3.2025	30.6.2025	Veränderung Jahresende	
Forderungen an Kreditinstitute	17.721	19.605	18.057	13.474	13.568	-4.489	-24,9 %
Forderungen an Kunden	101.920	100.105	99.551	100.979	102.202	2.651	2,7 %
davon Nicht-Finanzunternehmen	46.663	45.646	45.293	45.727	45.777	484	1,1 %
davon Haushalte	40.036	39.963	40.070	40.829	41.794	1.725	4,3 %
Wertpapiere	35.926	36.545	37.430	41.123	43.218	5.788	15,5 %
Barbestände und übrige Aktiva	54.395	49.726	44.814	49.219	44.520	-294	-0,7 %
davon Barbestände	44.283	39.395	34.871	39.115	34.162	-709	-2,0 %
Gesamt	209.963	205.981	199.851	204.794	203.507	3.656	1,8 %

Die Werte per 31.3.2025 sowie per 30.9.2024 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich vor allem durch eine Reduktion in Russland um € 5.874 Millionen aufgrund der Umschichtung von kurzfristigen Veranlagungen in täglich fällige Einlagen bei der russischen Zentralbank. Im Gegensatz dazu stiegen die Forderungen in Tschechien um € 1.264 Millionen, getrieben durch höhere Volumina im Repo-Geschäft mit der Zentralbank, und in Rumänien um € 1.078 Millionen aufgrund von Liquiditätsplatzierungen bei Kreditinstituten.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um € 2.651 Millionen, wobei es in der Slowakei einen Zuwachs um € 702 Millionen und in Tschechien um € 648 Millionen gab, der jeweils auf Kredite an Haushalte und Nicht-Finanzunternehmen zurückzuführen war. Der Anstieg in Russland um € 546 Millionen war ausschließlich währungsbedingt. Rumänien verzeichnete einen Rückgang um € 670 Millionen aufgrund geringerer Veranlagungen beim Finanzministerium.

Der Anstieg im Posten Wertpapiere war vorwiegend auf Veranlagungen, insbesondere in Staatsanleihen, in der Konzernzentrale (Anstieg: € 3.600 Millionen), Rumänien (Anstieg: € 831 Millionen) und der Slowakei (Anstieg: € 827 Millionen) zurückzuführen.

Der Rückgang der Barbestände um € 709 Millionen resultierte im Wesentlichen aus der Konzernzentrale, Rumänien und der Slowakei. In der Konzernzentrale verringerte sich der Barbestand um € 4.094 Millionen aufgrund geringerer Bestände bei der Zentralbank und weniger Repo-Geschäften. In Rumänien sank der Barbestand um € 1.439 Millionen vor allem aufgrund von Liquiditätsplatzierungen bei Kreditinstituten und in der Slowakei um € 1.321 Millionen vor allem durch Investitionen in Anleihen bei der Zentralbank. Im Gegensatz dazu stiegen die Barbestände in Russland trotz des Einzugs des der Rasperia Trading Limited zugesprochenen Schadenersatzes in Höhe von € 2.109 Millionen um € 6.360 Millionen, vor allem durch höhere Sichteinlagen bei der Zentralbank. In Ungarn stiegen sie um € 525 Millionen, hauptsächlich durch kurzfristige Einlagen bei der Zentralbank.

Passiva

in € Millionen	30.6.2024	30.9.2024	31.12.2024	31.3.2025	30.6.2025	Veränderung Jahresende	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.879	27.757	23.015	25.347	23.074	58	0,3 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	125.333	120.300	117.717	119.984	121.440	3.723	3,2 %
davon Nicht-Finanzunternehmen	46.749	44.298	43.834	43.264	43.290	-544	-1,2 %
davon Haushalte	59.073	57.736	59.354	61.202	62.341	2.986	5,0 %
Schuldverschreibungen und übrige Passiva	34.660	36.782	38.779	37.622	37.820	-959	-2,5 %
Eigenkapital	21.090	21.142	20.340	21.842	21.174	834	4,1 %
Gesamt	209.963	205.981	199.851	204.794	203.507	3.656	1,8 %

Die Werte per 31.3.2025 sowie per 30.9.2024 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um € 3.723 Millionen im Vergleich zum Jahresultimo. In Tschechien gab es einen Zuwachs um € 2.429 Millionen, getrieben durch kurzfristige Einlagen von Haushalten. In Russland stiegen die Einlagen währungsbedingt um € 1.164 Millionen, wohingegen in lokaler Währung ein Rückgang verzeichnet wurde. In Ungarn erhöhten sich die Einlagen um € 452 Millionen, insbesondere bei Haushalten und sonstigen Finanzunternehmen. Kroatien verzeichnete einen Anstieg um € 219 Millionen, bedingt durch höhere Volumina von sonstigen Finanzunternehmen und Nicht-Finanzunternehmen.

Der Posten Schuldverschreibungen und übrige Passiva verringerte sich um € 959 Millionen, hauptsächlich bedingt durch den Rückgang von € 929 Millionen in Russland. Dies ist überwiegend auf den Verbrauch der zum Jahresende 2024 gebildeten Rückstellung in Höhe von € 840 Millionen durch den Einzug des der Rasperia Trading Limited zugesprochenen Schadenersatzes zurückzuführen. Im Februar wurde in der Konzernzentrale eine Senior-Preferred-Benchmark-Emission in Höhe von € 500 Millionen platziert. Zudem wurden in Kroatien im Mai und in Ungarn im Juni MREL-Anleihen in Höhe von je € 300 Millionen emittiert.

Liquidität und Funding

Die RBI beweist mit ihrer soliden Liquiditätsposition und den etablierten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos ihre hohe Anpassungsfähigkeit. Die Liquiditätsdeckungsquote belief sich zum 30. Juni 2025 auf 157 Prozent (31. Dezember 2024: 182 Prozent), die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) betrug 143 Prozent (31. Dezember 2024: 145 Prozent) bei einem regulatorischen Limit von jeweils 100 Prozent. Die separate Überwachung der Liquiditätsrisikoposition der RBI ohne russische Tochtergesellschaften zeigt, dass diese auch ohne das russische Geschäft innerhalb der Zielwerte bleibt.

Das Konzern-Funding stützt sich auf eine starke Basis an Kundeneinlagen – vor allem aus dem Privatkundengeschäft in Zentral- und Südosteuropa – und wird durch Wholesale-Funding ergänzt. Neben dem Funding durch die Raiffeisen-Landesbanken werden auch Finanzierungen von anderen Banken und Finanzinstitutionen eingesetzt. Die Loan/Deposit Ratio lag zum 30. Juni 2025 bei 82,9 Prozent (31. Dezember 2024: 82,7 Prozent).

Bilanzielles Eigenkapital

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 834 Millionen auf € 21.174 Millionen.

Das Gesamtergebnis von € 1.504 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern in Höhe von € 268 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von € 1.236 Millionen zusammen. Die Währungsentwicklung wirkte sich mit € 1.116 Millionen positiv auf das sonstige Ergebnis aus, hauptsächlich durch die Aufwertung des russischen Rubels um 24 Prozent mit einem Beitrag von € 1.161 Millionen. Weitere positive Effekte ergaben sich aus den Anpassungen der Cash-Flow-Hedge-Rücklage in Höhe von € 153

Millionen, hauptsächlich in Russland. Demgegenüber standen daraus resultierende negative Effekte aus latenten Steuern auf direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse in Höhe von minus € 43 Millionen.

Für das Geschäftsjahr 2024 wurden 2025 € 532 Millionen an Dividenden ausgeschüttet. Am 2. April 2025 erfolgte die Auszahlung an die Aktionär:innen der RBI in Höhe von € 1,10 pro Aktie, insgesamt € 361 Millionen. Zudem wurden € 111 Millionen an nicht beherrschende Anteilseigner von Konzerngesellschaften ausgezahlt. Auf das zusätzliche Kernkapital entfielen zudem Dividendenzahlungen in Höhe von € 60 Millionen.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Das harte Kernkapital (CET1) betrug nach Abzugsposten € 17.468 Millionen, was einem Anstieg um € 1.134 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2024 entspricht. Haupttreiber für die Steigerung waren Fremdwährungseffekte in Höhe von € 1.118 Millionen, vorwiegend aus der Aufwertung des russischen Rubels um 24 Prozent.

Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten erhöhte sich um € 970 Millionen auf € 19.148 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren die Effekte beim harten Kernkapital während die Kündigung einer ausstehenden AT1-Emission den Anstieg geringfügig reduzierte. Das Ergänzungskapital (Tier 2) reduzierte sich um € 108 Millionen auf € 2.286 Millionen aufgrund der regulatorischen Abreifung der Tier-2-Instrumente. Die gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 21.434 Millionen. Dies entspricht einer Erhöhung um € 862 Millionen im Jahresvergleich.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) erhöhten sich gegenüber dem Jahresendwert 2024 um € 486 Millionen auf € 96.086 Millionen. Haupttreiber dafür waren die mit 1. Jänner 2025 in Kraft getretenen Bestimmungen der CRR III, die zu einer Erhöhung des operationalen Risikos in Höhe von € 2.061 Millionen führten. Weiters kam es durch die Aufwertung des russischen Rubel zu einem Anstieg des Marktrisikos um € 1.110 Millionen. Das Kreditrisiko reduzierte sich mit Einführung der CRR III um € 3.900 Millionen. Dieser Rückgang wurde durch das organische Wachstum um € 2.758 Millionen teilweise ausgeglichen.

Daraus ergab sich eine harte Kernkapitalquote von 18,2 Prozent, die Kernkapitalquote betrug 19,9 Prozent und die Eigenmittelquote 22,3 Prozent.

Risikomanagement

Für Informationen zum Risikomanagement wird auf den Risikobericht im Konzernzwischenabschluss verwiesen.

Ausblick

Der Ausblick bezieht sich auf die RBI ohne Russland:

- Der Zinsüberschuss dürfte im Jahr 2025 bei rund € 4,15 Milliarden und der Provisionsüberschuss bei rund € 1,95 Milliarden liegen.
- Die RBI geht davon aus, dass die Forderungen an Kunden um 6 bis 7 Prozent wachsen.
- Die RBI erwartet Verwaltungsaufwendungen in Höhe von rund € 3,45 Milliarden, was zu einer Cost/Income Ratio von rund 52,5 Prozent führen dürfte.
- Die Neubildungsquote – vor Berücksichtigung von Overlays – dürfte rund 35 Basispunkte betragen.
- Der Konzern-Return-on-Equity dürfte 2025 bei rund 10 Prozent liegen.
- Zum Jahresende 2025 erwartet die RBI eine harte Kernkapitalquote von rund 15,2 Prozent*.
- Mittelfristig strebt die RBI einen Konzern-Return-on-Equity von mindestens 13 Prozent ohne Russland und ohne Aufwendungen und Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten in Polen an.

Jegliche Entscheidung über eine Dividendenausschüttung wird von der Kapitalposition des Konzerns ohne Russland abhängen.

*Unter Annahme einer Entkonsolidierung der russischen Einheit zum Kurs/Buchwertverhältnis von null.

> Segment- und Länderanalyse

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern jeweils ein Land fungiert. Weitere Informationen zur Segmentierung befinden sich im Kapitel Segmentberichterstattung des Konzernzwischenabschlusses sowie auf der Website der RBI (www.rbiinternational.com → Investoren → Berichte).

Zentraleuropa

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	Veränderung	Q2/2025	Q1/2025	Veränderung
Zinsüberschuss	811	800	1,4 %	393	418	-5,9 %
Dividenerträge	4	12	-64,3 %	1	4	-85,3 %
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	3	-	0	0	-
Provisionsüberschuss	335	296	13,4 %	171	165	3,6 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	14	-11	-	17	-3	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	-6	7	-	-1	-5	-88,5 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	22	6	261,1 %	12	11	8,9 %
Betriebserträge	1.181	1.112	6,3 %	593	589	0,7 %
Verwaltungsaufwendungen	-579	-519	11,6 %	-293	-285	2,8 %
Betriebsergebnis	602	593	1,6 %	299	303	-1,3 %
Übriges Ergebnis	-228	-395	-42,2 %	-161	-67	141,6 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-70	-84	-17,1 %	0	-69	-99,3 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	39	32	23,8 %	12	27	-56,3 %
Ergebnis vor Steuern	344	146	135,9 %	149	194	-23,1 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-127	-134	-5,0 %	-64	-64	0,2 %
Ergebnis nach Steuern	216	12	>500,0 %	86	131	-34,4 %
Return on Equity vor Steuern	14,9 %	6,5 %	8,4 PP	13,0 %	16,8 %	-3,8 PP
Return on Equity nach Steuern	9,4 %	0,5 %	8,9 PP	7,4 %	11,3 %	-3,9 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,46 %	2,51 %	-0,05 PP	2,36 %	2,57 %	-0,21 PP
Cost/Income Ratio	46,9 %	45,0 %	1,9 PP	47,3 %	46,4 %	0,9 PP

Die Werte für das zweite und erste Quartal 2025 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Ausschlaggebend für die Zunahme des Ergebnisses nach Steuern im Jahresvergleich waren vor allem niedrigere Aufwände für kreditbezogene portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Polen. Diese im übrigen Ergebnis enthaltenen Aufwände in Höhe von € 227 Millionen (Vorjahresperiode: € 391 Millionen) betrafen im Wesentlichen Hypothekarkredite. Die Betriebserträge stiegen um € 70 Millionen, hervorgerufen durch die Zunahme des Provisionsüberschusses um € 40 Millionen vor allem in Ungarn aufgrund höherer Erträge aus dem Zahlungsverkehr und in Tschechien (volumenbedingter Anstieg des Ergebnisses aus dem Depot- und Treuhandgeschäft). Auch das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen wuchs, und zwar um € 25 Millionen, infolge eines Anstiegs von währungsbedingten Handels- sowie Bewertungsergebnissen in Ungarn und Tschechien. Der Zinsüberschuss stieg um € 11 Millionen, vorwiegend in Tschechien (höhere Kreditvolumina an Haushalte und geringere Zinsaufwendungen infolge des niedrigeren Zinsniveaus) und der Slowakei (niedrigere Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit einer TLTRO-Rückzahlung und für Termineinlagen sowie höhere Erträge aus Hypothekendarlehen infolge Repricing-Maßnahmen und aus Anleihen). In Ungarn kam es hingegen zu einem Rückgang des Zinsüberschusses um € 40 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein Negativeffekt in Höhe von € 22 Millionen aufgrund von Zinssatzdifferenzen aus Absicherungsgeschäften im Zusammenhang mit Devisenswaps. Der Rückgang war weiters währungs- und zinssatzbedingt. Belastend wirkten auch die Verwaltungsaufwendungen mit einem Anstieg um € 60 Millionen aufgrund höherer Personalkosten in Ungarn (Anstieg: € 10 Millionen) und der Slowakei (Anstieg: € 8 Millionen) sowie des um € 34 Millionen gestiegenen Sachaufwands. Haupttreiber dafür war die höhere Transaktionssteuer in Ungarn (Anstieg: € 23 Millionen) aufgrund der Erhöhung des Steuersatzes. Die Aufwendungen für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben verringerten sich um € 14 Millionen, vorwiegend in Ungarn (niedrigerer Steuersatz für Bankenabgabe) und Tschechien (geringere Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds). Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte verbesserten sich aufgrund von Nettoauflösungen vorwiegend in Ungarn und Tschechien um € 7 Millionen.

in € Millionen	Polen		Slowakei	
	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024
Zinsüberschuss	11	17	260	232
Dividenerträge	0	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	3
Provisionsüberschuss	0	0	101	101
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	1	1	8	6
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	4	4	2
Betriebserträge	21	22	373	344
Verwaltungsaufwendungen	-41	-39	-166	-149
Betriebsergebnis	-20	-18	207	195
Übriges Ergebnis	-227	-391	0	-2
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-2	-1	-1	-1
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	22	17	-12	-4
Ergebnis vor Steuern	-227	-393	193	189
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-63	-72
Ergebnis nach Steuern	-227	-393	130	117

in € Millionen	Tschechien		Ungarn	
	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024
Zinsüberschuss	330	301	210	250
Dividenerträge	4	2	0	9
Provisionsüberschuss	99	86	135	108
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	12	4	-7	-22
Ergebnis aus Hedge Accounting	-6	1	0	6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	5	1	-5
Betriebserträge	449	399	340	347
Verwaltungsaufwendungen	-203	-193	-169	-138
Betriebsergebnis	246	206	171	209
Übriges Ergebnis	1	0	-2	-3
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-9	-14	-58	-68
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	4	-1	25	19
Ergebnis vor Steuern	242	192	135	158
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-42	-39	-22	-23
Ergebnis nach Steuern	200	153	113	135

Südosteuropa

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	Veränderung	Q2/2025	Q1/2025	Veränderung
Zinsüberschuss	691	693	-0,3 %	346	345	0,1 %
Dividenerträge	4	4	6,8 %	4	0	>500,0%
Provisionsüberschuss	271	236	15,0 %	150	121	24,4 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	16	10	65,6 %	12	5	151,3 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	2	0	>500,0%	2	0	>500,0%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	6	14	-60,7 %	-5	10	-
Betriebserträge	990	957	3,4 %	509	481	5,6 %
Verwaltungsaufwendungen	-409	-384	6,6 %	-211	-198	6,9 %
Betriebsergebnis	581	573	1,3 %	297	284	4,8 %
Übriges Ergebnis	-6	0	>500,0%	-6	0	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-39	-37	6,1 %	-15	-24	-39,5 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-23	18	-	-23	1	-
Ergebnis vor Steuern	513	554	-7,4 %	253	260	-2,7 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-83	-87	-4,7 %	-41	-42	-3,0 %
Ergebnis nach Steuern	430	467	-7,9 %	212	218	-2,7 %
Return on Equity vor Steuern	25,6 %	32,4 %	-6,9 PP	25,2 %	25,0 %	0,2 PP
Return on Equity nach Steuern	21,4 %	27,4 %	-5,9 PP	21,1 %	21,0 %	0,2 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,79 %	4,26 %	-0,47 PP	3,78 %	3,80 %	-0,02 PP
Cost/Income Ratio	41,3 %	40,1 %	1,2 PP	41,5 %	41,1 %	0,5 PP

Die Werte für das zweite und erste Quartal 2025 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Die Betriebserträge wuchsen um € 33 Millionen, was auf einen Anstieg des Provisionsüberschusses und einen stabilen Zinsüberschuss zurückzuführen war. In Rumänien wurde ein Anstieg des Zinsüberschusses um € 11 Millionen verzeichnet, getrieben durch Investitionen in Anleihen mit höheren Renditen und ein gestiegenes Kreditvolumen. Zusätzlich gab es einen Anstieg um € 4 Millionen in Kroatien, bedingt durch niedrigere Zinsaufwendungen aufgrund von positiven Effekten aus Absicherungsgeschäften. Diese Anstiege wurden durch einen Rückgang in Serbien um € 16 Millionen aufgrund sinkender Marktzinssätze aufgehoben. Der Provisionsüberschuss stieg um € 35 Millionen, davon entfielen € 26 Millionen auf Rumänien, was auf die Erfolgsprämie eines Kreditkartenanbieters sowie gestiegene Transaktionszahlen und -volumina zurückzuführen war. In Serbien gab es einen Zuwachs um € 5 Millionen, bedingt durch eine höhere Anzahl und ein größeres Volumen an Kartentransaktionen sowie einen Anstieg der Fremdwährungstransaktionen. Im Handelsergebnis verzeichnete Rumänien einen Anstieg um € 6 Millionen, der auf positive Ergebnisse aus der Neubewertung von Finanzinstrumenten zurückzuführen war. Das sonstige betriebliche Ergebnis sank um € 9 Millionen, wobei € 7 Millionen auf Verluste aus der vorzeitigen Rückzahlung von Anleihen in Kroatien und € 4 Millionen auf eine Rückstellung für einen verlorenen Rechtsstreit in Rumänien zurückzuführen waren. Der Rückgang im Ergebnis nach Steuern war vorwiegend auf den Zuwachs der Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten zurückzuführen. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 25 Millionen, wobei die Personalaufwendungen mit € 14 Millionen den größten Anteil hatten, hauptsächlich verursacht durch Gehaltserhöhungen in Rumänien und Serbien. Der Sachaufwand wuchs um € 10 Millionen, insbesondere durch gestiegene IT-Aufwendungen in Kroatien und Albanien und höheren Kommunikations- und Werbekosten in Rumänien. Die Dotierungen der Risikokosten beliefen sich auf € 23 Millionen (Vorjahresperiode: Auflösungen von € 18 Millionen). Davon entfielen € 11 Millionen auf Rumänien, hauptsächlich in Stage 1, bedingt durch Ratingherabstufungen von Anleihen und Privatkunden sowie teilweise in Stage 3 durch Ausfälle bei Firmenkunden. In Kroatien wurden Dotierungen von € 9 Millionen verzeichnet, die größtenteils auf Haushalte in Stage 2 und Stage 3 zurückzuführen waren.

in € Millionen	Albanien		Bosnien und Herzegowina		Kosovo	
	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024
Zinsüberschuss	65	64	43	45	35	36
Dividenerträge	1	1	2	2	1	0
Provisionsüberschuss	15	12	29	29	9	8
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	3	2	0	1	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1	1	1	1	1	4
Betriebserträge	85	80	75	77	46	48
Verwaltungsaufwendungen	-34	-30	-34	-32	-24	-23
Betriebsergebnis	51	51	40	45	22	25
Übriges Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-5	-5	-3	-3	-2	-1
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	3	5	-2	1	-3	-3
Ergebnis vor Steuern	50	51	35	44	17	21
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-8	-7	-3	-4	-2	-3
Ergebnis nach Steuern	42	44	32	40	15	19

in € Millionen	Kroatien		Rumänien		Serbien	
	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024
Zinsüberschuss	96	91	318	307	133	150
Dividenerträge	0	0	1	1	0	0
Provisionsüberschuss	38	38	116	90	64	59
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-2	-2	8	2	7	6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-1	6	-3	0	7	3
Betriebserträge	132	133	440	401	212	218
Verwaltungsaufwendungen	-68	-63	-187	-179	-62	-57
Betriebsergebnis	64	70	253	221	150	161
Übriges Ergebnis	-6	-1	-1	0	0	1
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	0	-2	-22	-20	-7	-6
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-9	8	-11	0	-1	6
Ergebnis vor Steuern	50	75	219	202	143	161
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-9	-14	-41	-37	-20	-23
Ergebnis nach Steuern	41	62	178	165	123	138

Osteuropa

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	Veränderung	Q2/2025	Q1/2025	Veränderung
Zinsüberschuss	898	745	20,5 %	441	457	-3,6 %
Dividenerträge	0	0	-	0	0	-
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	1	-	0	0	-
Provisionsüberschuss	385	428	-10,2 %	183	201	-9,1 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	124	22	459,6 %	59	65	-8,3 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-29,2 %	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1	-6	-	2	0	-
Betriebserträge	1.408	1.191	18,2 %	685	723	-5,3 %
Verwaltungsaufwendungen	-314	-293	7,1 %	-166	-148	12,1 %
Betriebsergebnis	1.094	897	21,9 %	519	575	-9,8 %
Übriges Ergebnis	-1.268	-8	>500,0 %	-1.269	1	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-11	-18	-37,7 %	-6	-6	-0,3 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-1	20	-	-5	3	-
Ergebnis vor Steuern	-187	892	-	-761	573	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-249	-187	33,2 %	-101	-149	-32,4 %
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	-437	705	-	-861	425	-
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	80	-	0	0	-
Ergebnis nach Steuern	-437	785	-	-861	425	-
Return on Equity vor Steuern	15,7 %	39,5 %	-23,8 PP	12,0 %	43,5 %	-31,5 PP
Return on Equity nach Steuern	6,9 %	31,2 %	-24,3 PP	5,7 %	32,2 %	-26,5 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	10,32 %	7,60 %	2,72 PP	10,08 %	10,37 %	-0,29 PP
Cost/Income Ratio	22,3 %	24,6 %	-2,3 PP	24,2 %	20,5 %	3,8 PP

Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurden die Erfolgsrechnung sowie die Kennzahlen in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Die Werte für das zweite und erste Quartal 2025 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Trotz der Reduktion der Geschäftstätigkeiten in Russland stieg das Betriebsergebnis um € 196 Millionen, getrieben durch Zuwächse im Zinsüberschuss und im Handelsergebnis. Höhere Zinserträge aus Zentralbankguthaben aufgrund des hohen Leitzinssatzes von zuletzt 20 Prozent sowie volumenbedingt niedrigere Zinsaufwendungen für Einlagen von Haushalten sorgten trotz der fortgesetzten Reduktion des Kreditvolumens (Rückgang: 19 Prozent) für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 153 Millionen auf € 898 Millionen. Der Provisionsüberschuss verringerte sich um € 43 Millionen, vor allem durch den Rückgang im Zahlungsverkehr um € 47 Millionen. Diese Entwicklung wurde durch einen Rückgang im sonstigen Provisionsergebnis um € 37 Millionen aufgrund geringerer Erträge im Zusammenhang mit Devisenkontrollen sowie im Wertpapiergeschäft um € 31 Millionen verstärkt. Teilweise ausgeglichen wurde das durch ein um € 77 Millionen verbessertes Ergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft aufgrund höherer Volumina und margenbedingten Veränderungen im Devisenkassageschäft. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen stieg um € 102 Millionen, hauptsächlich aufgrund deutlich gestiegener Gewinnspannen im Devisenhandel durch starke Kursbewegungen im ersten Quartal 2025. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 21 Millionen auf € 314 Millionen, wobei der Personalaufwand um € 19 Millionen auf € 245 Millionen zunahm, hauptsächlich aufgrund von Gehaltserhöhungen. Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 1.268 Millionen nach minus € 8 Millionen in der Vergleichsperiode. Hauptgrund dafür war die Ausbuchung der erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung der Ansprüche der RBI in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia Trading Limited in Höhe von € 1.204 Millionen sowie von Zinsen im Zusammenhang mit dem der Rasperia zugesprochenen Schadenersatz. Die Risikokosten führten zu einer Dotierung von € 1 Million, während in der Vorjahresperiode eine Nettoauflösung von € 20 Millionen verzeichnet wurde, die auf Auflösungen in Stage 2 bei Nicht-Finanzunternehmen und sonstigen Finanzunternehmen zurückzuführen war. Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 62 Millionen auf € 249 Millionen war überwiegend auf den Anstieg der Steuerbasis in Russland zurückzuführen. Zusätzlich erhöhte sich zu Jahresbeginn der in Russland geltende Steuersatz von 20 Prozent auf 25 Prozent. Die Erhöhung der effektiven Steuerquote war im Wesentlichen auf den zusätzlichen, nicht steuerrelevanten, Aufwand für den Rechtsstreit im Zusammenhang mit der Klage der Rasperia Trading Limited in Russland zurückzuführen.

Ukraine

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	Veränderung	Q2/2025	Q1/2025	Veränderung
Zinsüberschuss	202	200	1,0 %	100	101	-1,0 %
Dividenerträge	0	0	-65,7 %	0	0	-
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	-	0	0	-
Provisionsüberschuss	38	34	12,3 %	23	15	58,8 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	5	10	-51,8 %	0	5	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	1	-	0	0	-
Betriebserträge	245	244	- %	123	121	1,6 %
Verwaltungsaufwendungen	-100	-94	7,3 %	-49	-52	-5,2 %
Betriebsergebnis	144	151	-4,5 %	74	70	6,6 %
Übriges Ergebnis	-1	-2	-55,3 %	0	-1	-93,8 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-6	-5	11,2 %	-3	-3	-2,6 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	4	-5	-	3	1	289,9 %
Ergebnis vor Steuern	141	138	2,2 %	74	67	11,7 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-36	-36	1,4 %	-21	-16	28,7 %
Ergebnis nach Steuern	104	102	2,4 %	54	51	6,4 %
Return on Equity vor Steuern	46,5 %	54,4 %	-7,9 PP	48,4 %	42,4 %	6,0 PP
Return on Equity nach Steuern	34,5 %	40,2 %	-5,8 PP	35,1 %	32,3 %	2,8 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	8,92 %	9,39 %	-0,47 PP	8,93 %	8,86 %	0,08 PP
Cost/Income Ratio	41,1 %	38,3 %	2,8 PP	39,7 %	42,5 %	-2,9 PP

Die Werte für das zweite und erste Quartal 2025 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Die Erfolgsrechnung war wie schon im Vorjahr von der Währungsvolatilität (Abwertung des Durchschnittskurses der Hrywnja im Jahresvergleich: 7 Prozent) beeinflusst. Der Zinsüberschuss stieg volumengetrieben, insbesondere betreffend Anleihen und Geldmarktveranlagungen, um € 2 Millionen. Der Provisionsüberschuss nahm um € 4 Millionen vorrangig im Zahlungsverkehr aufgrund der Erfolgprämie eines Kreditkartenanbieters zu, während das Ergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft aufgrund geringerer Erträge aus dem Banknotenhandel sowie des volumen- und margenbedingt rückläufigen Devisenkassageschäfts abnahm. Auch das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen sank, und zwar um € 5 Millionen aufgrund des Bewertungsergebnisses der im Handelsbuch geführten Anleihen. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 7 Millionen, vor allem die Personalaufwendungen (Anstieg: € 5 Millionen) nahmen aufgrund von Gehaltserhöhungen in der Berichtsperiode zu. Die Nettoauflösung von Risikovorsorgen belief sich auf € 4 Millionen (Vorjahresperiode: Dotierung von € 5 Millionen), davon betragen die Auflösungen für Stage 2 € 7 Millionen (überwiegend außerbilanzielle Posten, Haushalte und Nicht-Finanzunternehmen) und für Stage 3 € 5 Millionen (Nicht-Finanzunternehmen), während in Stage 1 eine Dotierung von € 9 Millionen (überwiegend außerbilanzielle Posten und Regierungen) erfolgte.

Group Corporates & Markets

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	Veränderung	Q2/2025	Q1/2025	Veränderung
Zinsüberschuss	377	452	-16,8 %	190	186	2,3 %
Dividenerträge	3	3	25,6 %	3	0	>500,0 %
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	7	8	-6,1 %	4	3	40,7 %
Provisionsüberschuss	295	287	2,8 %	147	148	-0,1 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	100	47	114,1 %	75	24	211,2 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	4	-3	-	1	3	-47,7 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	67	62	7,4 %	32	35	-9,3 %
Betriebserträge	853	856	-0,3 %	454	399	13,7 %
Verwaltungsaufwendungen	-487	-457	6,5 %	-244	-243	0,7 %
Betriebsergebnis	366	398	-8,2 %	209	156	34,0 %
Übriges Ergebnis	-9	-5	88,1 %	-2	-7	-72,2 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-23	-11	110,8 %	-13	-11	18,4 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-133	-136	-2,1 %	-63	-70	-9,6 %
Ergebnis vor Steuern	200	247	-18,7 %	132	69	91,4 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-42	-52	-20,4 %	-27	-15	77,7 %
Ergebnis nach Steuern	159	194	-18,3 %	105	54	95,2 %
Return on Equity vor Steuern	9,7 %	11,3 %	-1,6 PP	12,8 %	6,2 %	6,6 PP
Return on Equity nach Steuern	7,7 %	8,9 %	-1,2 PP	10,2 %	4,8 %	5,4 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,22 %	1,46 %	-0,23 PP	1,24 %	1,21 %	0,02 PP
Cost/Income Ratio	57,1 %	53,4 %	3,6 PP	53,8 %	60,8 %	-7,0 PP

Die Werte für das zweite und erste Quartal 2025 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Ein deutlich niedrigerer Zinsüberschuss sowie der höhere Personalaufwand waren im Wesentlichen für den Rückgang des Ergebnisses nach Steuern im Jahresvergleich um € 35 Millionen auf € 159 Millionen verantwortlich. Der Zinsüberschuss sank um € 76 Millionen auf € 377 Millionen, überwiegend in der Konzernzentrale aufgrund geringerer Margen angesichts niedrigerer Marktzinsen. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 30 Millionen, überwiegend hervorgerufen durch höhere Personalaufwendungen (Anstieg: € 28 Millionen) resultierend aus der Zunahme des Personalstands, Aufwendungen für zukünftige Bonuszahlungen sowie aus kollektivvertraglichen Gehaltsanpassungen. Demgegenüber stand eine Verbesserung des Handelsergebnisses und Ergebnisses aus Fair-Value-Bewertungen um € 53 Millionen auf € 100 Millionen. Das steht im Zusammenhang mit der Entwicklung des eigenen Credit Spread, gestiegenen Erträgen aus dem Devisen- und Valutenhandel sowie aus volumenbedingt höheren Verkaufserträgen aus dem Geschäft mit Zertifikaten. Die staatlichen Maßnahmen und Pflichtabgaben stiegen um € 12 Millionen aufgrund der Bankenabgabe in der Konzernzentrale (Anpassung der Stabilitätsabgabe in Österreich). In der Berichtsperiode ergaben sich Nettodotierungen von Risikovorsorgen in der Konzernzentrale überwiegend in Stage 2 aufgrund von Overlays für makroökonomische Risiken und in Stage 3 hauptsächlich für Nicht-Finanzunternehmen.

Corporate Center

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024	Veränderung	Q2/2025	Q1/2025	Veränderung
Zinsüberschuss	-12	-57	-78,4 %	-5	-7	-30,8 %
Dividendenerträge	1.249	1.009	23,8 %	300	948	-68,3 %
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	4	23	-82,3 %	4	0	>500,0 %
Provisionsüberschuss	34	49	-31,4 %	12	21	-41,6 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-92	-48	89,9 %	-47	-45	4,3 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	4	-1	-	2	3	-36,0 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	57	64	-11,8 %	30	26	15,1 %
Betriebserträge	1.244	1.039	19,7 %	297	947	-68,7 %
Verwaltungsaufwendungen	-243	-236	3,0 %	-125	-118	5,5 %
Betriebsergebnis	1.001	803	24,6 %	172	829	-79,3 %
Übriges Ergebnis	11	15	-27,6 %	3	8	-55,2 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-15	-5	221,0 %	-7	-9	-21,7 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	14	17	-19,6 %	10	4	182,7 %
Ergebnis vor Steuern	1.010	830	21,6 %	179	831	-78,5 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	21	39	-45,9 %	20	1	>500,0 %
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	1.031	869	18,6 %	198	833	-76,2 %
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	-	0	0	-
Ergebnis nach Steuern	1.031	869	18,6 %	198	833	-76,2 %

Die Werte für das zweite und erste Quartal 2025 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Aus höheren, überwiegend konzerninternen Dividendenerträgen (Anstieg: € 240 Millionen) resultierte ein Ergebnisanstieg um € 162 Millionen. Der Zinsüberschuss verbesserte sich um € 44 Millionen, vorwiegend aufgrund niedrigerer Refinanzierungskosten in der Konzernzentrale. Aus dem laufenden Ergebnis aus assoziierten Unternehmen resultierten um € 19 Millionen geringere anteilige Ergebnisbeiträge, vor allem aus der Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG. Der Provisionsüberschuss ging aufgrund geringerer Erträge aus dem Zahlungsverkehr in der Konzernzentrale um € 15 Millionen auf € 34 Millionen zurück. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen sank um € 43 Millionen auf minus € 92 Millionen, resultierend überwiegend aus Bewertungseffekten von Derivaten in der Konzernzentrale. Der Anstieg in den Verwaltungsaufwendungen um € 7 Millionen auf € 243 Millionen war überwiegend auf die Zunahme des Personalstands sowie auf kollektivvertragliche Gehaltsanpassungen zurückzuführen. Die staatlichen Maßnahmen und Pflichtabgaben stiegen in der Konzernzentrale um € 11 Millionen aufgrund der Anpassung der Stabilitätsabgabe in Österreich.

➤ Konzernzwischenabschluss

(Verkürzter Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2025)

Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien.

Die RBI ist in Österreich als führende Kommerz- und Investmentbank tätig sowie in Zentral- und Osteuropa (CEE) präsent. 11 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt. Darüber hinaus umfasst der Konzern zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung, Factoring und M&A. Die RBI bietet österreichischen und internationalen Unternehmen nicht nur ein breites Produktangebot im Corporate und Investment Banking, sondern auch eine nahezu flächendeckende Betreuung in CEE. Über ein engmaschiges Filialnetz werden auch lokale Unternehmen aller Größenordnungen sowie Privatkund:innen mit hochqualitativen Finanzprodukten versorgt. Zur Unterstützung ihrer Geschäftsaktivitäten unterhält die RBI Repräsentanzen sowie Service-Zweigstellen an ausgewählten asiatischen und westeuropäischen Standorten. Insgesamt betreuen rund 43.000 Mitarbeiter:innen der RBI 18,1 Millionen Kund:innen in rund 1.400 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE.

Da Aktien der Gesellschaft an einem geregelten Markt gemäß § 1 Abs 2 BörseG (prime market der Wiener Börse) gehandelt werden sowie zahlreiche Emissionen der RBI AG an einer geregelten Börse in der EU zugelassen sind, hat die RBI AG gemäß § 59a BWG einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Die RBI hat keinen Mehrheitsaktionär, jedoch halten die acht Raiffeisen-Landesbanken als Kernaktionäre über einen Syndikatsvertrag rund 61 Prozent der Aktien, der Rest befindet sich im Streubesitz.

Als Kreditinstitut gemäß § 1 BWG unterliegt die RBI AG der behördlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, A-1090 Wien (www.fma.gv.at) sowie durch die Europäische Zentralbank, Sonnemannstrasse 22, D-60314 Frankfurt am Main (www.bankingsupervision.europa.eu).

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2025 wurde einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH unterzogen.

Gesamtergebnisrechnung

Erfolgsrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Zinsüberschuss	[1]	2.972	2.839
Zinserträge nach Effektivzinismethode		3.930	4.139
Zinserträge übrige		1.061	1.190
Zinsaufwendungen		-2.019	-2.490
Dividenderträge	[2]	22	27
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	11	34
Provisionsüberschuss	[4]	1.353	1.319
Provisionserträge		1.859	1.823
Provisionsaufwendungen		-506	-503
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	[5]	170	44
Ergebnis aus Hedge Accounting	[5]	7	2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[6]	53	49
Betriebserträge		4.588	4.314
Personalaufwand		-1.159	-1.053
Sachaufwand		-632	-605
Abschreibungen		-243	-229
Verwaltungsaufwendungen	[7]	-2.033	-1.886
Betriebsergebnis		2.555	2.428
Übriges Ergebnis	[8]	-1.500	-394
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	[9]	-164	-160
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[10]	-109	-61
Ergebnis vor Steuern		781	1.813
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[11]	-512	-458
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen		268	1.355
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	80
Ergebnis nach Steuern		268	1.436
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[29]	-120	-111
Konzernergebnis		148	1.324

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024
Ergebnis nach Steuern		268	1.436
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		2	-4
Neubewertungen von leistungsorientierten Vorsorgeplänen	[27]	-2	0
Fair-Value-Änderungen von Eigenkapitalinstrumenten	[17]	3	13
Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung des Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten	[19]	0	-9
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[24]	1	-4
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	0	-3
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		1.235	346
Währungsdifferenzen		1.116	370
Absicherung von Nettoinvestitionen bei Auslandsaktivitäten	[22]	0	18
Anpassungen der Cash-Flow Hedge-Rücklage	[22]	153	-110
Fair-Value-Änderungen von finanziellen Vermögenswerten	[17]	13	10
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[24]	-5	41
Latente Steuern auf Posten, die möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	-43	17
Sonstiges Ergebnis		1.236	342
Gesamtergebnis		1.504	1.778
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[29]	-112	-105
davon Erfolgsrechnung	[29]	-120	-111
davon sonstiges Ergebnis		9	6
Konzerngesamtergebnis		1.393	1.673

Ergebnis je Aktie

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024
Konzernergebnis	148	1.324
Dividendenanspruch auf zusätzliches Kernkapital	-57	-55
Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis	91	1.270
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Millionen	328	328
Ergebnis je Aktie in €	0,28	3,87

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital ist kalkulatorisch, die tatsächliche Auszahlung basiert auf dem Beschluss des Vorstands zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt.

Bilanz

Aktiva

in € Millionen	Anhang	30.6.2025	31.12.2024
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	[12]	34.162	34.871
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	150.231	147.701
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[17, 23]	3.871	3.610
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[18, 23]	1.180	1.094
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	268	304
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[20, 23]	7.167	5.945
Hedge Accounting	[22]	1.087	1.014
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[22]	-242	-234
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	[24]	883	871
Sachanlagen	[25]	1.694	1.683
Immaterielle Vermögenswerte	[25]	1.022	1.003
Laufende Steuerforderungen	[11]	160	130
Latente Steuerforderungen	[11]	119	216
Sonstige Aktiva	[26]	1.906	1.645
Gesamt		203.507	199.851

Passiva

in € Millionen	Anhang	30.6.2025	31.12.2024
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[15]	166.263	163.316
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	1.078	1.108
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[21, 23]	10.109	9.304
Hedge Accounting	[22]	1.086	1.308
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[22]	-282	-359
Rückstellungen	[27]	2.159	2.902
Laufende Steuerverpflichtungen	[11]	161	217
Latente Steuerverpflichtungen	[11]	57	53
Sonstige Passiva	[28]	1.701	1.663
Eigenkapital	[29]	21.174	20.340
Konzern-Eigenkapital		18.296	17.299
Kapital nicht beherrschender Anteile		1.268	1.260
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		1.610	1.781
Gesamt		203.507	199.851

Eigenkapital-Veränderungsrechnung

in € Millionen	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Konzern-Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2025	1.002	4.990	16.213	-4.905	17.299	1.260	1.781	20.340
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	-171	-171
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-60	0	-60	0	60	0
Dividendenzahlungen	0	0	-361	0	-361	-111	-60	-532
Eigene Anteile	-1	-3	0	0	-3	0	3	-1
Sonstige Veränderungen	0	0	40	-11	29	8	-3	33
Gesamtergebnis	0	0	148	1.245	1.393	112	0	1.504
Eigenkapital 30.6.2025	1.001	4.987	15.979	-3.672	18.296	1.268	1.610	21.174
Eigenkapital 1.1.2024	1.002	4.988	15.600	-4.580	17.009	1.231	1.610	19.849
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-54	0	-54	0	54	0
Dividendenzahlungen	0	0	-410	0	-410	-88	-54	-553
Eigene Anteile	0	1	0	0	1	0	7	8
Sonstige Veränderungen	0	0	8	0	8	0	0	8
Gesamtergebnis	0	0	1.324	348	1.673	105	0	1.778
Eigenkapital 30.6.2024	1.002	4.989	16.467	-4.232	18.227	1.247	1.616	21.090

Kapitalflussrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ²
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 1.1.	[12]	34.871	43.234
Operative Geschäftstätigkeit:			
Ergebnis vor Steuern		781	1.919
Anpassungen für die Überleitung des Ergebnisses nach Steuern auf den Kapitalfluss aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertminderungen, Zuschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte	[7, 8]	241	234
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen sowie Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[6, 10, 27]	249	411
Gewinn/Verlust aus der Bewertung und Veräußerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	[5, 8]	-249	13
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	-11	-34
Sonstige Anpassungen (per Saldo) ¹		-2.796	-2.743
Zwischensumme		-1.785	-200
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	2.932	-4.887
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[17, 23]	-231	-789
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[18, 23]	-19	-16
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	36	11
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[20, 23]	-932	-851
Sonstige Aktiva	[26]	-232	-362
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[15]	2.340	9.455
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	-24	36
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[21, 23]	894	281
Rückstellungen	[27]	-180	-275
Sonstige Passiva	[28]	-749	97
Erhaltene Zinsen	[1]	4.592	5.087
Gezahlte Zinsen	[1]	-1.855	-2.304
Erhaltene Dividenden	[2]	59	57
Ertragsteuerzahlungen	[11]	-523	-519
Kapitalflüsse aus operativer Geschäftstätigkeit		4.322	4.822
Investitionstätigkeit:			
Kassenbestand aus dem Zu- und Abgang von Tochterunternehmen aufgrund Wesentlichkeit		-11	0
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[13, 16, 18, 24]	-5.948	-5.409
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[25]	-246	-211
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[13, 16, 18, 24]	1.515	2.142
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[25]	59	20
Tochterunternehmen	[8]	0	0
Kapitalflüsse aus Investitionstätigkeit		-4.631	-3.459
Finanzierungstätigkeit:			
Kapitalauszahlungen		-172	8
Einzahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[15, 19]	83	0
Auszahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[15, 19]	-213	-13
Dividendenzahlungen		-532	-553
Zahlungsmittelabflüsse für Leasingverhältnisse		-19	-33
Einzahlungen aus Veränderungen im Kapital nicht beherrschender Anteile		0	0
Kapitalflüsse aus Finanzierungstätigkeit		-852	-590
Effekte aus Wechselkursänderungen		453	277
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 30.6.	[12]	34.162	44.283

¹ Sonstige Anpassungen (per Saldo) enthält im Wesentlichen den Abzug des Zinsüberschusses und der Dividendenerträge, die entsprechenden Zahlungsflüsse sind unter dem Posten erhaltene Zinsen, gezahlte Zinsen und erhaltene Dividenden dargestellt.

² Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Segmentberichterstattung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich. Steuerungseinheit (Cash Generating Unit) im Konzern ist ein Land. Die Darstellung der Länder umfasst die operativen Einheiten der RBI in den jeweiligen Ländern (neben den Tochterbanken z. B. auch Leasingunternehmen). Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 abgebildet. Für die Zuteilung der Länder zu den einzelnen berichtspflichtigen Segmenten werden neben wirtschaftlichen langfristigen Gemeinsamkeiten wie zum Beispiel Eigenkapitalrisikoprämien, potenzielles Marktwachstum und Nettozinsmargen, auch das erwartete Risiko und Ertragsniveau bei der Ressourcenallokation berücksichtigt. Gemäß IFRS 8.12 ist es weiters erforderlich, dass die folgenden wirtschaftlichen Merkmale bei der Zusammensetzung der berichtspflichtigen Segmente berücksichtigt werden. Die Länder werden zu einem berichtspflichtigen Segment zusammengefasst, wenn die angebotenen Produkte und Dienstleistungen gleich sind. Neben den einheitlichen Produktionsprozessen und Vertriebswegen sind auch die Zielgruppen wie institutionelle Kunden, Firmen- und Privatkunden in den jeweiligen einzelnen Segmenten gleichartig. Die Bankenregulierungen werden in den einzelnen Ländern hauptsächlich von Zentralbanken überwacht. In allen Ländern ist die Zentralbank für die Formulierung und Umsetzung der Geldpolitik, die Aufrechterhaltung der Finanzstabilität sowie die Regulierung des Bankensektors verantwortlich. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus und Russland
Im November 2024 schloss die RBI den Verkauf der belarussischen Konzerneinheiten erfolgreich ab. Das laufende Ergebnis der Vorperioden wurde im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.
- Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Operatives Geschäft der Konzernzentrale, unterteilt in Subsegmente: Österreichische und internationale Firmenkunden, Financial Institutions & Sovereigns, der Handel mit Eigenkapitalinstrumenten und Kapitalmarktfinanzierungen sowie das Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG). Weiters beinhaltet dieses Segment das kapitalmarktbezogene Kunden- und Eigengeschäft in Österreich sowie Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Digital Bank AG (digitale Retailbanking-Aktivitäten), Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Validia-Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus sind diesem Segment at-equity bewertete Unternehmen mit Banktätigkeit zugeordnet.
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der Konzernzentrale (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten (Beteiligungsunternehmen und gemeinsame Serviceunternehmen), Minderheitsbeteiligungen sowie at-equity bewertete Unternehmen des Nichtbankenbereichs.

1.1.-30.6.2025				
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Ukraine
Zinsüberschuss	811	691	898	202
Dividenerträge	4	4	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	0
Provisionsüberschuss	335	271	385	38
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	14	16	124	5
Ergebnis aus Hedge Accounting	-6	2	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	22	6	1	0
Betriebserträge	1.181	990	1.408	245
Verwaltungsaufwendungen	-579	-409	-314	-100
Betriebsergebnis	602	581	1.094	144
Übriges Ergebnis	-228	-6	-1.268	-1
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-70	-39	-11	-6
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	39	-23	-1	4
Ergebnis vor Steuern	344	513	-187	141
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-127	-83	-249	-36
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	216	430	-437	104
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	216	430	-437	104
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-93	0	0	-33
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	123	430	-437	71
Return on Equity vor Steuern	14,9 %	25,6 %	15,7 %	46,5 %
Return on Equity nach Steuern	9,4 %	21,4 %	6,9 %	34,5 %
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,46 %	3,79 %	10,32 %	8,92 %
Cost/Income Ratio	46,9 %	41,3 %	22,3 %	41,1 %
Loan/Deposit Ratio	80,3 %	68,3 %	31,3 %	36,2 %
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,20 %	0,20 %	0,12 %	-1,01 %
NPE Ratio	1,1 %	1,7 %	1,6 %	3,7 %
NPE Coverage Ratio	59,8 %	65,7 %	70,7 %	86,2 %
Aktiva	69.015	38.563	18.081	4.820
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	25.324	17.650	18.632	4.609
Eigenkapital	4.795	4.166	5.352	667
Forderungen an Kunden	39.527	20.418	4.722	1.436
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	52.568	29.989	10.676	3.936
Geschäftsstellen	337	645	74	295
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	10.570	12.490	8.657	5.135
Kund:innen in Millionen	4,4	5,2	3,0	2,9

1.1.-30.6.2025 in € Millionen	Group Corporates & Markets			Überleitung	Gesamt
	Markets	Corporate Center			
Zinsüberschuss	377	-12	5	2.972	
Dividenerträge	3	1.249	-1.239	22	
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	7	4	0	11	
Provisionsüberschuss	295	34	-5	1.353	
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	100	-92	4	170	
Ergebnis aus Hedge Accounting	4	4	3	7	
Sonstiges betriebliches Ergebnis	67	57	-99	53	
Betriebserträge	853	1.244	-1.332	4.588	
Verwaltungsaufwendungen	-487	-243	99	-2.033	
Betriebsergebnis	366	1.001	-1.233	2.555	
Übriges Ergebnis	-9	11	1	-1.500	
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-23	-15	0	-164	
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-133	14	-8	-109	
Ergebnis vor Steuern	200	1.010	-1.241	781	
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-42	21	5	-512	
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	159	1.031	-1.236	268	
Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	0	
Ergebnis nach Steuern	159	1.031	-1.236	268	
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-12	0	19	-120	
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	147	1.031	-1.217	148	
Return on Equity vor Steuern	9,7 %	–	–	13,4 %	
Return on Equity nach Steuern	7,7 %	–	–	8,6 %	
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,22 %	–	–	3,03 %	
Cost/Income Ratio	57,1 %	–	–	43,7 %	
Loan/Deposit Ratio	162,8 %	–	–	82,9 %	
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,73 %	–	–	0,21 %	
NPE Ratio	2,9 %	–	–	1,8 %	
NPE Coverage Ratio	32,1 %	–	–	50,2 %	
Aktiva	63.400	31.396	-21.767	203.507	
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	21.892	16.915	-8.937	96.086	
Eigenkapital	4.373	7.202	-5.382	21.174	
Forderungen an Kunden	36.427	1.038	-1.365	102.202	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.775	3.078	-2.582	121.440	
Geschäftsstellen	17	–	–	1.368	
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	3.737	2.176	–	42.765	
Kund:innen in Millionen	2,6	0,0	–	18,1	

1.1.-30.6.2024				
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa ¹	Ukraine
Zinsüberschuss	800	693	745	200
Dividenerträge	12	4	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	3	0	1	0
Provisionsüberschuss	296	236	428	34
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-11	10	22	10
Ergebnis aus Hedge Accounting	7	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	6	14	-6	1
Betriebserträge	1.112	957	1.191	244
Verwaltungsaufwendungen	-519	-384	-293	-94
Betriebsergebnis	593	573	897	151
Übriges Ergebnis	-395	0	-8	-2
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-84	-37	-18	-5
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	32	18	20	-5
Ergebnis vor Steuern	146	554	892	138
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-134	-87	-187	-36
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	12	467	705	102
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	80	0
Ergebnis nach Steuern	12	467	785	102
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-62	0	-10	-32
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	-51	467	775	70
Return on Equity vor Steuern	6,5 %	32,4 %	39,5 %	54,4 %
Return on Equity nach Steuern	0,5 %	27,4 %	31,2 %	40,2 %
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,51 %	4,26 %	7,60 %	9,39 %
Cost/Income Ratio	45,0 %	40,1 %	24,6 %	38,3 %
Loan/Deposit Ratio	83,8 %	67,4 %	37,1 %	30,9 %
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,16 %	-0,20 %	1,71 %	1,19 %
NPE Ratio	1,2 %	1,8 %	1,5 %	4,9 %
NPE Coverage Ratio	58,6 %	67,2 %	72,5 %	75,8 %
Aktiva	66.427	35.417	25.231	4.811
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	24.286	16.988	19.204	4.753
Eigenkapital	4.547	3.872	6.095	602
Forderungen an Kunden	37.555	18.824	6.680	1.261
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50.721	27.703	16.513	4.083
Geschäftsstellen	335	655	161	321
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.886	12.570	11.352	5.239
Kund:innen in Millionen	4,0	5,0	4,3	2,8

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurden die Erfolgsrechnung sowie die Kennzahlen in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

1.1.-30.6.2024 in € Millionen	Group Corporates & Markets			Überleitung	Gesamt ¹
	Markets	Corporate Center			
Zinsüberschuss	452	-57		4	2.839
Dividenerträge	3	1.009		-1.000	27
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	8	23		0	34
Provisionsüberschuss	287	49		-10	1.319
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	47	-48		15	44
Ergebnis aus Hedge Accounting	-3	-1		-1	2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	62	64		-92	49
Betriebserträge	856	1.039		-1.085	4.314
Verwaltungsaufwendungen	-457	-236		96	-1.886
Betriebsergebnis	398	803		-989	2.428
Übriges Ergebnis	-5	15		1	-394
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-11	-5		0	-160
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-136	17		-6	-61
Ergebnis vor Steuern	247	830		-993	1.813
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-52	39		0	-458
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	194	869		-993	1.355
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0		0	80
Ergebnis nach Steuern	194	869		-993	1.436
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-17	0		10	-111
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	177	869		-983	1.324
Return on Equity vor Steuern	11,3 %	-		-	18,4 %
Return on Equity nach Steuern	8,9 %	-		-	14,6 %
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,46 %	-		-	2,92 %
Cost/Income Ratio	53,4 %	-		-	43,3 %
Loan/Deposit Ratio	156,5 %	-		-	81,9 %
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,73 %	-		-	0,28 %
NPE Ratio	2,9 %	-		-	1,8 %
NPE Coverage Ratio	38,3 %	-		-	53,3 %
Aktiva	64.763	37.026		-23.713	209.963
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	25.469	18.057		-10.306	98.453
Eigenkapital	4.682	7.846		-6.554	21.090
Forderungen an Kunden	38.113	1.016		-1.528	101.920
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.275	1.646		-3.608	125.333
Geschäftsstellen	18	-		-	1.490
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	3.617	2.173		-	44.837
Kund:innen in Millionen	2,5	0,0		-	18,6

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurden die Erfolgsrechnung sowie die Kennzahlen in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Anhang

Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss wird in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den auf Basis der IAS Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) erstellt. Für die Erstellung des Konzernzwischenabschlusses kommen dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zur Anwendung wie im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2024 im Detail beschrieben. Die Anforderungen des IAS 34 an den Zwischenbericht werden berücksichtigt sowie die Angaben hinsichtlich zyklischer Aufwendungen und Erträge im Konzernzwischenlagebericht adressiert.

Einige außerhalb des Anhangs gemachte IFRS-Angaben sind wesentliche Bestandteile des Konzernabschlusses. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Erläuterungen zu den Segmentergebnissen, die in den Angaben zur Segmentberichterstattung dargestellt werden. Angaben gemäß IFRS 7 zu Themen wie Kreditrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisikomanagement werden insbesondere im Kapitel Risikobericht ausführlich dargestellt.

Wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume und Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und nach heutigem Ermessen wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung. Änderungen von Schätzungen werden, sofern sie nur eine Periode betreffen, nur in dieser berücksichtigt. Falls auch nachfolgende Berichtsperioden betroffen sind, werden die Änderungen in der aktuellen und den folgenden Perioden berücksichtigt. Die Annahmen, Schätzungen und Ermessensentscheidungen betreffen im Wesentlichen die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft, den beizulegenden Zeitwert und die Wertminderung von Finanzinstrumenten, die latenten Steuern, Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen, Rückstellungen für Rechtsfälle sowie die Berechnungen zur Ermittlung der Werthaltigkeit von Firmenwerten und die im Zuge der Erstkonsolidierung aktivierten immateriellen Vermögenswerte. Darüber hinaus unterliegen die Werthaltigkeitstests von assoziierten Unternehmen Annahmen und Schätzungen.

Zum 30. Juni 2025 wurden im Zusammenhang mit Rasperia folgende Schätzungen bzw. Ermessensentscheidungen getroffen: Aufgrund der geänderten Einschätzung des Managements hinsichtlich der Vollstreckung der Ansprüche in die österreichischen Vermögensgegenstände der Rasperia wurden die erwarteten Erlöse in Höhe von € 1.204 Millionen im Juni 2025 ausgebucht. Weiters wurde von der Bildung einer Rückstellung für die Unterlassungsverfügung (Anti-Suit-Injunction) abgesehen, da die Kriterien gemäß IAS 37 zum 30. Juni 2025 nach Beurteilung des Managements nicht erfüllt waren. Im Zusammenhang mit der Beurteilung der Kontrolle von AO Raiffeisenbank gemäß IFRS 10 wird auf das Kapitel Konsequenzen und Analysen der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine verwiesen.

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI zudem erhöhten Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungsumrechnungen ausgesetzt. Details dazu finden sich im Abschnitt Währungen.

Anwendung von neuen und geänderten Standards

Soweit nicht anders angegeben, ergaben sich durch die Anwendung der folgenden Standards und Interpretationen keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderung IAS 21 (Fehlende Umtauschbarkeit bei Fremdwährungen; Inkrafttreten 1. Jänner 2025)

Durch die Änderung erfolgen Klarstellungen im Hinblick darauf, wie ein Unternehmen bei der Beurteilung, ob eine Währung in eine andere Währung umtauschbar ist, vorzugehen hat. Ebenfalls führt die Änderung zu Klarstellungen zur Bestimmung des zu verwendenden Wechselkurses sowie der erforderlichen Anhangangaben, falls bei der vorausgehenden Beurteilung festgestellt wurde, dass die Umtauschbarkeit einer Währung nicht gegeben ist. Für Angaben und Erläuterungen zu Währungsumrechnungen in der RBI wird auf den Abschnitt Währungen verwiesen.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen

Informationen dazu sind im Geschäftsbericht 2024, Kapitel Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung, ersichtlich.

Währungen

Kurse in Währung pro €	2025		2024	
	Stichtag	Durchschnitt	Stichtag	Durchschnitt
	30.6.	1.1.-30.6.	31.12.	1.1.-30.6.
Albanischer Lek (ALL)	98,080	98,807	98,150	102,350
Belarus-Rubel (BYN)	–	–	3,787 ¹	3,473
Bosnische Marka (BAM)	1,956	1,956	1,956	1,956
Polnischer Zloty (PLN)	4,242	4,227	4,275	4,314
Rumänischer Leu (RON)	5,079	5,003	4,974	4,975
Russischer Rubel (RUB)	92,039	96,250	113,833	97,789
Serbischer Dinar (RSD)	117,174	117,158	117,015	117,133
Tschechische Krone (CZK)	24,746	24,989	25,185	25,022
Ukrainische Hrywnja (UAH)	48,782	45,507	43,927	42,375
Ungarischer Forint (HUF)	399,800	404,090	411,350	390,150
US-Dollar (USD)	1,172	1,092	1,039	1,083

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Einheiten wurde für das Jahresende 2024 der Kurs per 30. November 2024 verwendet.

Für die Erläuterung der angewandten Bilanzierungsmethoden im Zusammenhang mit Währungsumrechnungen wird auf den Geschäftsbericht 2024 verwiesen. Grundsätzlich werden die Posten der Erfolgsrechnung mit dem Durchschnittskurs des Jahres auf Basis der Monatsultimokurse berechnet. Da das Urteil im Zusammenhang mit einem russischen Rechtsfall (Rasperia Trading Limited) in Euro ergangen ist, aber von der AO Raiffeisenbank in russischen Rubel gebucht wurde, erfolgte die Umrechnung der betroffenen Posten in der Erfolgsrechnung mit dem jeweiligen Transaktionskurs.

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI erhöhten Risiken bei Fremdwährungsumrechnungen im Zusammenhang mit dem russischen Rubel ausgesetzt. Die EZB stellte die Veröffentlichung eines offiziellen EUR/RUB-Wechselkurses im März 2022 ein und neben dem theoretischen, offiziellen Umrechnungskurs (von der russischen Zentralbank ermittelter Kurs: On-Shore-Kurs) bildete sich ein tatsächlich und faktisch erreichbarer Umrechnungskurs (z. B. von Refinitiv oder Electronic Broking Service, EBS ermittelter Kurs: Off-Shore-Kurs).

Die RBI ist diesen Risiken insbesondere bei der Umrechnung monetärer Fremdwährungspositionen und bei der Umrechnung vollkonsolidierter ausländischer Geschäftsbetriebe ausgesetzt. Die RBI verwendet den Off-Shore-Kurs von WM/Refinitiv sowohl für die Umrechnung monetärer Posten außerhalb von Russland als auch für die Umrechnung des vollkonsolidierten russischen Geschäftsbetriebs. Zum Bilanzstichtag bestand nur eine unwesentliche Differenz zwischen dem EUR/RUB-Wechselkurs von WM/Refinitiv und jenem der russischen Zentralbank.

Unternehmen haben in einem solchen Marktumfeld laufend zu untersuchen, ob der verwendete Wechselkurs den nach IAS 21 zu bestimmenden Kurs darstellt. Für nähere Informationen zu den von der RBI getroffenen Schätzungen und Annahmen wird auf den Geschäftsbericht 2024 verwiesen.

Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	30.6.2025	31.12.2024
Stand Beginn der Periode	182	192
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	1	3
In der Berichtsperiode verschmolzen	0	-4
In der Berichtsperiode ausgeschieden	-6	-9
Stand Ende der Periode	177	182

Erstkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Inkludiert	Grund
Finanzinstitute			
Raiffeisen investicni spolecnost a.s., Prag (CZ)	75,0 %	1.1.	Wesentlichkeit

Entkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Exkludiert	Grund
Kreditinstitute			
Aedificium Banca pentru Locuinte S.A., Bukarest (RO)	100,0 %	1.6.	Wesentlichkeit
Finanzinstitute			
CUPIDO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0 %	1.5.	Verkauf
RL Grundstückverwaltung Klagenfurt-Süd GmbH, Wien (AT)	100,0 %	1.5.	Verkauf
AGIOS Raiffeisen-Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	51,0 %	1.6.	Verkauf
Sonstige Unternehmen			
ASCENT Pflege Erfurt Immobilienleasing GmbH, Kriftel (DE)	75,0 %	1.1.	Wesentlichkeit
ASCENT Pflege Schleswig Immobilienleasing GmbH, Kriftel (DE)	75,0 %	1.1.	Wesentlichkeit

Konsequenzen und Analysen der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine

Unternehmensfortführung (Going Concern)

Der Vorstand der RBI hat den Konzernabschluss zum 30. Juni 2025 basierend auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung erstellt, da er nicht beabsichtigt, die RBI zu liquidieren, und dies auf Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen als realistische Absicht angesehen wird.

Die RBI verfügt über die erforderlichen wirtschaftlichen Ressourcen, um die laufenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen und den Geschäfts- und Liquiditätsbedarf finanzieren zu können, die unter anderem das Liquiditäts- und Finanzierungsprofil, einschließlich Prognosen der internen Liquiditätskennzahlen und der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsdeckungsquoten umfassen. Die jüngsten intern durchgeführten Stresstest-Szenarien für den Liquiditäts- und Kapitalbedarf zeigten, dass die RBI über angemessene Ressourcen verfügt, um möglichen Abwärtsszenarien standzuhalten. Zusätzlich verfügt die RBI über robuste Systeme, um die Unterbrechung des Geschäftsbetriebs in einem Kriegsgebiet abzufedern.

Der Vorstand der RBI sieht keine wesentlichen Unsicherheiten im Hinblick auf die Annahme einer positiven Fortbestehungsprognose. Diese Annahme ist mit Datum der Genehmigung des zu veröffentlichenden Zwischenberichts, dem 29. Juli 2025 für mindestens ein Jahr gültig.

Kontrollatbestand

Das wirtschaftliche und politische Umfeld infolge des Kriegs könnte darauf hindeuten, dass sich die Fähigkeit des Investors zur Beherrschung des Tochterunternehmens gemäß IFRS 10 in den betroffenen Gebieten verändert hat. In der RBI sind davon die Ukraine und Russland betroffen.

Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, überprüft die RBI entsprechend den Anforderungen von IFRS 10 unter anderem, ob sie schwankenden Renditen aus ihrem Engagement in den Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist, beziehungsweise Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels ihrer Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht die RBI ein Unternehmen, wenn sie direkt oder indirekt mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Möglichkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Ähnlich beurteilt die RBI das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen sie nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Möglichkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Dies kann der Fall sein, wenn die RBI aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten besitzt. Wenn Tatsachen und Umstände darauf hindeuten, dass sich ein oder mehrere Elemente der Beherrschung geändert haben, wird neu beurteilt, ob die Kontrolle über das Beteiligungsunternehmen noch besteht.

Bei der Beurteilung der Tatsachen und Umstände hat die RBI sorgfältig geprüft, ob es aufgrund des Kriegs oder der verhängten Sanktionen zu Veränderungen gekommen ist, welche die Fähigkeit zur Ausübung ihrer Rechte oder zur Einhaltung der Governance-Bestimmungen in Bezug auf das Tochterunternehmen erheblich einschränkt. Die RBI ist zu dem Schluss gelangt, dass keine Änderungen in Hinblick auf die Bewertung der Beherrschung erforderlich sind und es zu keinem Beherrschungsverlust über die Tochterunternehmen in den betroffenen Gebieten kam.

Am 4. September 2024 hat ein russisches Gericht eine einstweilige Verfügung erlassen, durch die die Anteile an der AO Raiffeisenbank einem Übertragungsverbot unterliegen. Diese Entscheidung steht im Zusammenhang mit von Rasperia Trading Limited in Russland gegen STRABAG SE, deren österreichische Kernaktionäre und AO Raiffeisenbank eingeleiteten Rechtsverfahren. Das Übertragungsverbot hindert RBI daran, die Anteile zu verkaufen oder zu übertragen, beeinträchtigt jedoch

nicht die Unternehmensrechte der RBI, einschließlich der Stimmrechte. Darüber hinaus hindert das Übertragungsverbot der Anteile die RBI nicht daran, Entscheidungen über die Gewinnverteilung der AO Raiffeisenbank zu treffen (vorbehaltlich natürlich anderer Dividendenbeschränkungen nach russischem Recht). Das Übertragungsverbot zielt darauf ab, den Status quo bis zur Klärung der Ansprüche von Rasperia aufrechtzuerhalten und ist vorübergehend. Daher ändert das Übertragungsverbot nichts an der Kontrolle der RBI über die AO Raiffeisenbank gemäß IFRS 10.

Pro-forma-Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ohne Russland basierend auf IFRS 5

Obwohl die Voraussetzungen für die Anwendung von IFRS 5 derzeit nicht vorliegen, zeigen die folgenden Tabellen die Pro-forma-Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz der RBI, wie sie nach Anwendung der Regelungen für aufgegebenen Geschäftsbereiche gemäß IFRS 5 für die russischen Einheiten aussehen würde. Folglich wurde das konsolidierte Ergebnis der russischen Einheiten in den Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen umgegliedert.

Aufgrund der Schwierigkeit, mögliche zukünftige Entwicklungen einzuschätzen, wird ein potenzieller Verlust aus der Entkonsolidierung, der sich aus dem Verlust des Nettovermögens sowie der Umgliederung aus dem sonstigen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung zusammensetzt, nicht in den Tabellen dargestellt. Die Umgliederung aus dem sonstigen Ergebnis hätte keine Auswirkung auf das regulatorische Kapital sowie die Kapitalquoten der RBI und ergäbe sich vorwiegend aus historischen Währungsschwankungen.

Unter Einbeziehung des Periodenergebnisses sowie des vollständigen Verlusts des Nettovermögens bei Entkonsolidierung der russischen Einheiten ergäbe sich für die RBI eine harte Kernkapitalquote von 15,7 Prozent verglichen mit 18,2 Prozent, wenn die russischen Geschäftstätigkeiten einbezogen bleiben.

in € Millionen	RBI		Pro-forma-IFRS 5-Effekt Russland		RBI Pro-forma-IFRS 5	
	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Zinsüberschuss	2.972	2.839	-856	-680	2.116	2.159
Dividenerträge	22	27	0	0	22	27
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	11	34	0	-1	11	33
Provisionsüberschuss	1.353	1.319	-390	-437	963	882
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	170	44	-146	-18	24	25
Ergebnis aus Hedge Accounting	7	2	0	0	7	2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	53	49	2	7	55	57
Betriebserträge	4.588	4.314	-1.390	-1.129	3.198	3.185
Personalaufwand	-1.159	-1.053	245	226	-913	-826
Sachaufwand	-632	-605	37	38	-595	-567
Abschreibungen	-243	-229	27	22	-216	-207
Verwaltungsaufwendungen	-2.033	-1.886	309	286	-1.724	-1.600
Betriebsergebnis	2.555	2.428	-1.081	-843	1.473	1.585
Übriges Ergebnis	-1.500	-394	1.268	8	-232	-386
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-164	-160	11	18	-153	-142
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-109	-61	1	-20	-108	-81
Ergebnis vor Steuern	781	1.813	199	-837	980	976
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-512	-458	249	187	-263	-271
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	268	1.355	449	-650	717	705
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	80	-449	650	-449	730
Ergebnis nach Steuern	268	1.436	0	0	268	1.436
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-120	-111	0	0	-120	-111
Konzernergebnis	148	1.324	0	0	148	1.324

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Aktiva in € Millionen	RBI		Pro-forma-IFRS 5-Effekt Russland		RBI Pro-forma-IFRS 5	
	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	34.162	34.871	-9.958	-3.906	24.204	30.965
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	150.231	147.701	-5.333	-10.533	144.898	137.169
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3.871	3.610	-4	-4	3.867	3.606
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.180	1.094	0	0	1.180	1.094
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	268	304	0	0	268	304
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	7.167	5.945	-69	-20	7.098	5.925
Hedge Accounting	1.087	1.014	-27	-5	1.060	1.009
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-242	-234	26	30	-216	-205
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	883	871	-1	-1	882	870
Sachanlagen	1.694	1.683	-231	-187	1.463	1.496
Immaterielle Vermögenswerte	1.022	1.003	-126	-90	896	913
Laufende Steuerforderungen	160	130	-7	-4	153	125
Latente Steuerforderungen	119	216	-24	-118	95	98
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	11	9	15.802	14.890	15.813	14.899
Sonstige Aktiva	1.895	1.636	-48	-51	1.847	1.585
Gesamt	203.507	199.851	0	0	203.507	199.851

Passiva in € Millionen	RBI		Pro-forma-IFRS 5-Effekt Russland		RBI Pro-forma-IFRS 5	
	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	166.263	163.316	-10.199	-8.995	156.064	154.321
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	1.078	1.108	0	0	1.078	1.108
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	10.109	9.304	0	-12	10.109	9.292
Hedge Accounting	1.086	1.308	-40	-122	1.047	1.186
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-282	-359	10	19	-272	-340
Rückstellungen	2.159	2.902	-88	-961	2.070	1.941
Laufende Steuerverpflichtungen	161	217	-40	-44	121	173
Latente Steuerverpflichtungen	57	53	-6	-11	52	42
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten der Veräußerungsgruppen	0	0	10.453	10.388	10.453	10.388
Sonstige Passiva	1.701	1.663	-91	-263	1.611	1.400
Eigenkapital	21.174	20.340	0	0	21.174	20.340
Konzern-Eigenkapital	18.296	17.299	0	0	18.296	17.299
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.268	1.260	0	0	1.268	1.260
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.610	1.781	0	0	1.610	1.781
Gesamt	203.507	199.851	0	0	203.507	199.851

Konzentrationsrisiko

Infolge des Kriegsausbruchs in der Ukraine sind die Aktivitäten der RBI in Russland und der Ukraine einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Das erhöhte Risiko ergibt sich aus einer Reihe von Faktoren wie die Zerstörung von Lebensgrundlagen und Infrastruktur in der Ukraine, den Verlust und die Blockierung von Häfen, gegen Russland verhängte Sanktionen, die Ungewissheit über die Dauer des Kriegs sowie die Preisinstabilität und den wirtschaftlichen Rückgang in Osteuropa. Die ausstehenden Forderungen in Russland und der Ukraine werden in den folgenden Tabellen dargestellt.

Die erste Tabelle zeigt eine Aufteilung des Nettobuchwerts nach IFRS-Bewertungskategorien sowie das Nominale der außerbilanziellen Geschäfte abzüglich der darauf entfallenden Wertminderungen. Die zweite Tabelle zeigt das Konzentrationsrisiko anhand von Gegenparteien, wobei Derivate separat dargestellt werden.

in € Millionen	30.6.2025			31.12.2024		
	Russland	Ukraine	Gesamt	Russland	Ukraine	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	6.860	2.376	9.236	12.126	2.473	14.598
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	4	849	854	4	770	774
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	2	0	2	2	0	2
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	84	103	187	53	121	174
Bilanzposten	6.951	3.329	10.279	12.185	3.364	15.549
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.375	1.290	3.666	2.018	1.048	3.067
Gesamt	9.326	4.619	13.945	14.203	4.412	18.615

in € Millionen	30.6.2025			31.12.2024		
	Russland	Ukraine	Gesamt	Russland	Ukraine	Gesamt
Derivate	72	1	72	42	2	44
Zentralbanken	179	554	733	5.697	255	5.952
Regierungen	1.753	1.060	2.813	1.078	1.129	2.207
Kreditinstitute	1.629	279	1.908	1.985	593	2.579
Sonstige Finanzunternehmen	163	38	201	168	25	192
Nicht-Finanzunternehmen	1.117	1.228	2.345	1.383	1.198	2.580
Haushalte	2.037	170	2.208	1.831	163	1.994
Bilanzposten	6.951	3.329	10.279	12.185	3.364	15.549
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.375	1.290	3.666	2.018	1.048	3.067
Gesamt	9.326	4.619	13.945	14.203	4.412	18.615

Werthaltigkeit der Sicherheiten in der Ukraine

Der Immobilienmarkt ist weiterhin stark vom Krieg betroffen, passt sich aber gleichzeitig den neuen Realitäten an. Die Preise für Wohnimmobilien bleiben in der Ukraine relativ stabil, wobei es in den großen westlichen Städten, aufgrund der Binnenmigration aus dem Osten und der stabileren Investitionsregion, allmählich zu Preissteigerungen kommt. Im Westen der Ukraine nimmt die Nachfrage nach Geschäften und Lagerimmobilien zu, was ebenfalls zu Preissteigerungen führt, jene nach Büroimmobilien nimmt jedoch ab. Die ukrainische Wirtschaft passt sich so weit möglich den Anforderungen des vorherrschenden Kriegsumfelds an. In den besetzten Gebieten werden die Sicherheiten als nicht anrechenbar eingestuft. In jenen Regionen, welche einem hohem Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzung ausgesetzt sind, wurden deutlich höhere Abschläge berücksichtigt. Für andere Gebiete der Ukraine finden laufend Vor-Ort-Besuche und Bewertungen statt.

Werthaltigkeitstest für das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte

Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine wurde in beiden Ländern das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögenswerte gemäß IAS 36 auf Indikatoren überprüft, die zu einer Wertminderung führen könnten.

In der Ukraine wurde jenes Sachanlagevermögen, welches sich in den besetzten Gebieten befindet, bereits im Jahr 2022 auf null abgeschrieben. Alle anderen Sachanlagevermögenswerte werden einzeln begutachtet und wenn es zu Schädigungen kommt, wertberichtigt. Daraus ergaben sich im ersten Halbjahr 2025, sowie in der Vorjahresperiode Wertminderungen unter € 1 Million.

Durch veränderte Marktpreise, Zinssätze, Mietpreise und leerstehende Immobilien aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage und einer detaillierteren Bewertung ergaben sich in Russland aus dem Werthaltigkeitstest für Sachanlagen Wertaufholungen in der Höhe von € 1 Million (Vorjahresperiode: Wertminderungen unter € 1 Million). Aus dem Werthaltigkeitstest für immaterielle Vermögenswerte ergaben sich weder in der Berichtsperiode noch in der Vergleichsperiode Wertminderungen.

Zu den Auswirkungen auf die Modelle zur Berechnung der Wertminderungen gemäß IFRS 9 wird auf Punkt (31) Zukunftsorientierte Informationen verwiesen.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

(1) Zinsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Zinserträge nach Effektivzinsmethode	3.930	4.139
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	102	69
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	3.827	4.070
Zinserträge übrige	1.061	1.190
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	194	143
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	26	19
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	4	5
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	63	181
Sonstige Aktiva	773	841
Zinserträge aus finanziellen Verbindlichkeiten	1	1
Zinsaufwendungen	-2.019	-2.490
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-1.546	-1.988
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-222	-118
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-20	-19
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	-222	-354
Sonstige Passiva	-6	-6
Zinsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten	-3	-3
Gesamt	2.972	2.839

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Zinsüberschuss	2.972	2.839
Durchschnittliche zinstragende Aktiva	196.145	194.613
Nettozinsspanne	3,03 %	2,92 %

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von € 327 Millionen (Vorjahresperiode: € 236 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Vermögenswerten und Zinsaufwendungen in Höhe von € 241 Millionen (Vorjahresperiode: € 137 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Verbindlichkeiten enthalten.

Trotz weiterer Zinssenkungen der EZB und niedrigerer Leitzinsen in den USA stieg der Zinsüberschuss im Jahresvergleich um € 133 Millionen auf € 2.972 Millionen. Dabei standen Anstiegen in Tschechien, der Slowakei und Russland Rückgänge in Ungarn (Negativeffekt in Höhe von € 22 Millionen aufgrund von Zinssatzdifferenzen aus Absicherungsgeschäften im Zusammenhang mit Devisenswaps) und Serbien gegenüber.

Die Nettozinsspanne verbesserte sich um 11 Basispunkte auf 3,03 Prozent, was vor allem auf einen Anstieg um 272 Basispunkte in Russland und einen Anstieg um 28 Basispunkte in der Slowakei zurückzuführen war.

(2) Dividendenerträge

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	6	7
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	15	20
Gesamt	22	27

(3) Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	11	34

Das laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen sank um € 23 Millionen auf € 11 Millionen (Vorjahresperiode: € 34 Millionen). Maßgeblich dafür war vor allem der negative anteilige Ergebnisbeitrag der Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG.

(4) Provisionsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Zahlungsverkehr	475	473
Kredit- und Garantiegeschäft	108	102
Wertpapiere	52	89
Vermögensverwaltung	156	139
Depot- und Treuhandgeschäft	56	47
Vermittlungsprovisionen	32	30
Fremdwährungsgeschäft	458	375
Sonstige	16	64
Gesamt	1.353	1.319

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um € 34 Millionen auf € 1.353 Millionen. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf Ungarn, Rumänien und Tschechien zurückzuführen, wobei die meisten anderen Länder des Konzerns mit Ausnahme von Russland ebenfalls eine Steigerung zeigten.

Der Provisionsüberschuss aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, betrug € 928 Millionen (Vorjahresperiode: € 933 Millionen).

1.1.-30.6.2025 in € Millionen	Zentral- europa	Südost- europa	Osteuropa	Ukraine	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Provisionserträge	464	381	445	92	467	71	-61	1.859
Zahlungsverkehr	219	230	88	73	102	52	-43	721
Clearing und Abwicklung	23	29	52	48	0	10	-6	157
Kreditkarten	31	26	3	1	35	4	0	99
Debitkarten und sonstige Bankkarten	37	80	19	19	0	27	-24	157
Übrige Zahlungsdienste	128	96	15	5	68	11	-13	309
Kredit- und Garantiegeschäft	33	22	10	3	60	6	-2	133
Wertpapiere	19	2	12	0	66	8	-9	99
Vermögensverwaltung	22	16	15	0	180	0	0	233
Depot- und Treuhandgeschäft	24	4	24	1	19	2	-4	68
Vermittlungsprovisionen	22	23	8	2	0	0	0	55
Fremdwährungsgeschäft	108	78	254	14	33	4	-3	489
Sonstige	16	4	35	0	6	0	-1	61
Provisionsaufwendungen	-129	-110	-61	-55	-172	-37	57	-506
Gesamt	335	271	385	38	295	34	-5	1.353

1.1.-30.6.2024 ¹ in € Millionen	Zentral- europa	Südost- europa	Osteuropa	Ukraine	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Provisionserträge	410	334	522	95	454	75	-68	1.823
Zahlungsverkehr	193	203	164	72	99	52	-49	734
Clearing und Abwicklung	24	26	108	45	0	13	-9	206
Kreditkarten	29	24	6	1	29	4	0	94
Debitkarten und sonstige Bankkarten	31	61	33	21	0	20	-19	147
Übrige Zahlungsdienste	109	92	19	5	70	13	-21	288
Kredit- und Garantiegeschäft	31	21	11	2	58	7	-3	127
Wertpapiere	24	2	45	0	59	8	-9	130
Vermögensverwaltung	11	14	14	0	176	0	0	216
Depot- und Treuhandgeschäft	8	3	26	1	19	3	-2	57
Vermittlungsprovisionen	19	17	11	2	0	0	0	50
Fremdwährungsgeschäft	109	69	179	18	32	4	-4	408
Sonstige	14	4	72	0	11	1	-1	102
Provisionsaufwendungen	-115	-98	-94	-61	-167	-26	58	-503
Gesamt	296	236	428	34	287	49	-10	1.319

¹Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

(5) Handelsergebnis, Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen und Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading	250	-21
Derivate	276	95
Eigenkapitalinstrumente	47	42
Schuldverschreibungen	22	12
Kredite und Forderungen	3	6
Short-Positionen	-1	0
Einlagen	145	-13
Verbriefte Verbindlichkeiten	-201	-171
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-41	7
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	2	-1
Eigenkapitalinstrumente	1	0
Schuldverschreibungen	4	3
Kredite und Forderungen	-3	-4
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-1	10
Schuldverschreibungen	1	-3
Einlagen	0	1
Verbriefte Verbindlichkeiten	-2	12
Währungsumrechnung (netto)	-81	56
Gesamt	170	44

¹Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen betrug in der Berichtsperiode € 170 Millionen (Vorjahresperiode: € 44 Millionen). Die im Handelsergebnis enthaltene Position Derivate verzeichnete ein positives Ergebnis von € 276 Millionen, dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um € 181 Millionen (Vorjahresperiode: € 95 Millionen). Derivate werden vor allem dazu genutzt, um Zins- und Währungsrisiken sowie Risiken aus Eigenkapitalpositionen abzusichern. Der Großteil des positiven Bewertungsergebnisses aus Derivaten wurde aus Absicherungen gegen Währungsrisiken vor allem in Russland erzielt. Rückläufige Effekte gab es hingegen bei Derivaten auf Eigenkapitalinstrumente. Diese bilden gemeinsam mit Eigenkapitalinstrumenten die Absicherung gegenüber Wertschwankungen emittierter Zertifikate, die im Wesentlichen auf Aktien und Aktienindizes und zu einem kleineren Teil auf Zinsprodukten beruhen. Das Bewertungsergebnis dieser im Handelsbuch geführten Zertifikate im Posten verbiefte Verbindlichkeiten betrug in der Berichtsperiode minus € 201 Millionen (Vorjahr: minus € 171 Millionen). Darin enthalten ist ein negativer Bewertungseffekt aus dem Rückgang des eigenen Credit Spreads in Höhe von minus € 22 Millionen. Bereinigt um diesen Effekt spiegelt das Zertifikatsergebnis im Wesentlichen die jeweiligen Entwicklungen der zugrundeliegenden Aktien und Aktienindizes wider. Das Bewertungsergebnis im Posten Einlagen in Höhe von € 145 Millionen (Vorjahr: minus € 13 Millionen) beinhaltet die im Devisenhandel erzielte Gewinnspanne, die sich in Russland aufgrund der hohen Volatilitäten auf den russischen Devisenmärkten, hervorgerufen durch geopolitische Rahmenbedingungen, in der Berichtsperiode maßgeblich erhöht hat.

Das Ergebnis aus Währungsumrechnungen von offenen Kassapositionen belief sich auf minus € 81 Millionen (Vorjahresperiode: € 56 Millionen). Offene Positionen werden mittels Fremdwährungsderivaten gesteuert und größtenteils geschlossen. Die gegenläufigen Bewertungseffekte dieser Derivate werden dementsprechend im Posten Derivate ausgewiesen.

Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024
Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten	186	149
Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften im Hedge Accounting	-180	-148
Erfolgswirksamer, ineffektiver Teil aus Cash-Flow Hedge	0	1
Gesamt	7	2

(6) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Ergebnis aus der Ausbuchung nicht modifizierter, nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	-5	-13
Schuldverschreibungen	0	0
Kredite und Forderungen	2	2
Verbriefte Verbindlichkeiten	-7	-16
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0
Ergebnis aus der Ausbuchung von nicht zur Veräußerung gehaltenen nichtfinanziellen Vermögenswerten	3	3
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	-1	0
Sonstige Aktiva	4	3
Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten	8	15
Umsatzerlöse aus bankfremden Tätigkeiten	58	52
Aufwendungen aus bankfremden Aktivitäten	-50	-38
Ergebnis aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	11	13
Umsatzerlöse aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	21	24
Aufwendungen aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	-10	-11
Ergebnis aus Versicherungsverträgen	1	1
Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)	35	30
Ergebnis aus Investment Property	10	10
Erträge aus Operating Leasing von Immobilien	12	11
Aufwendungen aus Operating Leasing von Immobilien	-2	-2
Erträge aus sonstigem Operating Leasing	17	13
Aufwendungen aus sonstigem Operating Leasing	-3	-2
Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen	-2	-13
Übrige betriebliche Erträge/Aufwendungen	2	13
Gesamt	53	49
Sonstige Betriebserträge	232	183
Sonstige Betriebsaufwendungen	-179	-134

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

(7) Verwaltungsaufwendungen

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Personalaufwand	-1.159	-1.053
Sachaufwand	-632	-605
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-243	-229
Gesamt	-2.033	-1.886

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Personalaufwand

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Löhne und Gehälter	-881	-819
Soziale Abgaben	-206	-190
Freiwilliger Sozialaufwand	-32	-29
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	-10	-8
Aufwendungen/Erträge für leistungsorientierte Pensionspläne	0	-3
Aufwendungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-7	-5
Aufwendungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer exkl. Bonusprogramme	-3	7
Personalaufwand aus Bonusprogrammen	-18	-7
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	0
Gesamt	-1.159	-1.053

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Sachaufwand

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Raumaufwand	-55	-51
IT-Aufwand	-232	-222
Rechts- und Beratungsaufwand	-84	-88
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-53	-53
Kommunikationsaufwand	-42	-41
Büroaufwand	-8	-9
Kfz-Aufwand	-5	-5
Sicherheitsaufwand	-12	-12
Reiseaufwand	-9	-8
Ausbildungsaufwand	-7	-8
Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern	-64	-40
davon Finanztransaktionssteuer	-58	-34
Sonstiger Sachaufwand	-60	-67
Gesamt	-632	-605
davon Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse	-8	-8
davon Aufwendungen für Leasingverhältnisse geringwertiger Vermögenswerte	-2	-2

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Sachanlagen	-120	-116
davon Nutzungsrechte	-40	-40
Immaterielle Vermögenswerte	-123	-113
Gesamt	-243	-229

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

(8) Übriges Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen	-13	-9
Ergebnis aus Barwertänderungen unwesentlich modifizierter Vertragskonditionen	-14	-8
Ergebnis aus der Ausbuchung aufgrund wesentlich modifizierter Vertragskonditionen	1	0
Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	11	11
Wertminderungen/-aufholungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten	2	0
Firmenwerte	0	0
Andere	2	0
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen sowie Entkonsolidierungen	1	-4
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen	2	4
Ergebnis aus Entkonsolidierungen	0	-8
Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen	-233	-392
Aufwände aus Rechtsstreitigkeiten in Russland	-1.269	0
Gesamt	-1.500	-394

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 1.500 Millionen nach minus € 394 Millionen in der Vergleichsperiode. Hauptgrund dafür war die Ausbuchung der erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung der Ansprüche der RBI in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia Trading Limited in Höhe von € 1.204 Millionen sowie von Zinsaufwänden im Zusammenhang mit dem der Rasperia zugesprochenen Schadenersatz. Zusätzlich wirkten sich kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen mit € 233 Millionen (Vorjahresperiode: € 392 Millionen) negativ aus. Diese betrafen im Wesentlichen Hypothekarkredite in Polen, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind.

(9) Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Staatliche Maßnahmen	-109	-89
Bankenabgaben	-109	-89
Pflichtabgaben	-55	-71
Bankenabwicklungsfonds	-10	-15
Beiträge zur Einlagensicherung	-46	-56
Sonstige Pflichtabgaben	0	0
Gesamt	-164	-160

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben stieg um € 4 Millionen. Die Konzernzentrale verzeichnete einen Anstieg der Bankenabgabe um € 26 Millionen, hauptsächlich bedingt durch die im ersten Quartal 2025 erfolgte Anpassung der Stabilitätsabgabe in Österreich. Die Beiträge zur Einlagensicherung sanken um € 10 Millionen, was hauptsächlich auf die Reduktion der Einlagen in Russland zurückzuführen war.

(10) Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte umfassen Wertminderungen auf erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Wertminderungen auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte.

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Forderungen	-108	-122
Schuldverschreibungen	-5	74
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	4	-12
Gesamt	-109	-61
davon finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-23	-5
davon finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	-90	-44

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 109 Millionen. In der Konzernzentrale wurden Nettodotierungen von € 113 Millionen überwiegend in Stage 2 (€ 63 Millionen aufgrund von Overlays für makroökonomische Risiken) und in Stage 3 (€ 44 Millionen hauptsächlich für Nicht-Finanzunternehmen) gebucht. Im Rest des

Konzerns standen Nettoauflösungen im Segment Zentraleuropa Nettodotierungen in Südosteuropa gegenüber. Für ausgefallene Kredite (Stage 3) wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen von netto € 63 Millionen (Vorjahresperiode: netto € 171 Millionen) gebildet, hauptsächlich für Nicht-Finanzunternehmen in der Konzernzentrale. In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen in Höhe von € 46 Millionen ausgewiesen, vor allem in der Konzernzentrale (Vorjahresperiode: Nettoauflösungen in Höhe von € 110 Millionen, überwiegend in Russland). Im Jahresvergleich stiegen die Risikokosten um € 49 Millionen, nachdem es im Segment Südosteuropa in der Vorjahresperiode zu einer Nettoauflösung von € 18 Millionen gekommen war und in der Berichtsperiode € 23 Millionen dotiert wurden.

Weitere Details sind unter Punkt (13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost enthalten.

(11) Steuern

in € Millionen	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-432	-403
davon Inland	-19	-1
davon Ausland	-414	-402
Latente Steuern	-80	-55
Gesamt	-512	-458
Effektive Steuerquote	65,7 %	25,3 %

¹ Aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten Ende November 2024 wurde die Erfolgsrechnung in den Vorperioden angepasst. Das Belarus zurechenbare Ergebnis wurde in der Erfolgsrechnung im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Die Erhöhung der effektiven Steuerquote auf 65,7 Prozent war im Wesentlichen auf den zusätzlichen, nicht steuerrelevanten, Aufwand für den Rechtsstreit im Zusammenhang mit der Klage der Rasperia Trading Limited sowie der Erhöhung des Steuersatzes in Russland auf 25 Prozent (Vergleichsperiode: 20 Prozent) zurückzuführen.

Die per 1. Jänner 2024 eingeführte globale Mindeststeuer für Unternehmensgruppen (MindBestG) in Höhe von 15 Prozent führte im ersten Halbjahr zu einem zusätzlichen steuerlichen Aufwand von € 3 Millionen. In den meisten Ländern, in denen die RBI tätig ist, werden die Safe Harbour Rules erfüllt.

Steuerforderungen

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Laufende Steuerforderungen	160	130
Latente Steuerforderungen	119	216
Steueransprüche aus temporären Differenzen	109	208
Verlustvorträge	10	8
Gesamt	279	345

Steuerverpflichtungen

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Laufende Steuerverpflichtungen	161	217
Latente Steuerverpflichtungen	57	53
Gesamt	218	271

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost

(12) Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Kassenbestand	2.850	3.338
Guthaben bei Zentralbanken	20.278	18.486
Sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	11.033	13.047
Gesamt	34.162	34.871

Im Posten Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen kam es in Summe zu einer Reduktion von € 709 Millionen. Einerseits kam es zu einem Anstieg in Guthaben bei Zentralbanken (Anstieg: € 1.793 Millionen), der vorwiegend auf Russland (Anstieg: € 6.705 Millionen) zurückzuführen war. Der Anstieg in Russland wurde durch die Einbehaltung des Schadenersatzes, der Rasperia Trading Limited in Höhe von € 2.109 Millionen (inklusive Zinsen) zugesprochen wurde, reduziert. Die Einbehaltung erfolgte im zweiten Quartal 2025 durch die Belastung des Korrespondenzkontos der AO Raiffeisenbank bei der russischen Zentralbank. Andererseits kam es zu Rückgängen in der Konzernzentrale (Rückgang: € 2.364 Millionen), in Rumänien (Rückgang: € 1.456 Millionen) und in der Slowakei (Rückgang: € 1.262 Millionen). Weiters gab es in der Position sonstige Sichteinlagen einen Rückgang, welcher aus der Konzernzentrale (Rückgang: € 1.935 Millionen) kam.

Unter dem Posten Kassenbestand zeigen die Ukraine und Russland insgesamt € 769 Millionen. Der Kassenbestand in Russland ist im Vergleich zum Jahresende um € 400 Millionen gesunken.

Zum Berichtsstichtag wurden Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von € 817 Millionen ausgewiesen, welche gesetzlichen Einschränkungen gemäß IAS 7.48 unterliegen, sodass die RBI über diese Mittel nicht verfügen kann. Davon entfielen € 765 Millionen auf Russland und Ukraine.

(13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost

in € Millionen	30.6.2025			31.12.2024		
	Brutto-buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Brutto-buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert
Schuldverschreibungen	35.274	-33	35.241	30.836	-53	30.783
Zentralbanken	5	0	5	5	0	5
Regierungen	29.694	-27	29.667	25.726	-47	25.678
Kreditinstitute	3.863	-1	3.862	3.455	-1	3.455
Sonstige Finanzunternehmen	983	-1	982	967	-1	966
Nicht-Finanzunternehmen	729	-4	726	683	-4	679
Kredite und Forderungen	117.523	-2.534	114.990	119.676	-2.758	116.919
Zentralbanken	9.660	0	9.660	13.784	-1	13.783
Regierungen	4.104	-7	4.097	3.816	-9	3.807
Kreditinstitute	3.909	-2	3.906	4.274	-2	4.272
Sonstige Finanzunternehmen	10.655	-143	10.512	10.526	-169	10.356
Nicht-Finanzunternehmen	46.961	-1.426	45.535	46.713	-1.607	45.106
Haushalte	42.234	-955	41.280	40.564	-970	39.594
Gesamt	152.797	-2.566	150.231	150.512	-2.810	147.701

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2024 um € 2.530 Millionen.

Dem Anstieg der Schuldverschreibungen um € 4.458 Millionen, überwiegend aus Zukäufen von Staatsanleihen (Anstieg: € 3.989 Millionen), vor allem in der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.055 Millionen) und in der Slowakei (Anstieg: € 849 Millionen), stand ein Rückgang im Kreditgeschäft in Höhe von € 1.929 Millionen gegenüber. Dieser resultierte aus dem kurzfristigen Geschäft (Rückgang: € 4.044 Millionen), vor allem in Russland (Rückgang: € 5.270 Millionen), bedingt durch Umschichtung von kurzfristigen Veranlagungen bei der russischen Zentralbank in täglich fällige Einlagen (Guthaben bei Zentralbanken), teilweise kompensiert durch einen Anstieg in Tschechien um € 1.263 Millionen, getrieben durch Repo-Geschäfte mit der Nationalbank. Der Anstieg der Kredite an Haushalte um € 1.686 Millionen kam hauptsächlich aus Tschechien und aus der Slowakei (Anstieg: € 548 Millionen bzw. € 280 Millionen, insbesondere bei Hypothekarkrediten), sowie aus Russland (Anstieg: € 206 Millionen, ausschließlich währungsbedingt). Bei den Krediten an Nicht-Finanzunternehmen wurde ein Anstieg um € 429 Millionen verzeichnet,

hauptsächlich in der Slowakei (Anstieg: € 329 Millionen), bedingt durch höhere Kredite an Firmenkunden, und in Ungarn (Anstieg: € 143 Millionen), zum Teil währungsbedingt.

In Russland bestehen finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost in Höhe von € 1.502 Millionen aus Zahlungen von Emittenten lokaler Schuldtitel, die derzeit aufgrund der bestehenden US- und EU-Sanktionen nicht an ausländische Investoren weitergeleitet werden können, und daher bei der russischen Agentur für Einlagensicherung (Deposit Insurance Agency) deponiert werden müssen. Sie stehen der Muttergesellschaft zur allgemeinen Verwendung nicht zur Verfügung.

Das Kreditportfolio der RBI ist nach Art der Kund:innen, geografischer Region und Industrie diversifiziert. In den folgenden Aufteilungen der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Gegenpartei ist ersichtlich, dass der Fokus auf Kund:innen im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte liegt.

Bruttobuchwert

in € Millionen	30.6.2025				31.12.2024			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	9.485	179	0	0	13.668	120	0	0
Regierungen	31.578	2.067	153	0	27.985	1.395	163	0
Kreditinstitute	7.384	386	1	0	7.257	472	1	0
Sonstige Finanzunternehmen	10.276	1.042	280	41	9.478	1.681	290	44
Nicht-Finanzunternehmen	38.077	7.846	1.651	117	37.937	7.241	2.118	100
Haushalte	35.862	5.269	1.007	97	33.396	6.068	1.000	100
davon Hypothekar	23.971	3.568	326	61	22.490	4.111	347	60
Gesamt	132.662	16.788	3.093	254	129.720	16.977	3.571	244

Kumulierte Wertminderungen

in € Millionen	30.6.2025				31.12.2024			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0	0	0	0	-1	0	0	0
Regierungen	-20	-9	-5	0	-40	-10	-7	0
Kreditinstitute	-1	-1	-1	0	-1	-1	-1	0
Sonstige Finanzunternehmen	-12	-11	-93	-28	-11	-22	-119	-17
Nicht-Finanzunternehmen	-184	-374	-826	-45	-194	-266	-1.108	-42
Haushalte	-107	-202	-626	-20	-106	-227	-615	-22
davon Hypothekar	-16	-71	-141	-12	-18	-82	-156	-13
Gesamt	-324	-597	-1.552	-94	-353	-527	-1.850	-81

ECL Coverage Ratio

	30.6.2025				31.12.2024			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0,0 %	0,0 %	-	-	0,0 %	0,0 %	-	-
Regierungen	0,1 %	0,4 %	3,4 %	2,3 %	0,1 %	0,7 %	4,2 %	2,2 %
Kreditinstitute	0,0 %	0,3 %	77,4 %	-	0,0 %	0,2 %	72,3 %	-
Sonstige Finanzunternehmen	0,1 %	1,1 %	33,4 %	69,4 %	0,1 %	1,3 %	41,1 %	39,6 %
Nicht-Finanzunternehmen	0,5 %	4,8 %	50,0 %	38,9 %	0,5 %	3,7 %	52,3 %	41,6 %
Haushalte	0,3 %	3,8 %	62,2 %	20,5 %	0,3 %	3,7 %	61,5 %	21,8 %
davon Hypothekar	0,1 %	2,0 %	43,2 %	19,4 %	0,1 %	2,0 %	45,1 %	21,0 %
Gesamt	0,2 %	3,6 %	50,2 %	36,8 %	0,3 %	3,1 %	51,8 %	33,1 %

Entwicklung der Wertminderungen

Entwicklung der Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost, der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income sowie auf sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten:

	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2025	407	529	1.854	81	2.871
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	164	36	6	0	206
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-51	-41	-167	-5	-264
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-106	44	197	20	154
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	-1	0	-1
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	0	-347	-2	-350
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-19	31	15	0	27
Stand 30.6.2025	395	598	1.557	94	2.643
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	71	2	3	0	76
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	0	2	0	2

	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2024	372	978	1.673	107	3.130
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	128	75	7	0	210
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-49	-166	-106	-33	-354
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-58	-65	274	9	160
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	0	0	1
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-1	-66	-2	-70
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-16	35	19	1	39
Stand 30.6.2024	376	857	1.802	83	3.117
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	9	5	2	0	16
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	5	0	0	6

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Rating-Kategorien und Stages

Die Kreditwürdigkeitsanalyse von finanziellen Vermögenswerten ist eine zeitliche Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Vermögenswerte.

- Exzellent sind Risikopositionen, die eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit vernachlässigbarer oder keiner Ausfallwahrscheinlichkeit aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>0,0000 \leq 0,0300$ Prozent und Retail PD-Skala $>0,00 \leq 0,17$ Prozent).
- Sehr gute Risikopositionen weisen eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen auf, wobei die Ausfallwahrscheinlichkeit vernachlässigbar oder gering ist (Non-Retail PD-Skala $>0,0300 \leq 0,1878$ Prozent und Retail PD-Skala $>0,17 \leq 0,35$ Prozent).
- Gut sind Risikopositionen, die eine gute Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit geringem Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>0,1878 \leq 1,1735$ Prozent und Retail PD-Skala $>0,35 \leq 1,37$ Prozent).
- Zufriedenstellend sind Risikopositionen, die einer genaueren Überwachung bedürfen und eine durchschnittliche bis angemessene Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit einem moderaten Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>1,1735 \leq 7,3344$ Prozent und Retail PD-Skala $>1,37 \leq 7,28$ Prozent).
- Unterdurchschnittlich sind Risikopositionen, die unterschiedliche Stärken spezieller Aufmerksamkeit erfordern und ein besorgniserregendes Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>7,3344 < 100,0$ Prozent und Retail PD-Skala $>7,28 < 100,0$ Prozent).
- Beeinträchtigte Bonität haben Risikopositionen, die als wertgemindert eingestuft werden (PD-Skala 100,0 Prozent sowohl für Non-Retail als auch für Retail).

Die folgende Tabelle zeigt den Zusammenhang zwischen Rating-Kategorien und Stages nach IFRS 9. Dabei ist zu beachten, dass es bei finanziellen Vermögenswerten in Stage 1 und Stage 2 aufgrund des relativen Charakters einer erheblichen Erhöhung des Kreditrisikos nicht zwingend erforderlich ist, dass Vermögenswerte der Stage 2 eine niedrigere Bonität besitzen als Stage 1, obwohl dies in der Regel der Fall ist.

30.6.2025	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	24.988	234	0	0	25.222
Sehr gut	40.771	2.265	0	1	43.036
Gut	46.131	4.657	0	6	50.794
Zufriedenstellend	16.950	5.432	0	13	22.396
Unterdurchschnittlich	1.996	2.354	0	11	4.361
Wertgemindert	0	0	2.992	207	3.200
Nicht geratet	1.826	1.846	101	15	3.789
Bruttobuchwert	132.662	16.788	3.093	254	152.797
Kumulierte Wertminderungen	-324	-597	-1.552	-94	-2.566
Buchwert	132.338	16.192	1.541	161	150.231

31.12.2024	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	20.556	905	0	0	21.462
Sehr gut	40.918	2.385	0	2	43.304
Gut	43.015	4.711	0	6	47.732
Zufriedenstellend	20.880	5.462	0	12	26.355
Unterdurchschnittlich	1.710	2.287	0	10	4.006
Wertgemindert	0	0	3.483	196	3.679
Nicht geratet	2.643	1.226	88	17	3.974
Bruttobuchwert	129.720	16.977	3.571	244	150.512
Kumulierte Wertminderungen	-353	-527	-1.850	-81	-2.810
Buchwert	129.367	16.450	1.721	163	147.701

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet vor allem finanzielle Vermögenswerte für Haushalte, für die noch keine Ratings verfügbar sind und deren Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert sowie Zahlungen von Emittenten lokaler Schuldtitel, die derzeit aufgrund der bestehenden US- und EU-Sanktionen nicht an ausländische Investoren weitergeleitet werden können, und daher bei der russischen Agentur für Einlagensicherung (Deposit Insurance Agency) in Russland deponiert werden müssen.

(14) Modifizierte Vermögenswerte

Die Netto-Modifikationseffekte beliefen sich im ersten Halbjahr 2025 auf minus € 14 Millionen (Vorjahresperiode: minus € 8 Millionen). Zum 31. Dezember 2024 beliefen sich die Netto-Modifikationseffekte auf minus € 23 Millionen.

30.6.2025	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen					
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-10	-2	-1	0	-14
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	1.352	436	87	-4	1.871
Bruttobuchwert zum 30.6. der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	0	8	0	0	8
31.12.2024					
in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-12	-6	-4	-1	-23
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	1.634	392	115	-4	2.138
Bruttobuchwert zum 31.12. der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	0	16	0	0	16

(15) Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.058	22.999
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	14.356	12.680
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	7.132	7.310
Rückkaufvereinbarung	1.569	3.009
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	121.415	117.693
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	82.907	80.467
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	36.853	35.703
Rückkaufvereinbarung	1.655	1.524
Verbriefte Verbindlichkeiten	20.130	21.002
Gedeckte Schuldverschreibungen	5.303	4.912
Hybride Verträge	788	514
Sonstige verbiefte Verbindlichkeiten	14.039	15.576
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	797	2.360
davon nicht wandelbar	13.242	13.215
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.660	1.622
Gesamt	166.263	163.316
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	2.175	2.261
davon Leasingverbindlichkeiten	364	364

Die kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich im Wesentlichen in der Konzernzentrale. Hier war ein Anstieg von € 1.340 Millionen zu verzeichnen, wovon ein Großteil auf Einlagen der Raiffeisen-Landesbanken zurückzuführen war. Demgegenüber verringerten sich die Rückkaufvereinbarungen in der Konzernzentrale um € 1.416 Millionen.

Die kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen gegenüber Kunden verzeichneten in Tschechien einen erheblichen Anstieg (Anstieg: € 2.676 Millionen) wobei die Zunahme bei Einlagen von Haushalten am deutlichsten ausfiel. Des Weiteren erhöhten sich die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit gegenüber Kunden besonders stark in Ungarn (Anstieg: € 1.176 Millionen), wobei besonders Einlagen von Nicht-Finanzunternehmen maßgeblich zu dieser Entwicklung beitrugen.

Die gedeckten Schuldverschreibungen erhöhten sich in der Slowakei aufgrund von Emissionen um € 426 Millionen, im Gegensatz dazu verringerten sich die sonstigen verbiefte Verbindlichkeiten, insbesondere in der Konzernzentrale (Rückgang: € 1.139 Millionen) und in der Slowakei (Rückgang: € 320 Millionen).

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Asset-Klassen:

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Zentralbanken	582	391
Regierungen	3.861	3.104
Kreditinstitute	22.476	22.607
Sonstige Finanzunternehmen	11.927	11.403
Nicht-Finanzunternehmen	43.288	43.833
Haushalte	62.340	59.353
Gesamt	144.473	140.692

(16) Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

30.6.2025						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	34.162	0	34.162	34.162	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	30.967	1.943	115.995	148.905	150.231	-1.326
Schuldverschreibungen	30.967	1.943	2.129	35.039	35.241	-202
Kredite und Forderungen	0	0	113.866	113.866	114.990	-1.124
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	1.043	17.692	147.125	165.859	165.900	-41
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	143.784	143.784	144.110	-326
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.043	17.692	1.681	20.415	20.130	285
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.660	1.660	1.660	0

1 Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I Notierte Marktpreise
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

31.12.2024						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	34.871	0	34.871	34.871	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	26.579	1.931	118.021	146.530	147.701	-1.171
Schuldverschreibungen	26.579	1.931	1.964	30.473	30.783	-310
Kredite und Forderungen	0	0	116.057	116.057	116.919	-862
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	854	18.482	143.025	162.361	162.951	-590
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	139.439	139.439	140.328	-889
Verbriefte Verbindlichkeiten	854	18.482	1.964	21.301	21.002	298
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.622	1.622	1.622	0

1 Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I Notierte Marktpreise
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

(17) Finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income

30.6.2025				
in € Millionen	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	220	-	-	220
Kreditinstitute	4	-	-	4
Sonstige Finanzunternehmen	135	-	-	135
Nicht-Finanzunternehmen	80	-	-	80
Schuldverschreibungen	3.693	-76	34	3.651
Zentralbanken	0	0	0	0
Regierungen	2.928	-71	37	2.893
Kreditinstitute	633	-1	-2	630
Nicht-Finanzunternehmen	132	-4	0	128
Gesamt	3.912	-76	34	3.871

31.12.2024 in € Millionen	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	211	-	-	211
Kreditinstitute	4	-	-	4
Sonstige Finanzunternehmen	133	-	-	133
Nicht-Finanzunternehmen	74	-	-	74
Schuldverschreibungen	3.431	-59	27	3.398
Zentralbanken	389	0	0	389
Regierungen	2.231	-55	32	2.207
Kreditinstitute	685	-1	-4	680
Nicht-Finanzunternehmen	127	-3	-1	122
Gesamt	3.642	-59	27	3.610

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income ohne Eigenkapitalinstrumente nach Rating-Kategorien und Stages:

30.6.2025 in € Millionen	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	POCI Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
Exzellente	669	0	0	0	669
Sehr gut	419	26	0	0	445
Gut	1.944	110	0	0	2.054
Zufriedenstellend	28	1	0	0	29
Unterdurchschnittlich	485	5	0	0	490
Wertgemindert	0	0	6	0	6
Nicht geratet	0	0	0	0	0
Bruttobuchwert	3.545	142	6	0	3.693
Kumulierte Wertminderungen	-71	-2	-3	0	-76
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	34	0	1	0	34
Buchwert	3.508	140	3	0	3.651

31.12.2024 in € Millionen	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	POCI Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
Exzellente	752	0	0	0	752
Sehr gut	861	0	0	0	861
Gut	1.349	88	0	0	1.437
Zufriedenstellend	27	0	0	0	27
Unterdurchschnittlich	315	33	0	0	348
Wertgemindert	0	0	5	0	5
Nicht geratet	0	0	0	0	0
Bruttobuchwert	3.304	121	5	0	3.431
Kumulierte Wertminderungen	-54	-3	-3	0	-59
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	25	2	0	0	27
Buchwert	3.275	121	2	0	3.398

(18) Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Eigenkapitalinstrumente	1	6
Sonstige Finanzunternehmen	1	6
Nicht-Finanzunternehmen	0	0
Schuldverschreibungen	399	399
Regierungen	184	178
Kreditinstitute	17	22
Sonstige Finanzunternehmen	193	193
Nicht-Finanzunternehmen	5	7
Kredite und Forderungen	780	689
Regierungen	1	1
Kreditinstitute	2	2
Sonstige Finanzunternehmen	21	24
Nicht-Finanzunternehmen	242	187
Haushalte	515	476
Gesamt	1.180	1.094

(19) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss

Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Schuldverschreibungen	268	304
Regierungen	254	281
Kreditinstitute	9	15
Nicht-Finanzunternehmen	5	8
Gesamt	268	304

Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16	17
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	16	17
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	25	24
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	25	24
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.038	1.067
Sonstige verbiefte Verbindlichkeiten	1.038	1.067
davon nicht wandelbar	1.038	1.067
Gesamt	1.078	1.108
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0

(20) Finanzielle Vermögenswerte – Held For Trading

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Derivate	3.509	3.405
Zinssatzverträge	2.274	2.318
Eigenkapitalverträge	449	382
Wechselkurs- und Goldverträge	692	646
Kreditverträge	60	29
Warentermingeschäfte	0	0
Andere	34	31
Eigenkapitalinstrumente	544	453
Kreditinstitute	54	54
Sonstige Finanzunternehmen	120	141
Nicht-Finanzunternehmen	369	258
Schuldverschreibungen	3.113	2.087
Zentralbanken	1	4
Regierungen	2.713	1.679
Kreditinstitute	340	315
Sonstige Finanzunternehmen	18	16
Nicht-Finanzunternehmen	42	73
Gesamt	7.167	5.945

Innerhalb des Postens finanzielle Vermögenswerte – Held for Trading betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 55 Millionen (Vorjahr: € 462 Millionen). Der Anstieg der Schuldverschreibungen resultierte vorwiegend aus Zukäufen von Staatsanleihen in der Konzernzentrale.

Derivative Finanzinstrumente

30.6.2025	Nominalwert	Marktwert	
in € Millionen		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	199.539	3.306	-2.815
Zinssatzverträge	145.835	2.146	-2.114
Eigenkapitalverträge	5.742	449	-147
Wechselkurs- und Goldverträge	44.129	618	-501
Kreditverträge	2.354	59	-49
Warentermingeschäfte	39	0	0
Andere	1.440	34	-4
Bankbuch	14.498	203	-113
Zinssatzverträge	8.661	127	-42
Wechselkurs- und Goldverträge	5.344	74	-48
Kreditverträge	493	2	-24
Gesamt	214.037	3.509	-2.929
OTC-Produkte	210.805	3.495	-2.904
Börsengehandelte Produkte	3.231	14	-25

31.12.2024	Nominalwert	Marktwert	
in € Millionen		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	195.720	3.219	-2.824
Zinssatzverträge	141.742	2.170	-2.199
Eigenkapitalverträge	3.966	382	-121
Wechselkurs- und Goldverträge	47.415	608	-469
Kreditverträge	1.126	27	-30
Warentermingeschäfte	21	0	0
Andere	1.450	31	-6
Bankbuch	12.607	186	-208
Zinssatzverträge	7.181	148	-66
Wechselkurs- und Goldverträge	5.365	37	-130
Kreditverträge	61	1	-12
Gesamt	208.327	3.405	-3.032
OTC-Produkte	206.383	3.388	-3.004
Börsengehandelte Produkte	1.944	17	-28

(21) Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Derivate	2.929	3.032
Zinssatzverträge	2.156	2.265
Eigenkapitalverträge	147	121
Wechselkurs- und Goldverträge	549	598
Kreditverträge	73	42
Waretermingeschäfte	0	0
Andere	4	6
Short-Positionen	1.145	992
Eigenkapitalinstrumente	8	11
Schuldverschreibungen	1.137	981
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.034	5.279
Hybride Verträge	6.034	5.279
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	2	1
Gesamt	10.109	9.304

(22) Hedge Accounting und Fair-Value Anpassungen aus Portfolio-Fair-Value-Hedges

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	401	371
Zinssatzverträge	401	371
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	0	0
Zinssatzverträge	0	0
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	1	9
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	685	633
Cash-Flow Hedge	137	95
Fair Value Hedge	548	538
Gesamt	1.087	1.014

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-242	-234
Gesamt	-242	-234

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	369	417
Zinssatzverträge	369	417
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	0	0
Zinssatzverträge	0	0
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	16	1
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	701	890
Cash-Flow Hedge	90	183
Fair Value Hedge	611	707
Gesamt	1.086	1.308

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-282	-359
Gesamt	-282	-359

30.6.2025 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Absicherungsinstrumente	76.669	1.087	-1.086
Zinssatzverträge	75.535	1.084	-1.066
Wechselkurs- und Goldverträge	1.133	4	-20
Gesamt	76.669	1.087	-1.086

31.12.2024 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Absicherungsinstrumente	73.743	1.014	-1.308
Zinssatzverträge	71.608	1.004	-1.301
Wechselkurs- und Goldverträge	2.135	11	-7
Gesamt	73.743	1.014	-1.308

(23) Erläuterungen Fair Value von Finanzinstrumenten

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in den folgenden Tabellen nach Bilanzposten gegliedert dargestellt.

Aktiva in € Millionen	30.6.2025			31.12.2024		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	3.478	3.652	37	2.289	3.642	15
Derivate	3	3.507	0	3	3.402	0
Eigenkapitalinstrumente	526	1	17	449	1	3
Schuldverschreibungen	2.949	144	20	1.837	239	12
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	331	20	829	327	34	733
Eigenkapitalinstrumente	1	0	0	1	5	0
Schuldverschreibungen	330	20	48	326	29	44
Kredite und Forderungen	0	0	780	0	0	689
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	259	9	0	286	18	0
Schuldverschreibungen	259	9	0	286	18	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	2.872	725	274	2.645	693	272
Eigenkapitalinstrumente	30	0	189	30	0	181
Schuldverschreibungen	2.841	725	85	2.615	693	91
Hedge Accounting	0	1.087	0	0	1.014	0

Passiva in € Millionen	30.6.2025			31.12.2024		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	1.138	8.971	0	991	8.313	0
Derivate	3	2.926	0	2	3.031	0
Short-Positionen	1.134	11	0	988	4	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	6.034	0	0	5.279	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	2	0	0	1	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	1.078	0	0	1.108	0
Einlagen	0	41	0	0	41	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.038	0	0	1.067	0
Hedge Accounting	0	1.086	0	0	1.308	0

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten zwischen Level I und Level II

Für Finanzinstrumente mit einem Volumen von € 23 Millionen standen zum 30. Juni 2025 nur abgeleitete Preise zur Verfügung. Zum Beispiel wurden anstelle des BGN-Werts (Bloomberg Generic Price) der BVAL-Wert (Bloomberg Evaluation) herangezogen. Folglich wurden diese Wertpapiere von Level I auf Level II umgegliedert. Bei den Verschiebungen von Level II zu Level I handelte es sich um Wertpapiere in Höhe von € 88 Millionen, für die zum Zeitpunkt des Transfers Marktwerte zur Verfügung standen.

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Der Gesamtbestand an Level-III-Vermögenswerten erhöhte sich in der Berichtsperiode um netto € 120 Millionen. Bei den Finanzinstrumenten, die verpflichtend zum Fair Value bilanziert werden müssen, kam es zu einer Erhöhung um netto € 96 Millionen, im Wesentlichen durch Zugänge in Österreich aufgrund von substantiellen Vertragsmodifikationen von Krediten und durch Neuzugänge in Ungarn und der Slowakei. In der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income kam es zu einer Erhöhung um netto € 2 Millionen. In der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte - Held for Trading erhöhte sich das Volumen der Eigenkapitalinstrumente um netto € 22 Millionen, vorwiegend aufgrund von Zugängen in Kroatien. In der Gesamtnettoveränderung von € 120 Millionen waren netto € 16 Millionen Wechselkursschwankungen enthalten.

Aktiva in € Millionen	Stand 1.1.2025	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	15	0	1	42	-21
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	733	0	15	106	-25
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	272	2	-1	3	-2
Gesamt	1.019	2	16	152	-48

Aktiva in € Millionen	Erfolg in GuV	davon unrealisierte Erträge/Aufwendungen in der Erfolgsrechnung	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.6.2025
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	0	0	37
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-1	-4	0	0	0	829
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	1	0	0	274
Gesamt	-1	-4	1	0	0	1.140

Passiva in € Millionen	Stand 1.1.2025	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-	-	-	-	-
Gesamt	-	-	-	-	-

Passiva in € Millionen	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.6.2025
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-	-	-	-	-
Gesamt	-	-	-	-	-

Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

Aktiva	Marktwert in € Millionen ¹	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
30.6.2025				
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	37			
Eigenkapitalanlagen, Mezzanine-Kapital, Ergänzungskapital	17	Indicative Prices (Richtpreise), Alternative Anlagen	-	-
Staatsanleihen, festverzinsliche Anleihen	20	DCF-Verfahren	Credit Spread; (Auktions-) Zinskurve	4,27 - 12,15 %
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinskurve	10 - 30 %
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	829			
Sonstige Beteiligungen	0	Vereinfachte Kapitalwertmethode	-	-
Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	48	Nettovermögenswert Marktpreisindikation	(Auktions-) Preis	-
		Retail: DCF-Verfahren (Black-Scholes, Vorfälligkeitsoptionen, Widerrufsmöglichkeit usw.)	Spread (Neugeschäft)	1,22 - 3,58 % über alle Währungen
		Non-Retail: DCF-Verfahren/ Optionsbewertung	Funding-Kurven (Liquiditätskosten)	-0,04 - 2,35 % über alle Währungen
		(Black-Scholes (shifted) Model; Hull-White Trinominal Tree)	Kreditrisikoprämie (CDS-Kurven)	0,11 - 8,06 % (abhängig vom Rating: von A bis CCC)
Kredite	780			
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	274			
		Dividend Discount Model Vereinfachte Ertragswertmethode DCF-Verfahren	Credit Spread Cash-Flow Diskontierungszinssatz Dividenden Beta-Faktor	-
Sonstige Beteiligungen	61			-
Sonstige Beteiligungen	66	Adjusted Net Asset Value Methode	Angepasstes Eigenkapital	-
		Multiplikatormethode Transaktionspreis Anschaffungskosten Kostenannäherung Bewertungsgutachten Kostenansatz abzüglich Wertminderung	-	-
Sonstige Beteiligungen	63			-
Staatsanleihen, Kommunalschuldverschreibungen	85	DCF-Verfahren	Zinskurve	-
Gesamt	1.140			
Passiva				
30.6.2025				
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-			
Devisentermingeschäfte	-			-
Gesamt	-			

¹ Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital

(24) Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Anteile an verbundenen Unternehmen	220	206
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	663	665
Gesamt	883	871

(25) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Sachanlagen	1.694	1.683
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	478	470
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	347	335
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	347	385
Sonstige vermietete Leasinganlagen	148	121
Nutzungsrechte	374	372
Immaterielle Vermögenswerte	1.022	1.003
Software	924	890
Firmenwerte	38	38
Marke	1	1
Kundenbeziehungen	8	9
Kerneinlagen	41	44
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	10	21
Gesamt	2.716	2.686

(26) Sonstige Aktiva

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Rechnungsabgrenzungen	341	340
Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen	192	201
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	11	9
Übrige Aktiva	1.361	1.095
Gesamt	1.906	1.645

(27) Rückstellungen

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken	179	183
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IFRS 9	179	182
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IAS 37	0	0
Personalarückstellungen	425	478
Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	171	168
Andere langfristig fällige Leistungen an Mitarbeiter	43	41
Bonuszahlungen	209	266
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2	3
Andere Rückstellungen	1.555	2.241
Anhängige Rechts- und Steuerfälle	1.379	2.025
Restrukturierung	1	3
Belastende Verträge	60	59
Sonstige Rückstellungen	114	155
Gesamt	2.159	2.902

Der Rückgang im Posten Anhängige Rechts- und Steuerfälle ist überwiegend auf den Verbrauch der zum Jahresende 2024 gebildeten Rückstellung in Höhe von € 840 Millionen durch den Einzug des der Rasperia Trading Limited zugesprochenen Schadenersatzes zurückzuführen.

Details zu den Rückstellungen für anhängige Rechts- und Steuerfälle sind unter Punkt (38) Offene Rechtsfälle ersichtlich.

(28) Sonstige Passiva

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten für unverbrauchte Urlaube	94	74
Verbindlichkeiten aus Versicherungsaktivitäten	247	250
Rechnungsabgrenzungsposten	536	571
Übrige Passiva	824	767
Gesamt	1.701	1.663

(29) Eigenkapital und nicht beherrschende Anteile

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Konzern-Eigenkapital	18.296	17.299
Gezeichnetes Kapital	1.001	1.002
Kapitalrücklagen	4.987	4.990
Gewinnrücklagen	15.979	16.213
davon Konzernergebnis	148	1.157
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-3.672	-4.905
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.268	1.260
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.610	1.781
Gesamt	21.174	20.340

Zum 30. Juni 2025 betrug das Grundkapital der RBI AG gemäß Satzung € 1.003 Millionen und bestand aus 328.939.621 nennwertlosen Stückaktien (Inhaberaktien). Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 713.486 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 1.001 Millionen.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(30) Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Erteilte Kreditzusagen	38.763	37.635
Erteilte Finanzgarantien	9.600	9.243
Sonstige erteilte Zusagen	5.082	5.567
Gesamt	53.445	52.445
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-179	-182

Zusätzlich zu den dargestellten Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9 wurden Rückstellungen für sonstige erteilte Zusagen gemäß IAS 37 unter einer Million gebildet (Vorjahr: € 1 Million).

Nominalwert und Rückstellungen für die außerbilanziellen Verbindlichkeiten aus Zusagen und Finanzgarantien nach IFRS 9 nach Gegenparteien und Stages – in Übereinstimmung mit § 51 Abs 13 BWG:

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,1 %	-	-
Regierungen	510	22	0	0	0	0	0,1 %	0,5 %	92,2 %
Kreditinstitute	2.355	148	0	0	0	0	0,0 %	0,1 %	-
Sonstige Finanzunternehmen	6.163	216	3	-4	-2	0	0,1 %	1,1 %	0,9 %
Nicht-Finanzunternehmen	32.718	3.903	252	-58	-50	-34	0,2 %	1,3 %	13,5 %
Haushalte	6.310	826	19	-11	-5	-14	0,2 %	0,7 %	72,7 %
Gesamt	48.057	5.115	274	-73	-58	-48	0,2 %	1,1 %	17,4 %

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,1 %	-	-
Regierungen	475	8	18	0	0	-1	0,0 %	3,3 %	5,1 %
Kreditinstitute	2.112	166	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %	-
Sonstige Finanzunternehmen	6.366	422	2	-3	-3	0	0,1 %	0,8 %	0,0 %
Nicht-Finanzunternehmen	32.640	3.721	179	-56	-46	-43	0,2 %	1,2 %	24,2 %
Haushalte	5.507	813	16	-10	-7	-12	0,2 %	0,8 %	71,0 %
Gesamt	47.099	5.130	215	-70	-56	-56	0,1 %	1,1 %	26,0 %

Entwicklung der Rückstellungen auf erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2025	70	56	56	182
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	41	7	5	53
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-13	-7	-7	-28
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-22	2	-8	-28
Wechselkurse und andere	-1	0	1	0
Stand 30.6.2025	73	58	48	179

	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Millionen				
Stand 1.1.2024	58	96	49	204
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	25	12	1	39
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-10	-8	-5	-24
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-5	1	2	-3
Wechselkurse und andere	0	3	0	2
Stand 30.6.2024	67	103	47	218

Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen nach Rating-Kategorien und Stages:

30.6.2025	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Millionen				
Exzellente	844	230	0	1.074
Sehr gut	17.408	843	0	18.250
Gut	22.294	2.096	0	24.390
Zufriedenstellend	6.553	1.586	0	8.139
Unterdurchschnittlich	277	238	0	515
Wertgemindert	0	0	273	273
Nicht geratet	681	122	1	805
Nominalwert	48.057	5.115	274	53.445
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-73	-58	-48	-179
Nominalwert nach Rückstellungen	47.983	5.057	226	53.266

31.12.2024	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Millionen				
Exzellente	862	244	0	1.106
Sehr gut	17.492	873	0	18.365
Gut	21.426	1.984	0	23.410
Zufriedenstellend	4.912	1.659	0	6.572
Unterdurchschnittlich	109	266	0	375
Wertgemindert	0	0	214	214
Nicht geratet	2.298	103	1	2.402
Nominalwert	47.099	5.130	215	52.445
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-70	-56	-56	-182
Nominalwert nach Rückstellungen	47.030	5.074	159	52.263

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet außerbilanzielle Verpflichtungen für einige Privatkund:innen, für die keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

(31) Zukunftsorientierte Informationen

Nachstehend sind die wichtigsten makroökonomischen Annahmen der wesentlichsten Länder, die für Schätzungen der erwarteten Kreditverluste am Ende des Quartals verwendet wurden, angegeben. (Quelle: Raiffeisen Research, Mai 2025)

Da in der Ukraine 10-jährige Staatsanleihen nicht begeben werden, gibt es keine Angaben zum langfristigen Anleihezinssatz. Aufgrund der aktuellen Umstände in der Ukraine werden zurzeit keine makroökonomischen Annahmen zu den Immobilienpreisen getroffen.

		Reales BIP			Arbeitslosigkeit		
		2025	2026	2027	2025	2026	2027
Kroatien	Positives Szenario	4,2 %	4,6 %	3,2 %	4,2 %	3,8 %	4,5 %
	Basis	2,9 %	2,6 %	2,5 %	5,0 %	4,9 %	4,9 %
	Negatives Szenario	0,7 %	-0,7 %	1,4 %	6,7 %	7,5 %	5,8 %
Ukraine	Positives Szenario	6,5 %	10,0 %	6,8 %	8,5 %	7,3 %	7,8 %
	Basis	3,8 %	6,0 %	5,5 %	9,0 %	8,0 %	8,0 %
	Negatives Szenario	-0,7 %	-0,7 %	3,3 %	10,1 %	9,7 %	8,6 %
Österreich	Positives Szenario	0,1 %	2,1 %	1,6 %	5,4 %	5,1 %	4,9 %
	Basis	-0,7 %	1,0 %	1,2 %	5,5 %	5,3 %	5,0 %
	Negatives Szenario	-1,6 %	-0,3 %	0,8 %	5,8 %	6,3 %	6,4 %
Polen	Positives Szenario	4,2 %	4,4 %	3,5 %	4,3 %	4,1 %	4,7 %
	Basis	3,5 %	3,4 %	3,2 %	5,2 %	5,5 %	5,2 %
	Negatives Szenario	2,4 %	1,7 %	2,6 %	7,3 %	8,7 %	6,3 %
Russland	Positives Szenario	2,1 %	2,8 %	1,5 %	2,6 %	3,0 %	3,3 %
	Basis	0,9 %	0,9 %	0,9 %	3,0 %	3,5 %	3,5 %
	Negatives Szenario	-1,2 %	-2,2 %	-0,1 %	3,8 %	4,7 %	3,9 %
Rumänien	Positives Szenario	2,8 %	4,5 %	3,6 %	5,2 %	4,8 %	4,6 %
	Basis	1,6 %	2,7 %	3,0 %	5,4 %	5,1 %	4,7 %
	Negatives Szenario	-0,4 %	-0,3 %	2,0 %	6,0 %	6,0 %	5,0 %
Serbien	Positives Szenario	4,3 %	5,4 %	4,5 %	8,4 %	7,9 %	8,2 %
	Basis	3,4 %	4,0 %	4,0 %	9,1 %	8,9 %	8,5 %
	Negatives Szenario	1,8 %	1,6 %	3,2 %	10,7 %	11,2 %	9,3 %
Slowakei	Positives Szenario	2,7 %	3,4 %	2,4 %	4,5 %	3,9 %	4,8 %
	Basis	1,6 %	1,9 %	1,9 %	5,4 %	5,3 %	5,2 %
	Negatives Szenario	-0,1 %	-0,7 %	1,0 %	7,4 %	8,3 %	6,2 %
Tschechien	Positives Szenario	2,5 %	3,3 %	2,8 %	3,9 %	3,6 %	3,6 %
	Basis	1,6 %	2,0 %	2,4 %	4,2 %	4,1 %	3,8 %
	Negatives Szenario	0,1 %	-0,2 %	1,7 %	4,9 %	5,1 %	4,5 %
Ungarn	Positives Szenario	2,8 %	4,7 %	3,5 %	4,0 %	3,9 %	4,2 %
	Basis	1,8 %	3,2 %	3,0 %	4,5 %	4,5 %	4,4 %
	Negatives Szenario	0,2 %	0,8 %	2,2 %	5,5 %	6,1 %	4,9 %

		Langfristiger Anleihezinssatz			Immobilienpreise		
		2025	2026	2027	2025	2026	2027
Kroatien	Positives Szenario	2,9 %	2,9 %	3,3 %	11,1 %	10,4 %	6,8 %
	Basis	3,3 %	3,5 %	3,6 %	7,5 %	5,0 %	5,0 %
	Negatives Szenario	4,2 %	4,9 %	4,0 %	5,6 %	2,2 %	4,1 %
Ukraine	Positives Szenario	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
	Basis	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
	Negatives Szenario	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
Österreich	Positives Szenario	2,2 %	1,9 %	2,2 %	2,4 %	5,4 %	4,0 %
	Basis	2,6 %	2,5 %	2,4 %	0,5 %	2,5 %	3,0 %
	Negatives Szenario	3,4 %	3,7 %	2,8 %	-0,5 %	1,0 %	2,5 %
Polen	Positives Szenario	4,9 %	3,8 %	3,6 %	8,9 %	9,3 %	5,9 %
	Basis	5,4 %	4,6 %	3,8 %	6,0 %	5,0 %	4,5 %
	Negatives Szenario	6,6 %	6,3 %	4,4 %	4,5 %	2,8 %	3,8 %
Russland	Positives Szenario	14,1 %	11,5 %	10,2 %	20,1 %	22,1 %	9,0 %
	Basis	14,5 %	12,1 %	10,5 %	12,0 %	10,0 %	5,0 %
	Negatives Szenario	15,5 %	13,6 %	11,0 %	7,8 %	3,7 %	2,9 %
Rumänien	Positives Szenario	7,0 %	6,0 %	5,2 %	7,8 %	8,7 %	5,9 %
	Basis	7,5 %	6,6 %	5,4 %	5,0 %	4,5 %	4,5 %
	Negatives Szenario	8,5 %	8,1 %	5,9 %	3,6 %	2,3 %	3,8 %
Serbien	Positives Szenario	4,1 %	3,2 %	3,2 %	14,2 %	14,0 %	6,8 %
	Basis	4,6 %	4,0 %	3,5 %	9,5 %	7,0 %	4,5 %
	Negatives Szenario	5,8 %	5,8 %	4,1 %	7,1 %	3,4 %	3,3 %
Slowakei	Positives Szenario	2,8 %	2,5 %	2,8 %	12,2 %	13,8 %	6,6 %
	Basis	3,2 %	3,1 %	3,0 %	7,0 %	6,0 %	4,0 %
	Negatives Szenario	4,0 %	4,3 %	3,4 %	4,3 %	1,9 %	2,6 %
Tschechien	Positives Szenario	3,6 %	3,2 %	3,5 %	10,4 %	10,0 %	7,0 %
	Basis	4,0 %	3,8 %	3,7 %	7,0 %	5,0 %	4,0 %
	Negatives Szenario	4,8 %	5,0 %	4,1 %	5,3 %	2,4 %	3,1 %
Ungarn	Positives Szenario	6,1 %	6,0 %	6,6 %	13,2 %	12,3 %	6,6 %
	Basis	6,6 %	6,7 %	6,8 %	9,0 %	6,0 %	4,5 %
	Negatives Szenario	7,7 %	8,3 %	7,3 %	6,8 %	2,7 %	3,4 %

		Verbraucherpreisindex			Kurzfristiger Zinssatz		
		2025	2026	2027	2025	2026	2027
Kroatien	Positives Szenario	1,7 %	0,6 %	1,5 %	1,7 %	1,2 %	1,7 %
	Basis	2,6 %	2,0 %	2,0 %	2,1 %	1,8 %	1,9 %
	Negatives Szenario	3,5 %	3,3 %	2,4 %	2,9 %	3,0 %	2,3 %
Ukraine	Positives Szenario	7,9 %	1,1 %	3,2 %	12,5 %	10,3 %	8,7 %
	Basis	11,5 %	6,5 %	5,0 %	13,5 %	11,8 %	9,2 %
	Negatives Szenario	15,0 %	11,7 %	6,7 %	15,6 %	15,0 %	10,3 %
Österreich	Positives Szenario	2,2 %	1,2 %	1,7 %	1,7 %	1,2 %	1,7 %
	Basis	2,9 %	2,2 %	2,0 %	2,1 %	1,8 %	1,9 %
	Negatives Szenario	3,5 %	3,2 %	2,3 %	2,9 %	3,0 %	2,3 %
Polen	Positives Szenario	2,5 %	1,1 %	1,9 %	4,5 %	2,8 %	2,8 %
	Basis	3,8 %	3,0 %	2,5 %	5,4 %	4,2 %	3,3 %
	Negatives Szenario	5,0 %	4,8 %	3,1 %	7,3 %	7,0 %	4,2 %
Russland	Positives Szenario	7,1 %	2,9 %	3,3 %	18,6 %	11,9 %	8,3 %
	Basis	8,9 %	5,6 %	4,2 %	19,4 %	13,1 %	8,7 %
	Negatives Szenario	10,7 %	8,2 %	5,1 %	21,0 %	15,5 %	9,5 %
Rumänien	Positives Szenario	4,0 %	2,0 %	2,6 %	5,1 %	4,4 %	3,9 %
	Basis	5,3 %	3,9 %	3,2 %	5,9 %	5,5 %	4,3 %
	Negatives Szenario	6,5 %	5,8 %	3,8 %	7,5 %	7,8 %	5,1 %
Serbien	Positives Szenario	2,3 %	1,0 %	2,0 %	3,5 %	1,9 %	2,3 %
	Basis	3,8 %	3,3 %	2,8 %	4,5 %	3,5 %	2,9 %
	Negatives Szenario	5,2 %	5,4 %	3,5 %	6,8 %	6,9 %	4,0 %
Slowakei	Positives Szenario	2,6 %	1,1 %	1,7 %	1,7 %	1,2 %	1,7 %
	Basis	3,9 %	3,1 %	2,4 %	2,1 %	1,8 %	1,9 %
	Negatives Szenario	5,1 %	5,0 %	3,0 %	2,9 %	3,0 %	2,3 %
Tschechien	Positives Szenario	1,3 %	0,6 %	1,7 %	3,1 %	2,7 %	3,0 %
	Basis	2,5 %	2,4 %	2,3 %	3,5 %	3,3 %	3,3 %
	Negatives Szenario	3,6 %	4,0 %	2,8 %	4,4 %	4,7 %	3,7 %
Ungarn	Positives Szenario	2,8 %	1,5 %	2,6 %	5,6 %	4,5 %	4,4 %
	Basis	4,2 %	3,7 %	3,3 %	6,5 %	5,8 %	4,8 %
	Negatives Szenario	5,6 %	5,8 %	4,0 %	8,4 %	8,6 %	5,7 %

Den einzelnen Szenarien wurden per Quartalsende folgende Gewichtungen zugeteilt: Positives Szenario 25 Prozent, Basis-Szenario 50 Prozent, negatives Szenario 25 Prozent.

Overlays

In Situationen, in denen die bestehenden Input-Parameter, Annahmen und Modellierungen nicht alle relevanten Risikofaktoren abdecken, sind Post-Model-Adjustments und spezielle Risikofaktoren die wichtigsten Arten von Overlays. Dies ist grundsätzlich dann der Fall, wenn vorübergehende Umstände, zeitliche Engpässe, um relevante neue Informationen angemessen in das Rating einzubeziehen, vorliegen und wenn sich einzelne Kredite innerhalb eines Kreditportfolios anders als ursprünglich erwartet entwickeln. Durch die gegebene Situation, insbesondere den Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Verwerfungen ist es notwendig, zusätzliche Risiken in den Wertminderungen abzubilden. All diese Anpassungen werden lokal von den Tochterunternehmen beschlossen und zentral durch das Group Risk Committee (GRC) freigegeben. Es kommt zu portfoliospezifischen Anpassungen aufgrund des Kriegs und der damit einhergehenden Sanktionen, die in der Kategorie geopolitisches Risiko dargestellt werden.

Für die zentralen Modelle im Bereich der Firmenkunden wurde das zusätzliche Risiko über Risikofaktoren abgebildet, während im lokalen Retail-Portfolio die Risiken zusätzlich zu den Modellen angewendet wurden. Für Retail-Forderungen sind Post-Model-Adjustments die wichtigsten Arten von Overlays, die für die Berechnung der erwarteten Kreditverluste angewendet werden. Generell sind Post-Model-Adjustments nur eine temporäre Lösung. Um potenzielle Verzerrungen durch Risikofaktoren und Post-Model-Adjustments zu vermeiden, sind diese typischerweise nicht länger als ein bis zwei Jahre gültig. Im Vergleich zu den Post-Model-Adjustments haben die sonstigen Risikofaktoren einen etwas längeren Zeithorizont, da zum Beispiel Sanktionsrisiken länger bestehen können.

Die Overlays sind in nachfolgender Tabelle nach den relevanten Kategorien dargestellt.

30.6.2025	Modellierter ECL	Non-Retail		Retail		Gesamt
in € Millionen		Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0
Regierungen	100	1	0	0	0	101
Kreditinstitute	4	0	0	0	0	4
Sonstige Finanzunternehmen	17	12	1	0	0	29
Nicht-Finanzunternehmen	216	240	199	10	2	666
Haushalte	236	1	0	79	9	325
Gesamt	572	253	200	88	12	1.124

31.12.2024	Modellierter ECL	Non-Retail		Retail		Gesamt
in € Millionen		Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	
Zentralbanken	1	0	0	0	0	1
Regierungen	105	0	0	0	0	105
Kreditinstitute	3	0	0	0	0	4
Sonstige Finanzunternehmen	45	0	0	0	0	45
Nicht-Finanzunternehmen	195	169	179	12	4	559
Haushalte	248	0	0	89	13	350
Gesamt	596	169	179	101	17	1.063

Zusätzlich zu dem im Modell berechneten Risikovorsogen wurden Overlays in Stage 1 und Stage 2 in Höhe von € 553 Millionen (Vorjahr: € 467 Millionen) berücksichtigt. Davon entfielen € 212 Millionen (Vorjahr: € 196 Millionen) auf geopolitische Risiken und € 341 Millionen (Vorjahr: € 270 Millionen) auf makroökonomische Risiken (Spill-Over-Effekte und sonstige). In den Spill-Over Effekten wurde ein Betrag in Höhe von € 14 Millionen aufgrund von Klimarisiken gebucht. Davon betreffen € 9 Millionen Firmenkunden und € 5 Millionen Retail-Kund:innen.

Non Retail

Für Firmenkunden wurden zusätzliche Wertminderungen in Höhe von € 253 Millionen (Vorjahr: € 169 Millionen) für makroökonomische Effekte gebildet. Zum zweiten Quartal 2025 beinhalteten diese Effekte € 99 Millionen für globale wirtschaftspolitische Risiken, die unter anderem die Unsicherheit bezüglich der diskutierten Zölle, Gegenzölle und Folgeeffekte abbilden. Weiters sind darin die sogenannten Spill-Over- Effekte enthalten. Spill-Over-Effekte sind Risiken, die über die länderspezifische Branchenmatrix hinausgehen. Unter diesen subsumieren sich erwartete Herabstufungen von Unternehmen z. B. aufgrund höherer Energiepreise, einer erhöhten Inflation, von Engpässen in Lieferketten sowie geringerer Umsätze und höherer Kosten als Folge erhöhter Energiepreise, insbesondere aus Vorjahren.

Für EU- und US-Sanktionen (€ 114 Millionen) gegenüber Russland sowie für die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine (€ 87 Millionen) wurden in Summe € 200 Millionen (Vorjahr: € 179 Millionen) vorgesorgt. Die Wertminderungen wurden unter Berücksichtigung des Kriegs, der Sanktionen und den daraus resultierenden Unsicherheiten sowie auf Basis der internen Überwachungs- und Kontrollansätze der RBI gebildet. Für Risikofaktoren, die eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos darstellen, wurden auch die Exposures in Stage 2 übergeführt. Die zusätzlich gebildeten Vorsorgen in der Ukraine in Höhe von € 87 Millionen (Vorjahr: € 83 Millionen) ergaben sich aus der Modellierung einer anhaltenden Zerstörung der elektrischen Energieversorgung und den daraus resultierenden Blackouts, der fortgesetzten Bombardierung, sowie einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten.

Um Klima- und Umweltrisiken zu berücksichtigen wurde für Firmenkunden die Möglichkeit eines kurzfristigen außerplanmäßigen Szenarios in Betracht gezogen, in dem CO₂ Emissionen teurer werden und die Preise für fossile Energieträger höher sind. Bei einem diversifizierten Portfolio, wie dem der RBI, gleichen sich die Auswirkungen zwar weitgehend aus, in einigen Sektoren besteht jedoch ein erhöhtes Risiko. Dabei handelt es sich um Sektoren mit Kund:innen, die ein niedriges Umwelt Score in den ESG Scoring Modellen aufweisen, wie z. B. die Öl- und Gasindustrie und das Baugewerbe. Höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten in diesen Sektoren führen zu einem Anstieg der erwarteten Kreditverluste.

Retail

Während der letzten Jahre waren die Retail-Kund:innen einem zunehmenden Inflationsdruck ausgesetzt, der ihre Fähigkeit zur Deckung ihrer Kreditverpflichtungen beeinträchtigt hatte. Als Teil der IFRS-9-Regelungen gibt es sowohl auf Länder- als auch auf Produktebene, PD- und LGD-Modelle, die der Notwendigkeit dienen, diese hohen Risiken, die sich aus dem makroökonomischen Umfeld ergeben, zu adressieren. Für bestimmte Länder und Portfolios, bei denen die makroökonomischen Modelle den wichtigsten makroökonomischen Variablen (Inflation, Zinssätze, Arbeitslosigkeit usw.) entweder hinterherhinken oder die nicht Teil des Modells sind, werden für bestimmte Kundengruppen mit hohem Risiko zusätzliche Post-Model-Adjustments gebildet. Diese beinhalten eine qualitative Beurteilung der Kreditobligos im Hinblick auf einen signifikanten Anstieg des

Kreditrisikos und ihre Übertragung von Stage 1 auf Stage 2, sowie in bestimmten Fällen eine Erhöhung der PD- und/oder LGD-Schätzungen. Die Kriterien für die Identifizierung solcher Kreditobligos basieren auf Informationen des Kreditantrags sowie des historischen Zahlungsverhaltens und werden in weiterer Folge durch gestresste makroökonomische Variablen verfeinert. Die Auflösung der Post-Model-Adjustments erfolgt entweder nach Materialisierung der Risiken durch Transfer der betroffenen Forderungen nach Stage 3 oder dem Nichteintritt der erwarteten Risiken.

Für das ukrainische Retail-Kundenportfolio, das seit Kriegsbeginn größtenteils in Stage 2 verschoben wurde, basiert die Bildung der Wertminderungen auf dem Urteil lokaler Experten, welches aus dem regelmäßigen Kontakt mit den einzelnen Kund:innen durch die Inkassoabteilung gewonnen wird. Des Weiteren finden strukturierte Kundengespräche statt, um über die Bedürfnisse und potenzielle Probleme, die die Rückzahlungsfähigkeit der Kund:innen beeinflussen könnten, auf dem Laufenden zu bleiben. Für Vermögenswerte und Kund:innen aus besetzten Regionen oder Gebieten, welche einem hohen Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzungen ausgesetzt sind, wurden die Risikoparameter weiter nach oben angepasst, um die erwarteten künftigen Verluste auf der Grundlage der oben angeführten Erhebungen zu berücksichtigen. Zusätzlich wurde auch für das Retail-Portfolio der oben erwähnte Szenario-basierte Ansatz zur Quantifizierung potenzieller künftiger Verluste aus der sehr dynamischen Situation des Kriegs in der Ukraine angewandt, der zu zusätzlichen Wertminderungen in Höhe von € 12 Millionen (Vorjahr: € 17 Millionen) führte.

Sensitivitätsanalyse

Um eine Bandbreite für potenzielle Schätzungsänderungen und daraus geänderte Wertminderungen zu simulieren, wurden folgende Sensitivitätsanalysen der wichtigsten Annahmen, die sich auf die erwarteten Wertminderungen auswirken, wie folgt durchgeführt.

Die Sensitivitätsanalyse wurde durchgeführt, indem die Wertminderungen für erwartete Kreditverluste in den vorhandenen Modellen neu berechnet wurden. Die Risikofaktoren und Post-Model-Adjustments sind, bis auf die Stage-1-Simulationen, in allen Szenarien in vollem Umfang inkludiert und unterliegen keinen weiteren Anpassungen. Aufgrund der Komplexität des Modells schließen sich viele Treiber nicht gegenseitig aus.

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen den ausgewiesenen kumulierten Wertminderungen für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 1 und Stage 2 (gewichtet mit 25 Prozent optimistischen, 50 Prozent Basis und 25 Prozent pessimistischen Szenarien) und den jeweils mit 100 Prozent gewichteten Szenarien. Optimistisches und pessimistisches Szenario stellen keine Extremfälle aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent optimistischsten und pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus. Das bedeutet, dass sich diese Szenarien auf der Verteilungskurve um circa 25 Prozent respektive 75 Prozent befinden. Grundsätzlich werden bei den IFRS-9-spezifischen Schätzungen der Risikoparameter neben historischen Ausfallinformationen auch das aktuelle wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt. Die Auswirkungen der Schätzungen aufgrund von makroökonomischen Prognosen werden in der zukunftsbezogenen Komponente dargestellt. Die Informationen dienen der Veranschaulichung.

30.6.2025		Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
in € Millionen	Simuliertes Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente	
100 % Optimistisch	1.037	1.191	-154	
100 % Basis	1.111	1.191	-80	
100 % Pessimistisch	1.239	1.191	48	
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25 %)	1.124	1.191	-67	

31.12.2024		Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
in € Millionen	Simuliertes Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente	
100 % Optimistisch	972	1.033	-61	
100 % Basis	1.056	1.033	23	
100 % Pessimistisch	1.169	1.033	135	
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25 %)	1.063	1.033	29	

Insgesamt sind die makroökonomischen Szenarien im Moment etwas besser als der langjährige Durchschnitt, was zu einer Verringerung der zukunftsbezogenen Komponente um € 67 Millionen führt.

Das positive Szenario, welches in der unten folgenden Tabelle dargestellt wird, folgt der Prämisse, dass alle Forderungen als Stage 1 klassifiziert werden und alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken nicht relevant sind.

Anbei werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der erwarteten Zwölf-Monats-Verluste bewertet werden (Stage 1), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	30.6.2025	31.12.2024
Kumulierte Wertminderungen wenn 100 % in Stage 1	626	572
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25 %)	1.124	1.063
Zusätzliche Beträge in Stage 2 aufgrund von Staging und Overlays	498	490

Die Darstellung des Negativ-Szenarios geht davon aus, dass alle Forderungen als Stufe 2 eingestuft werden. Folglich werden alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken in dieser Analyse berücksichtigt.

In der folgenden Tabelle werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der gesamten Restlaufzeit bewertet werden (Stage 2), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	30.6.2025	31.12.2024
Kumulierte Wertminderungen wenn 100 % in Stage 2	1.948	1.721
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25 %)	1.124	1.063
Zusätzliche Beträge in Stage 2	824	658

Die folgende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen der ausgewiesenen kumulierten Wertminderung für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 3 und dem pessimistischen Szenario gewichtet mit 100 Prozent. Das pessimistische Szenario stellt keinen Extremfall aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 3)	
	30.6.2025	31.12.2024
Pessimistisches Szenario	1.814	2.193
Gewichteter Durchschnitt	1.603	1.909
Erhöhung der Wertminderungen im pessimistischen Szenario	211	284

Die folgende Tabelle zeigt den Betrag des Bruttobuchwerts und der Wertminderungen jener finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost und finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income, die sich in der Berichtsperiode von erwarteten Zwölf-Monats-Verlusten (Stage 1) hin zu erwarteten Verlusten über die Restlaufzeit (Stage 2 und 3) oder umgekehrt bewegt haben:

30.6.2025	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit						
	-4.627	4.627	-50	171	1,1 %	3,7 %
Zentralbanken	-66	66	0	0	0,0 %	0,0 %
Regierungen	-236	236	-16	3	6,7 %	1,2 %
Kreditinstitute	-145	145	0	1	0,0 %	0,4 %
Sonstige Finanzunternehmen	-199	199	-1	10	0,7 %	4,8 %
Nicht-Finanzunternehmen	-2.074	2.074	-23	65	1,1 %	3,1 %
Haushalte	-1.907	1.907	-10	93	0,5 %	4,9 %
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust						
	4.529	-4.529	14	-88	0,3 %	1,9 %
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	5	-5	0	0	-	1,7 %
Kreditinstitute	164	-164	0	-1	-	0,3 %
Sonstige Finanzunternehmen	641	-641	2	-14	0,2 %	2,2 %
Nicht-Finanzunternehmen	998	-998	7	-23	0,7 %	2,3 %
Haushalte	2.720	-2.720	6	-50	0,2 %	1,8 %

Der Anstieg der Wertminderungen aus der Bewegung vom erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit betrug € 121 Millionen (Vorjahr: € 190 Millionen). Der Rückgang der Wertminderungen aus der Bewegung

vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlust betrug € 74 Millionen (Vorjahr: € 112 Millionen).

31.12.2024	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
in € Millionen						
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit	-5.828	5.828	-55	388	0,9 %	6,7 %
Zentralbanken	0	0	0	0	0,0 %	0,0 %
Regierungen	-141	141	-3	4	2,5 %	3,2 %
Kreditinstitute	-32	32	0	0	0,0 %	0,8 %
Sonstige Finanzunternehmen	-497	497	-1	7	0,3 %	1,5 %
Nicht-Finanzunternehmen	-3.166	3.166	-30	207	0,9 %	6,5 %
Haushalte	-1.992	1.992	-20	169	1,0 %	8,5 %
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust	5.857	-5.857	20	-189	0,3 %	3,2 %
Zentralbanken	29	-29	0	0	0,0 %	0,0 %
Regierungen	74	-74	0	-1	0,0 %	1,0 %
Kreditinstitute	214	-214	0	0	0,1 %	0,2 %
Sonstige Finanzunternehmen	461	-461	1	-10	0,2 %	2,1 %
Nicht-Finanzunternehmen	2.023	-2.023	10	-82	0,5 %	4,1 %
Haushalte	3.055	-3.055	8	-95	0,3 %	3,1 %

(32) Sicherheiten und maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle enthält Angaben zum maximalen Obligo als Grundlage für die nachfolgenden Angaben zu Sicherheiten:

30.6.2025	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs-vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs-vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
in € Millionen			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	152.797	117.523
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	3.693	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.179	0	780
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	268	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.623	0	0
Bilanzposten	8.070	156.490	118.303
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	53.445	53.445
Gesamt	8.070	209.935	171.748

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

31.12.2024	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs-vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs-vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
in € Millionen			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	150.512	119.676
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	3.431	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.088	0	689
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	304	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	5.492	0	0
Bilanzposten	6.885	153.943	120.365
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	52.445	52.445
Gesamt	6.885	206.388	172.811

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

Um das Kreditrisiko zu mindern, wendet die RBI eine Reihe von Verfahren an, deren häufigstes die Hereinnahme von Sicherheiten im Kreditgeschäft ist. Beim Kreditvergabeprozess wird eine Bewertung der Sicherheiten vorgenommen, die dann in regelmäßigen Abständen mit verschiedenen Validierungsverfahren überprüft wird. Die wichtigsten Arten von Sicherheiten, die im Konzern akzeptiert werden, sind Wohn- und Gewerbeimmobilien, Finanzsicherheiten, Garantien und bewegliche Güter. Langfristige Finanzierungen sind im Allgemeinen besichert, während revolvingende Kreditfazilitäten üblicherweise nicht besichert sind. Schuldtitel sind überwiegend nicht besichert. Derivate können mit Barmitteln oder Aufrechnungsrahmenvereinbarungen besichert sein. Sicherheiten aus dem Leasinggeschäft betreffen vorwiegend den Wert des Leasingobjekts. Positionen, die unter den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten ausgewiesen sind, haben ein vernachlässigbares Kreditrisiko. Die Berücksichtigung von Sicherheiten erfolgt einheitlich auf Basis konzernweit angewendeten Richtlinien. Die Konzernrichtlinien für die Erlangung von Sicherheiten wurden während des Berichtszeitraums nicht wesentlich verändert, werden aber jährlich aktualisiert.

Die in den Tabellen ausgewiesenen Sicherheiten sind jeweils auf den Höchstbetrag des Bruttobuchwerts des finanziellen Vermögenswerts begrenzt. Die nachstehenden Tabellen zeigen Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen, die einer Wertminderung unterliegen:

30.6.2025	Maximales	Fair Value der	Obligo abzüglich Fair
in € Millionen	Kreditrisikovolumen	Sicherheiten	Value der Sicherheiten
Zentralbanken	9.660	8.799	861
Regierungen	4.105	761	3.344
Kreditinstitute	3.910	1.504	2.406
Sonstige Finanzunternehmen	10.676	4.957	5.720
Nicht-Finanzunternehmen	47.203	20.921	26.282
Haushalte	42.749	27.883	14.865
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	53.445	5.301	48.144
Gesamt	171.748	70.126	101.622

31.12.2024	Maximales	Fair Value der	Obligo abzüglich Fair
in € Millionen	Kreditrisikovolumen	Sicherheiten	Value der Sicherheiten
Zentralbanken	13.784	7.548	6.236
Regierungen	3.817	872	2.945
Kreditinstitute	4.276	1.667	2.608
Sonstige Finanzunternehmen	10.549	4.860	5.690
Nicht-Finanzunternehmen	46.900	21.032	25.868
Haushalte	41.040	26.950	14.090
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	52.445	5.468	46.977
Gesamt	172.811	68.397	104.414

Mehr als die Hälfte der Sicherheiten, die von der RBI berücksichtigt werden können, betreffen die Besicherung von Krediten durch Immobilien, von denen rund 70 Prozent Wohnimmobilien sind. Zusätzliche Sicherheiten stammen im Wesentlichen aus erhaltenen Garantien, welche unter anderem Reverse-Repo- und Wertpapierleihgeschäfte umfassen.

(33) Übertragene Vermögenswerte

Buchwerte der übertragenen, aber nicht ausgebuchten Finanzinstrumente:

30.6.2025	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	19	0	19	19	0	19
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	3.126	83	3.043	2.750	67	2.683
Gesamt	3.145	83	3.061	2.769	67	2.702

31.12.2024	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	441	0	441	441	0	441
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	3.366	82	3.284	3.270	67	3.203
Gesamt	3.807	82	3.725	3.711	67	3.644

(34) Als Sicherheit verpfändete und erheblich beschränkte Vermögenswerte

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten:

in € Millionen	30.6.2025		31.12.2024	
	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	56	0	476	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	31	0	18	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	207	0	234	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	501	0	330	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	19.633	1.336	18.274	1.407
Gesamt	20.429	1.336	19.332	1.407

Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

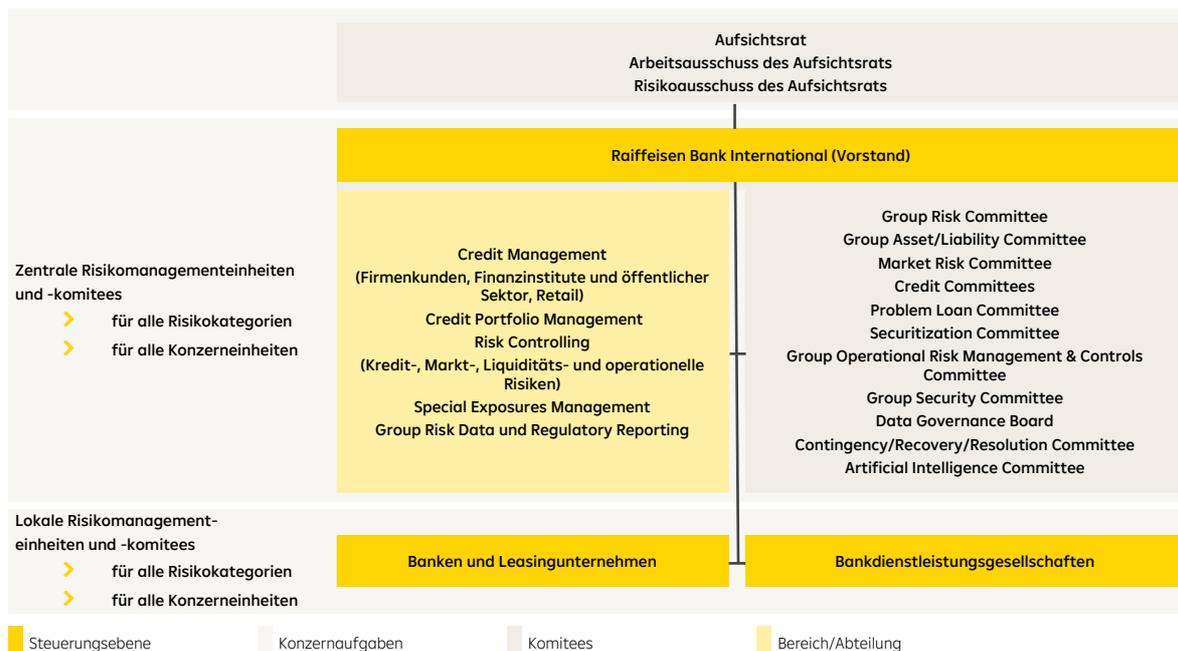
in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	18.439	19.664
davon verkaufte oder verpfändete Sicherheiten	4.577	4.540

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, wenn im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

Risikobericht

Aktives Risikomanagement stellt für die RBI eine Kernkompetenz dar. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken. Die Implementierung und Steuerung der ESG-Risiken (Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) wurde in einem bereichsübergreifenden Projekt umgesetzt und umfasst alle Risikobereiche. Mit Jahresbeginn 2024 wurde das ESG Risikomanagement in die jeweiligen Risikomanagementeinheiten der RBI übernommen. Für nähere Details zu den ESG-Risiken wird auf das Kapitel ESG Risiken unter Punkt (41) Konzern-Risikosteuerung im Geschäftsbericht 2024 verwiesen.

Betreffend die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements wird auf das gleichnamige Kapitel im Geschäftsbericht 2024 verwiesen.



Eine robuste Risikokultur, einschließlich effizienter Risikodatenaggregation und Datenqualität gemäß den BCBS 239-Prinzipien, hat eine hohe Priorität für die RBI. Die Risikomanagementfunktion strebt kontinuierlich danach, interne Prozesse an die komplexeren Datenanforderungen anzupassen und zu verbessern, die beispielsweise durch steigende ESG-Anforderungen und Digitalisierung voran getrieben werden.

Die nachfolgenden Werte beziehen sich auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nach CRR, welcher unwesentlich vom Konsolidierungskreis nach IFRS abweicht. Die darin nicht enthaltenen Unternehmen des IFRS-Konsolidierungskreises sind risikomäßig im Beteiligungsrisiko abgedeckt.

Potenzieller Einfluss geopolitischer Spannungen und höherer Zölle der USA

Die Auswirkungen geopolitischer Spannungen und höherer Zölle der USA wurden mit einem zweistufigen Ansatz bewertet. Zunächst wurden jene Bruttoforderungen in den potenziell am stärksten betroffenen Sektoren identifiziert und frühzeitige Interventionsmaßnahmen zu den potenziell am stärksten betroffenen Bruttoforderungen durchgeführt. Zweitens wurde ein interner Stresstest durchgeführt.

Die auf den Bruttoforderungen basierende Analyse wurde nach einem Top-Down Ansatz durchgeführt und betrachtete aus einer Branchen- und Ländersicht die Bruttowertschöpfung, die in die USA exportiert wird. Als sensitiv gelten Industriesektoren, deren Bruttowertschöpfung geschätzt um mehr als 3 Prozent schrumpft, jeweils bei einem angenommenen US-Importzoll von 25 Prozent. Die als sensitiv identifizierten Bruttoforderungen betragen rund 2 Prozent des gesamten Firmenkundenportfolios und wurden in den internen Risikolimitrahmen aufgenommen.

Weiters wurden im ersten Halbjahr 2025, beginnend mit dem ersten Quartal 2025, bereits Präventivmaßnahmen getroffen, indem 205 Kundengruppen der betroffenen Branchen analysiert und überprüft wurden. Diese Analyse führte dazu, dass 62 der betroffenen Kunden ein schlechteres Rating erhalten haben. Weiters wurde der interne Ratingprozess um das Zollrisiko erweitert und als eines der wesentlichen Risiken festgelegt, das weiterer Analysen und Dokumentation bedarf. Aufgrund der anhaltenden Unsicherheit der US-Politik (Übergangsbestimmungen, Verlängerung der Verhandlungsfristen) kam es im zweiten

Quartal 2025 zu keinen wesentlichen Ratingherabstufungen. Zusätzlich wurden die 150 größten Firmenkunden, unabhängig ihrer Branche, einer speziellen Überprüfung, hinsichtlich ihrer Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, unterzogen (maturity wall exercise). Die Überprüfung führte zu keinen Ratingherabstufungen, aufgrund ihres kurzfristigen Refinanzierungsprofils wurde aber mit 10 Prozent dieser Kunden das Berichtswesen intensiviert (Buchhaltung, Liquiditätsplan). Darüber hinaus werden diese Kunden kontinuierlich überwacht und das Rating wird monatlich bis vierteljährlich überprüft.

Die Marktrisikomodelle der RBI passen sich automatisch an ein volatiles Umfeld an, spezifische Szenarien für US-Zölle wurden in der Modellkalkulation für das Marktrisiko aufgenommen. Die Marktbewegungen wurden im wöchentlichen Marktrisikokomitee überwacht, ohne dass der Risikoappetit der RBI überschritten wurde. Margin Calls werden genau überwacht und liegen innerhalb der implementierten Methodik. Generell ist die Liquiditätssituation stabil und nicht von den US-Zöllen beeinflusst.

Der im zweiten Quartal 2025 durchgeführte interne Stresstest ergab keine unerwarteten Auswirkungen der Zölle. Im Vergleich zu externen und internen Ergebnissen war der Gesamteffekt, gemessen am Einfluss auf das CET 1, vergleichsweise geringer und wurde daher als innerhalb der genehmigten Risiko- und Kapitalplanung abgedeckt gesehen. Daher wurden keine zusätzlichen Overlays in den Risikokosten berücksichtigt. Die erste Evaluierung konzentrierte sich auf die direkten Auswirkungen der US-Zollpolitik. Das betroffene Portfolio wird weiterhin intensiv überwacht, um potenzielle Folgewirkungen und sonstige Effekte frühzeitig beurteilen zu können.

Ökonomische Perspektive – Ökonomischer Kapitalansatz

Darin werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Das ökonomische Kapital wird als die Summe von unerwarteten Verlusten aus den Geschäften aller Konzerneinheiten in den unterschiedlichen Risikokategorien berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,90 Prozent an. Das ökonomische Kapital stieg gegenüber dem Jahresende 2024 leicht auf € 9.449 Millionen. Während das Kreditrisiko gegenüber Retail-Kunden, das Marktrisiko und das operationelle Risiko Anstiege verzeichneten, reduzierte sich das Kreditrisiko gegenüber Firmenkunden sowie das Währungsrisiko der Kapitalposition. Zentraleuropa und Südosteuropa führen die regionalen Aufteilung des ökonomischen Kapitals an, während sich der Anteil von Österreich reduzierte.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	1.690	17,9 %	1.703	18,2 %
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.644	17,4 %	1.430	15,3 %
Marktrisiko	1.216	12,9 %	1.104	11,8 %
Kreditrisiko Firmenkunden	1.150	12,2 %	1.300	13,9 %
Währungsrisiko der Kapitalposition	1.082	11,5 %	1.217	13,0 %
Operationelles Risiko	916	9,7 %	826	8,8 %
Beteiligungsrisiko	794	8,4 %	785	8,4 %
Risikopuffer	450	4,8 %	446	4,8 %
Risiko sonstige Sachanlagen	317	3,4 %	267	2,9 %
Kreditrisiko Kreditinstitute	170	1,8 %	230	2,5 %
CVA-Risiko	21	0,2 %	16	0,2 %
Liquiditätsrisiko	0	0,0 %	32	0,3 %
Gesamt	9.449	100,0 %	9.356	100,0 %

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit:

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Zentraleuropa	2.528	26,8 %	2.328	24,9 %
Südosteuropa	2.410	25,5 %	2.291	24,5 %
Österreich	2.224	23,5 %	2.381	25,4 %
Osteuropa	1.685	17,8 %	1.744	18,6 %
Ukraine	601	6,4 %	612	6,5 %
Gesamt	9.449	100,0 %	9.356	100,0 %

(35) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das größte Risiko im Geschäft des Konzerns. Das Kreditrisiko ist das Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, wenn ein Kunde oder eine Gegenpartei des Konzerns seine bzw. ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht erfüllt. Das Kreditrisiko entsteht hauptsächlich im Zusammenhang mit Forderungen an Banken, Forderungen an Kunden sowie Kreditzusagen und Finanzgarantien. Der Konzern ist auch anderen Kreditrisiken ausgesetzt, die sich aus Veranlagungen in Schuldtiteln und anderen Engagements im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, Derivaten, Vergleichsvereinbarungen und Reverse-Repo-Geschäften ergeben.

Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von den Bruttobuchwerten der Bilanzposten zum Kreditobligo (Bank- und Handelsbuchbestände), das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl das bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditobligo vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominderung, wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den nachfolgenden Tabellen des Risikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus IFRS), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens, vor allem bei Repo-Geschäften sowie bei Derivaten, insbesondere SA-CCR (Standardansatz im Kontrahentenrisiko). Vertragliche Vereinbarungen, die alle Bedingungen des CRR Artikels 5, Punkte (10) (a) bis (e) erfüllen, werden intern überwacht, sind jedoch von dem Kreditobligo im Risikobericht ausgenommen, da für sie weder Wertminderungen noch risikogewichtete Aktiva berechnet werden.

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	31.312	31.532
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	152.797	150.512
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3.693	3.431
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.179	1.088
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	268	304
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.623	5.492
Hedge Accounting	845	780
Laufende Steuerforderungen	160	130
Latente Steuerforderungen	119	216
Sonstige Aktiva	1.703	1.435
Erteilte Kreditzusagen	38.763	37.635
Erteilte Finanzgarantien	9.600	9.243
Sonstige erteilte Zusagen	5.082	5.567
Überleitungsdifferenz	-8.064	-6.450
Kreditobligo	244.079	240.914

Rund € 3,1 Milliarden der Überleitungsdifferenz sind auf das SA-CCR-Netting zurückzuführen.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoring-Modelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Durch die Verwendung einer Masterskala wird jedoch eine Vergleichbarkeit der Ratingstufen auch über Geschäftssegmente hinweg erzielt.

Die Ratingmodelle in den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor sind konzernweit einheitlich und sehen 27 Bonitätsstufen der Masterskala vor. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Raterstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Kreditobligo nach Asset-Klassen (Ratingmodellen):

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Firmenkunden	87.042	86.684
Projektfinanzierung	9.802	9.727
Retail-Kunden	51.337	48.730
Kreditinstitute	27.244	28.853
Öffentlicher Sektor	68.654	66.921
Gesamt	244.079	240.914

Kreditportfolio – Firmenkunden

Die nachstehende Tabelle zeigt das Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Millionen		Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
1	Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	1.753	2,0 %	1.920	2,2 %
2	Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	8.253	9,5 %	8.143	9,4 %
3	Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	18.044	20,7 %	19.345	22,3 %
4	Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	23.914	27,5 %	22.781	26,3 %
5	Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	16.918	19,4 %	16.290	18,8 %
6	Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	10.834	12,4 %	10.736	12,4 %
7	Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	3.155	3,6 %	2.846	3,3 %
8	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	1.393	1,6 %	1.269	1,5 %
9	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	956	1,1 %	1.092	1,3 %
10	Ausfall	100%	100%	1.750	2,0 %	2.208	2,5 %
NR	Nicht geratet			72	0,1 %	53	0,1 %
Gesamt				87.042	100,0 %	86.684	100,0 %

Das Kreditobligo gegenüber Firmenkunden stieg im Vergleich zum Jahresende 2024 um € 359 Millionen auf € 87.042 Millionen. Die höchsten Anstiege wurden in Rumänien (€ 480 Millionen), Ungarn (€ 399 Millionen), Großbritannien (€ 366 Millionen) und Singapur (€ 328 Millionen) vorwiegend in der Rating-Klasse 4 verzeichnet, welche teilweise durch Rückgänge in Österreich (€ 1.031 Millionen) vorwiegend in der Rating-Klasse 3 kompensiert wurden.

Das fünfstufige Rating-Modell für Projektfinanzierungen basiert auf den Slotting-Kriterien gemäß EBA/RTS/2016/02.

in € Millionen		30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
6,1	Ausgezeichnete Projektbonität – sehr geringes Risiko	5.451	55,6 %	6.068	62,4 %
6,2	Gute Projektbonität – geringes Risiko	3.428	35,0 %	2.746	28,2 %
6,3	Ausreichende Projektbonität – mittleres Risiko	490	5,0 %	440	4,5 %
6,4	Schwache Projektbonität – hohes Risiko	44	0,4 %	63	0,6 %
6,5	Ausfall	376	3,8 %	409	4,2 %
NR	Nicht geratet	14	0,1 %	0	0,0 %
Gesamt		9.802	100,0 %	9.727	100,0 %

Der Anstieg des Kreditobligos für Projektfinanzierungen um € 76 Millionen wurde vor allem durch Anstiege in der Slowakei, Österreich und Bulgarien für Energieversorgungs- und Immobilienprojekte begründet, welche teilweise durch Rückgänge in Tschechien und Deutschland kompensiert wurden. In Rumänien kam es aufgrund der Ratingverschlechterung des Staates in Folge zu einer Ratingherabstufung im Projektfinanzierungsbereich von Rating-Klasse 6,1 zu Rating-Klasse 6,2.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach dem Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers nach Regionen:

in € Millionen		30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Zentraleuropa		27.828	28,7 %	27.176	28,2 %
Westeuropa		24.002	24,8 %	24.011	24,9 %
Österreich		18.237	18,8 %	19.202	19,9 %
Südosteuropa		16.896	17,4 %	16.119	16,7 %
Osteuropa		3.645	3,8 %	3.540	3,7 %
Ukraine		2.312	2,4 %	2.143	2,2 %
Asien		2.151	2,2 %	2.224	2,3 %
Sonstige		1.773	1,8 %	1.995	2,1 %
Gesamt		96.844	100,0 %	96.410	100,0 %

Der größte Anstieg in Südosteuropa resultierte vor allem aus den erhöhten Krediten und Forderungen in Rumänien, Serbien und Kroatien. In Zentraleuropa war der Anstieg durch die Zunahme von Krediten und Forderungen sowie Anleihen in Ungarn, Tschechien und der Slowakei begründet. Der Rückgang in Österreich resultierte vor allem aus der Verringerung von Krediten und Forderungen sowie Devisen-Geschäften.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit der Erstkunden:

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Fertigung/Produktion	23.974	24,8 %	23.422	24,3 %
Groß- und Einzelhandel	19.748	20,4 %	19.917	20,7 %
Immobilien	11.994	12,4 %	12.380	12,8 %
Finanzintermediation	8.579	8,9 %	8.584	8,9 %
Energieversorgung	7.000	7,2 %	6.729	7,0 %
Bauwesen	6.739	7,0 %	6.551	6,8 %
Transport, Lagerung und Verkehr	4.288	4,4 %	4.160	4,3 %
Freie Berufe/technische Dienstleistungen	2.459	2,5 %	2.879	3,0 %
Sonstige Branchen	12.063	12,5 %	11.788	12,2 %
Gesamt	96.844	100,0 %	96.410	100,0 %

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Asset-Klasse Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst.

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Retail-Kunden – Privatpersonen	47.886	93,3 %	45.422	93,2 %
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	3.451	6,7 %	3.308	6,8 %
Gesamt	51.337	100,0 %	48.730	100,0 %

Kreditobligo für Retail-Kunden nach internem Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
0,5 Minimales Risiko	> 0,00%	≤ 0,17%	6.606	12,9 %	8.747	18,0 %
1,0 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,17%	≤ 0,35%	9.113	17,8 %	8.052	16,5 %
1,5 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,35%	≤ 0,69%	10.040	19,6 %	8.335	17,1 %
2,0 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,69%	≤ 1,37%	9.521	18,5 %	7.429	15,2 %
2,5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 1,37%	≤ 2,70%	6.400	12,5 %	4.941	10,1 %
3,0 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 2,70%	≤ 5,26%	3.228	6,3 %	2.883	5,9 %
3,5 Knappe Kreditwürdigkeit	> 5,26%	≤ 10,00%	1.626	3,2 %	1.358	2,8 %
4,0 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 10,00%	≤ 18,18%	893	1,7 %	691	1,4 %
4,5 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,18%	< 100%	934	1,8 %	825	1,7 %
5,0 Ausfall	100%	100%	1.197	2,3 %	1.180	2,4 %
NR Nicht geratet			1.777	3,5 %	4.288	8,8 %
Gesamt			51.337	100,0 %	48.730	100,0 %

Aufgrund des Ratingmodell Updates von Point in Time (PIT) zu Through the Cycle (TTC) für Hypothekendarlehen in Tschechien im Mai 2025 kam es zu einer Verschiebung des betroffenen Portfolios von der Rating-Klasse 0,5 in niedrigere Ratingklassen. Das nicht geratete Kreditobligo umfasst unter anderem Leasing-Unternehmen sowie Retail-Kunden in Kroatien. Diese Kunden verfügen entweder noch über kein internes Rating, oder es handelt sich um Portfolios, die dem permanent partial use unterliegen oder Portfolios, für die ein PD-Modell implementiert wird. Für Leasing-Unternehmen wird die Kreditwürdigkeit auf Scorecard-Modellen basierend beurteilt. Der Rückgang der nicht gerateten Kunden war vor allem darauf zurück zu führen, dass der Großteil des Kreditkartengeschäfts in Österreich sowie das zugekaufte Portfolio in Serbien im ersten Quartal 2025 ein Rating erhalten haben.

Retail-Forderungen nach Segmenten:

30.6.2025	Group Corporates & Markets			
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Ukraine
Retail-Kunden – Privatpersonen	23.325	11.353	2.932	406
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	2.049	1.300	5	97
Gesamt	25.374	12.654	2.937	503
davon notleidendes Obligo	539	408	146	24

31.12.2024	Group Corporates & Markets				
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Ukraine	
Retail-Kunden – Privatpersonen	22.107	10.837	2.696	394	9.388
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	1.944	1.257	5	102	1
Gesamt	24.051	12.093	2.701	497	9.389
davon notleidendes Obligo	541	413	127	30	70

Das Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden stieg im ersten Halbjahr 2025 um € 2.607 Millionen. Der größte Anstieg in Höhe von € 1.323 Millionen in Zentraleuropa resultierte aus erhöhten Verbraucher- und Hypothekarkrediten sowie Rahmenfinanzierungen in Tschechien und der Slowakei. Der Anstieg in Südosteuropa in Höhe von € 560 Millionen resultierte aus erhöhten Verbraucher- und Hypothekarkrediten in Kroatien, Serbien und Rumänien. Im Segment Group Corporates & Markets wurde ein Anstieg in Höhe von € 481 Millionen verzeichnet, vorwiegend aufgrund des gestiegenen Kreditkartengeschäfts in der Konzernzentrale. In Russland wurde das Retail-Kundenportfolio weiter reduziert, der Anstieg in Osteuropa resultierte aus der Aufwertung des russischen Rubel.

Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Hypothekarkredite	28.927	56,3 %	27.774	57,0 %
Verbraucher kredite	11.707	22,8 %	11.040	22,7 %
Kreditkarten	5.876	11,4 %	5.386	11,1 %
SME-Finanzierung	2.829	5,5 %	2.456	5,0 %
Überziehungen	1.437	2,8 %	1.322	2,7 %
Autokredite	560	1,1 %	753	1,5 %
Gesamt	51.337	100,0 %	48.730	100,0 %

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Asset-Klasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (bzw. an beobachtbaren Ausfällen) in den einzelnen Rating-Stufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt. Die Verschiebungen innerhalb der einzelnen Ratingklassen ergaben sich zum Teil aus der regelmäßigen Rekalibrierung der Ratingmodelle für Kreditinstitute.

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
1 Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	5.357	19,7 %	4.455	15,4 %
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	3.558	13,1 %	3.562	12,3 %
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	12.625	46,3 %	17.181	59,5 %
4 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	5.074	18,6 %	2.852	9,9 %
5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	130	0,5 %	237	0,8 %
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	104	0,4 %	57	0,2 %
7 Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	146	0,5 %	62	0,2 %
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	105	0,4 %	244	0,8 %
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	142	0,5 %	201	0,7 %
10 Ausfall	100%	100%	1	0,0 %	1	0,0 %
NR Nicht geratet			2	0,0 %	2	0,0 %
Gesamt			27.244	100,0 %	28.853	100,0 %

Das Kreditobligo gegenüber Kreditinstitute verringerte sich vor allem aufgrund des Rückgangs von Repo-Geschäften (€ 2.692 Millionen), vor allem in Frankreich, in Rating-Klasse 3, welche teilweise durch Anstiege in Deutschland kompensiert wurden. Zusätzlich wurde dieser Rückgang durch den Anstieg von Anleihen (€ 755 Millionen) vorwiegend bei internationalen Institutionen in Rating-Klasse 1 kompensiert. Weiters kam es zu Anstiegen bei Krediten und Forderungen (€ 280 Millionen) in Luxemburg und Österreich, welche teilweise durch Rückgänge in China und Russland kompensiert wurden.

Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Repo-Geschäfte	9.058	33,2 %	11.750	40,7 %
Kredite und Forderungen	7.891	29,0 %	7.568	26,2 %
Anleihen	6.691	24,6 %	5.935	20,6 %
Geldmarkt	2.763	10,1 %	2.623	9,1 %
Derivate	529	1,9 %	534	1,9 %
Sonstige	312	1,1 %	444	1,5 %
Gesamt	27.244	100,0 %	28.853	100,0 %

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken sowie regionale Gebietskörperschaften und andere staatenähnliche Organisationen dar. Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor inkludiert lokale und regionale Regierungen.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
1 Ausgezeichnete Bonität	> 0,0000%	≤ 0,0300%	12.391	18,0 %	11.238	16,8 %
2 Sehr gute Bonität	> 0,0300%	≤ 0,0751%	23.745	34,6 %	22.720	34,0 %
3 Gute Bonität	> 0,0751%	≤ 0,1878%	10.599	15,4 %	12.635	18,9 %
4 Solide Bonität	> 0,1878%	≤ 0,4694%	8.849	12,9 %	8.637	12,9 %
5 Zufriedenstellende Bonität	> 0,4694%	≤ 1,1735%	2.774	4,0 %	2.843	4,2 %
6 Adäquate Bonität	> 1,1735%	≤ 2,9338%	595	0,9 %	7.353	11,0 %
7 Fragliche Bonität	> 2,9338%	≤ 7,3344%	7.934	11,6 %	5	0,0 %
8 Höchst fragliche Bonität	> 7,3344%	≤ 18,3360%	0	0,0 %	0	0,0 %
9 Ausfallgefährdet	> 18,3360%	< 100%	1.757	2,6 %	1.477	2,2 %
10 Ausfall	100%	100%	8	0,0 %	9	0,0 %
NR Nicht geratet			1	0,0 %	4	0,0 %
Gesamt			68.654	100,0 %	66.921	100,0 %

Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor stieg vor allem aufgrund des erhöhten Anleihenbestands (€ 5.006 Millionen) in Österreich, Zentral- und Südosteuropa sowie Westeuropa. Der Anstieg bei den Krediten und Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor war vorwiegend auf erhöhte Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank zurückzuführen. Der Anstieg der Repo-Geschäfte resultierte vor allem aus Erhöhungen bei der tschechischen Nationalbank. Die Geldmarktgeschäfte verringerten sich um € 6.967 Millionen vor allem in Österreich und Rumänien und wurden teilweise durch einen währungsbedingten Anstieg in Russland kompensiert.

Der Anstieg in Rating-Klasse 7 war auf die Ratingverschlechterung von Russland aus Rating-Klasse 6 zurückzuführen. Der Anstieg in Rating-Klasse 1 resultierte aus erhöhten Repo-Geschäften in Tschechien. In Rating-Klasse 2 war der Anstieg durch die Ratingverschlechterung von der USA (€ 849 Millionen) aus Rating-Klasse 1 begründet. Der Rückgang in Rating-Klasse 3 begründete sich durch die Verringerung der Geldmarktgeschäfte in der Slowakei sowie durch verringerte Einlagen bei der rumänischen Nationalbank.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Anleihen	34.218	49,8 %	29.212	43,7 %
Kredite und Forderungen	15.836	23,1 %	13.117	19,6 %
Geldmarkt	9.540	13,9 %	16.507	24,7 %
Repo-Geschäfte	8.919	13,0 %	7.832	11,7 %
Derivate	64	0,1 %	80	0,1 %
Sonstige	77	0,1 %	173	0,3 %
Gesamt	68.654	100,0 %	66.921	100,0 %

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating 5 und darunter):

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Russland	8.069	61,7 %	6.855	58,6 %
Serbien	1.796	13,7 %	2.098	17,9 %
Ukraine	1.607	12,3 %	1.355	11,6 %
Bosnien und Herzegowina	583	4,5 %	608	5,2 %
Albanien	583	4,5 %	494	4,2 %
Sonstige	432	3,3 %	282	2,4 %
Gesamt	13.070	100,0 %	11.691	100,0 %

Das Obligo umfasst vor allem Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservvorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind sowie russische und ukrainische Staatsanleihen. Der Anstieg in Russland resultierte aus der Aufwertung des russischen Rubel.

Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist. Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den europäischen Märkten des Konzerns wider.

Kreditobligo aller Forderungsklassen gegliedert nach dem Risikoland des Kreditnehmers und gruppiert nach Regionen:

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Zentraleuropa	78.635	32,2 %	76.079	31,6 %
Tschechien	39.038	16,0 %	36.519	15,2 %
Slowakei	23.384	9,6 %	23.764	9,9 %
Ungarn	12.533	5,1 %	12.004	5,0 %
Polen	2.667	1,1 %	2.881	1,2 %
Sonstige	1.014	0,4 %	912	0,4 %
Österreich	46.982	19,2 %	47.517	19,7 %
Westeuropa	44.382	18,2 %	44.943	18,7 %
Deutschland	13.938	5,7 %	12.999	5,4 %
Frankreich	6.755	2,8 %	9.224	3,8 %
Großbritannien	4.292	1,8 %	3.626	1,5 %
Schweiz	3.093	1,3 %	3.299	1,4 %
Luxemburg	2.518	1,0 %	2.381	1,0 %
Niederlande	2.490	1,0 %	2.622	1,1 %
Italien	2.276	0,9 %	2.638	1,1 %
Spanien	2.019	0,8 %	2.072	0,9 %
Belgien	1.977	0,8 %	1.595	0,7 %
Irland	707	0,3 %	725	0,3 %
Sonstige	4.318	1,8 %	3.762	1,6 %
Südosteuropa	42.261	17,3 %	42.303	17,6 %
Rumänien	19.441	8,0 %	20.462	8,5 %
Kroatien	8.525	3,5 %	7.934	3,3 %
Serbien	7.117	2,9 %	7.173	3,0 %
Bosnien und Herzegowina	2.780	1,1 %	2.753	1,1 %
Albanien	2.340	1,0 %	2.142	0,9 %
Sonstige	2.058	0,8 %	1.840	0,8 %
Osteuropa	15.149	6,2 %	13.766	5,7 %
Russland	14.877	6,1 %	13.379	5,6 %
Sonstige	272	0,1 %	387	0,2 %
Ukraine	4.573	1,9 %	4.127	1,7 %
Asien	4.324	1,8 %	4.297	1,8 %
Nordamerika	4.104	1,7 %	4.584	1,9 %
Restliche Welt	3.668	1,5 %	3.298	1,4 %
Gesamt	244.079	100,0 %	240.914	100,0 %

Der größte Anstieg wurde in Zentraleuropa verzeichnet und resultierte im Wesentlichen aus erhöhten Repo-Geschäften in Tschechien, welche teilweise durch einen Rückgang bei den Geldmarktgeschäften in der Slowakei kompensiert wurden. Der

Anstieg in Osteuropa resultierte aus der Aufwertung des russischen Rubels. In Westeuropa begründete sich der Rückgang durch verringerte Repo-Geschäfte in Frankreich, welcher teilweise durch Anstiege in Deutschland und Großbritannien kompensiert wurden. In Österreich kam es zu einem Rückgang bei den Geldmarktgeschäften, welcher teilweise durch einen höheren Anleihenbestand sowie Kredite und Forderungen kompensiert wurde.

Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit:

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	63.174	25,9 %	68.157	28,3 %
Private Haushalte	47.936	19,6 %	46.083	19,1 %
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	35.097	14,4 %	30.489	12,7 %
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	18.681	7,7 %	18.402	7,6 %
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	14.733	6,0 %	14.714	6,1 %
Grundstücks- und Wohnungswesen	12.139	5,0 %	12.517	5,2 %
Baugewerbe	7.515	3,1 %	7.183	3,0 %
Energieversorgung	7.081	2,9 %	6.827	2,8 %
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	5.256	2,2 %	5.220	2,2 %
Ernährungsgewerbe	3.162	1,3 %	2.798	1,2 %
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	3.138	1,3 %	2.851	1,2 %
Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	2.992	1,2 %	3.235	1,3 %
Maschinenbau	2.019	0,8 %	2.038	0,8 %
Sonstiges Transportgewerbe	1.800	0,7 %	1.926	0,8 %
Metallerzeugung und -bearbeitung	1.696	0,7 %	1.796	0,7 %
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	1.451	0,6 %	1.464	0,6 %
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	623	0,3 %	645	0,3 %
Sonstige Branchen	15.586	6,4 %	14.570	6,0 %
Gesamt	244.079	100,0 %	240.914	100,0 %

Notleidendes Exposure (NPE)

Die RBI wendet die Ausfalldefinition der CRR sowie die dazugehörigen Anforderungen der EBA (EBA/GL/2016/07) an.

Notleidendes Obligo nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing exposures):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024
Regierungen	153	163	3,7 %	4,3 %	3,4 %	4,2 %
Kreditinstitute	1	1	0,0 %	0,0 %	93,7 %	97,6 %
Sonstige Finanzunternehmen	323	333	3,0 %	3,2 %	37,6 %	41,0 %
Nicht-Finanzunternehmen	1.847	2.293	3,9 %	4,9 %	49,0 %	51,5 %
Haushalte	1.053	1.048	2,5 %	2,6 %	62,9 %	62,3 %
Kredite und Forderungen	3.378	3.837	2,3 %	2,5 %	50,2 %	51,6 %
Anleihen	9	8	0,0 %	0,0 %	51,5 %	54,3 %
Gesamt	3.387	3.845	1,8 %	2,1 %	50,2 %	51,6 %

Das Volumen des notleidenden Obligos reduzierte sich gegenüber dem Jahresende um € 458 Millionen auf € 3.387 Millionen. Organisch ergab sich ein Rückgang um € 470 Millionen, vor allem im Segment Group Corporates & Markets um € 370 Millionen, die Aufwertung des russischen Rubels wirkte mit € 33 Millionen entgegen. Aus Ausbuchungen und Verkäufen ergab sich ein Rückgang von € 500 Millionen, Rückzahlungen von Non Retail Kunden trugen € 254 Millionen bei. Dem gegenüber standen neue Ausfälle hauptsächlich bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen in Österreich. Die NPE Ratio verringerte sich gegenüber dem Jahresende 2024 um 0,3 Prozentpunkte auf 1,8 Prozent aufgrund des gesunkenen notleidenden Obligos, die Coverage Ratio verringerte sich um 1,4 Prozentpunkte auf 50,2 Prozent.

Entwicklung des notleidenden Obligos nach Asset-Klassen (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	Stand 1.1.2025	Änderung				Stand 30.6.2025
		Konsolidierungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge	
Regierungen	163	0	0	0	-9	153
Kreditinstitute	1	0	0	0	0	1
Sonstige Finanzunternehmen	333	0	-1	34	-43	323
Nicht-Finanzunternehmen	2.293	0	-7	201	-639	1.847
Haushalte	1.048	0	19	248	-263	1.053
Kredite und Forderungen (NPL)	3.837	0	11	483	-953	3.378
Anleihen	8	0	0	1	0	9
Gesamt (NPE)	3.845	0	11	484	-953	3.387

in € Millionen	Stand 1.1.2024	Änderung				Stand 31.12.2024
		Konsolidierungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge	
Regierungen	178	0	0	0	-15	163
Kreditinstitute	3	0	0	0	-2	1
Sonstige Finanzunternehmen	392	0	0	75	-134	333
Nicht-Finanzunternehmen	1.843	-21	2	902	-434	2.293
Haushalte	1.075	-6	-13	448	-456	1.048
Kredite und Forderungen (NPL)	3.491	-27	-11	1.425	-1.041	3.837
Anleihen	7	0	0	6	-4	8
Gesamt (NPE)	3.498	-27	-11	1.431	-1.045	3.845

Anteil des notleidenden Obligos (NPE) nach Segmenten (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024
Zentraleuropa	724	805	1,1 %	1,3 %	59,8 %	56,7 %
Südosteuropa	623	620	1,7 %	1,7 %	65,7 %	66,2 %
Osteuropa	288	257	1,6 %	1,6 %	70,7 %	69,0 %
Ukraine	172	205	3,7 %	4,4 %	86,2 %	82,5 %
Group Corporates & Markets	1.580	1.957	2,9 %	3,5 %	32,1 %	39,4 %
Corporate Center	0	0	0,0 %	0,0 %	99,9 %	99,9 %
Gesamt	3.387	3.845	1,8 %	2,1 %	50,2 %	51,6 %

Zur Reduktion des notleidenden Obligos trug hauptsächlich das Segment Group Corporates & Markets mit € 377 Millionen auf € 1.580 Millionen bei, dafür hauptverantwortlich waren Ausbuchungen und Verkäufe von notleidenden Kreditforderungen in Höhe von € 363 Millionen und Rückzahlungen in der Höhe von € 128 Millionen von Non Retail Kunden. Dem gegenüber standen neue Ausfälle hauptsächlich bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen, die NPE Ratio verringerte sich um 0,6 Prozentpunkte auf 2,9 Prozent.

Die notleidenden Obligos im Segment Zentraleuropa verringerten sich um € 82 Millionen, bedingt durch Rückgänge in Ungarn und Polen. In der Ukraine kam es zu einer Reduktion um € 34 Millionen. Das Segment Südosteuropa blieb nahezu unverändert zum Jahresende 2024, wohingegen es im Segment Osteuropa, in Russland zu einem Anstieg um € 31 Millionen, durch die Rubel Währungsaufwertung, kam.

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen:

in € Millionen	Refinanzierung		Instrumente mit geänderten Laufzeiten und Konditionen		Gesamt	
	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024	30.6.2025	31.12.2024
Regierungen	0	0	0	0	0	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	6	17	42	78	48	95
Nicht-Finanzunternehmen	169	198	710	968	878	1.166
Haushalte	8	8	219	216	226	224
Gesamt	182	223	970	1.262	1.152	1.485

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen nach Segmenten:

in € Millionen	30.6.2025	Anteil	31.12.2024	Anteil
Zentraleuropa	190	16,5 %	237	16,0 %
Südosteuropa	138	12,0 %	145	9,7 %
Osteuropa	108	9,4 %	94	6,3 %
Ukraine	153	13,2 %	182	12,3 %
Group Corporates & Markets	563	48,9 %	827	55,7 %
Corporate Center	0	0,0 %	0	0,0 %
Gesamt	1.152	100,0 %	1.485	100,0 %

(36) Marktrisiko

Das Marktrisikomanagement basiert auf einem dualen Steuerungsansatz. Für das Gesamtportfolio inklusive des Bankbuchs wird ein Modell verwendet, das auf einer historischen Simulation beruht und für die längerfristige Steuerung der Marktrisiken aus den Bankbüchern geeignet ist (Modell ALL). Für alle Marktrisiken mit unmittelbarer Auswirkung auf die Erfolgsrechnung wird ein Modell verwendet, das die kurzfristige Volatilität gut prognostiziert (Modell IFRS-P&L). Dieser Modellansatz ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses für Marktrisiken des Handelsbuchs der Konzernzentrale zugelassen. Beide Modelle berechnen Value-At-Risk-Kennzahlen für die Veränderungen der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads, implizite Volatilität, Aktienindizes und Basis-Spreads. In den nachstehenden Tabellen ist eine Übersicht der Risikokennzahlen beider Modelle (ALL und IFRS-P&L) sowie die Entwicklung je Risikoart dargestellt.

Modell IFRS-P&L Gesamt VaR (99%, 1d)	VaR per	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per
in € Millionen	30.6.2025				31.12.2024
Währungsrisiko	8	18	3	40	9
Zinsrisiko	2	3	2	4	2
Credit-Spread-Risiko	3	3	2	5	2
Aktienpreisrisiko	1	1	1	2	1
Gesamt	10	21	7	42	10

Bedingt durch starke Marktbewegungen, aufgrund der geopolitischen Einflüsse sowie der unsicheren amerikanischen Politik, wurde im Vergleich zum Jahresende 2024 im ersten Quartal 2025 ein Anstieg der Zins- und Credit-Spread-Risiken verzeichnet. Diese Entwicklungen haben sich zu Beginn des zweiten Quartals noch verschärft, im Juni und Juli haben sich die Märkte wieder etwas erholt, wodurch die Credit Spreads sowie die Zins- und Spreadvolatilitäten auf ein niedrigeres Niveau zurückgingen.

Modell ALL Gesamt VaR (99%, 20d)	VaR per	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per
in € Millionen	30.6.2025				31.12.2024
Ökonomisches Kapital ALL	374	484	304	698	581
Gesamt ALL (Risikokategorien)					
Währungsrisiko	341	459	227	712	589
Zinsrisiko	275	243	153	279	230
Credit-Spread-Risiko	54	56	52	59	41
Bankbuch (99%, 20d)					
Zinsrisiko im Bankbuch	278	250	158	290	249

Die in Fremdwährung gehaltenen Kapital- und offenen Devisenpositionen, die strukturellen Zinsrisiken (vor allem in Euro, Tschechischen Kronen und Rumänischen Leu) und Spread-Risiken aus Anleihebüchern (häufig als Liquiditätspuffer gehalten) waren die wesentlichen Treiber des VaR-Ergebnisses.

Der Rückgang im Vergleich zum Jahresende 2024 wurde hauptsächlich durch das ökonomische Kapitalrisiko verursacht, welcher teilweise durch die erhöhte Sensitivität bei Credit Spreads aufgrund der aktuellen Marktbedingungen ausgeglichen wurde.

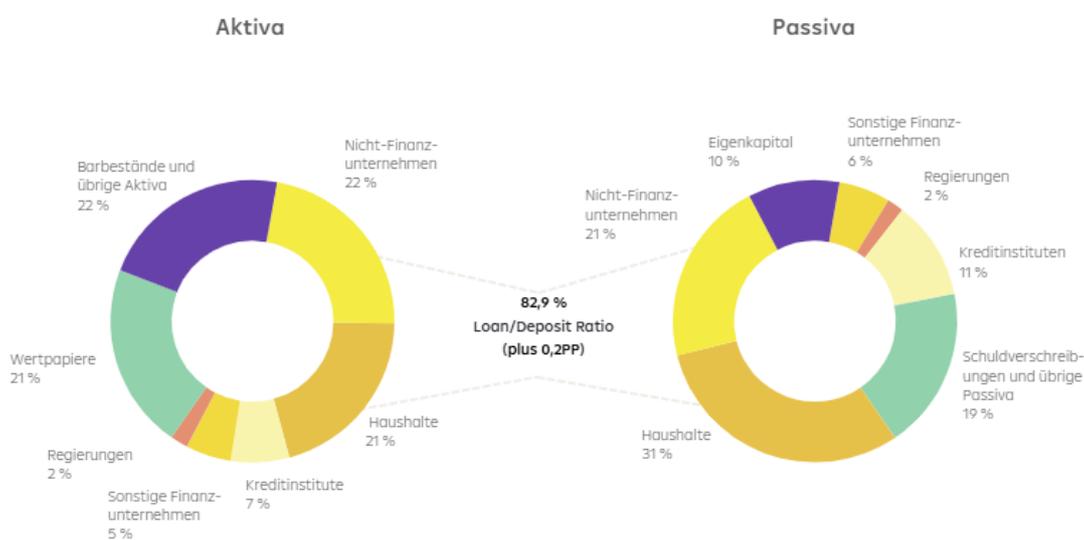
Die Marktrisiko-Steuerung erfolgt auf Basis einer täglichen Überwachung von Marktbewegungen und Positionsänderungen für die Konzernzentrale und -einheiten. Zudem wird die Entwicklung auf den lokalen Märkten täglich aktualisiert und das Risikomanagement aktiv gesteuert, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können.

(37) Liquiditätsmanagement

Die RBI beweist mit ihrer starken Liquiditätsposition und den bewährten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos kontinuierlich ihre hohe Anpassungsfähigkeit. Der ILAAP-Rahmen und die Governance erwiesen sich erneut als solide und funktionieren auch in Krisenzeiten. Die tägliche Überwachung der Liquiditätsposition mit Hilfe von dynamischen Dashboards zeigte, dass die Infrastruktur und das Monitoring effektiv sind und schnelle Reaktionen in Krisenzeiten unterstützen.

Funding-Struktur

Die Funding-Struktur des Konzerns basiert auf einer starken Ausrichtung auf das Retail-Geschäft in Zentral- und Osteuropa. Darüber hinaus profitiert der Konzern aufgrund der starken Präsenz der österreichischen Raiffeisengruppe im lokalen Markt auch vom Funding durch die Raiffeisen Landesbanken. Gemäß dem Prinzip der Diversifikation werden verschiedene Finanzierungsquellen erschlossen. Diese umfassen die Ausgabe von internationalen Anleihen durch die RBI AG, die Ausgabe von lokalen Anleihen durch die Tochterbanken sowie die Nutzung von Finanzierungsdarlehen von Dritten (inklusive supranationaler Institutionen). Die Tochterbanken nutzen auch Kredite mit Drittbanken, teils aufgrund knapper Länderlimits und teils aufgrund vorteilhafter Preisgestaltung.



Liquiditätsposition

Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, die den Konzern in einem normalen Geschäftsmodell (Business as Usual) belasten könnten. Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberhang und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

Der Going-Concern-Bericht wird durch die Ausbuchung der erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung der Ansprüche der RBI in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia Trading Limited nicht beeinträchtigt.

in € Millionen	30.6.2025		31.12.2024	
	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Liquiditätsüberhang	52.235	58.528	53.419	58.866
Liquiditätsquote	202 %	155 %	191 %	153 %

Liquidity Coverage Ratio (LCR)

Die kurzfristige Belastbarkeit von Banken erfordert eine entsprechende Liquiditätsdeckung in Form einer Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR). Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten erstklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen können, decken zu können. HQLAs können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstress-Szenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und abflüsse sowie der HQLAs basiert auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische LCR-Limit beträgt 100 Prozent.

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Durchschnittliche liquide Aktiva	41.477	40.064
Netto-Abflüsse	26.459	22.028
Zuflüsse	14.165	17.127
Abflüsse	40.623	39.155
Liquidity Coverage Ratio	157 %	182 %

Die Reduktion der LCR war primär auf eine Anpassung auf die Übertragungsfähigkeit von Liquidität zwischen den Konzerneinheiten zurückzuführen und wurde in Abstimmung mit dem Regulator vorgenommen. Diese Änderung führte zu keiner Verschlechterung der Liquiditätsrisikoposition der Gruppe. Die Liquiditätsüberschüsse innerhalb der Gruppe blieben stabil, ebenso wie die LCR-Ratios der einzelnen Gruppeneinheiten.

Die LCR wird durch die Ausbuchung der erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung der Ansprüche der RBI in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia Trading Limited nicht beeinträchtigt.

Net Stable Funding Ratio (NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als jener Teil der Eigen- und Fremdmittel, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle darstellt. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig. Ziel der RBI ist eine ausgewogene Funding-Position. Die erforderliche strukturelle Liquidität sowie die vorhandene strukturelle Liquidität basieren auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische NSFR-Limit ist 100 Prozent.

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Erforderliche strukturelle Liquidität	113.164	110.351
Vorhandene strukturelle Liquidität	161.524	159.835
Net Stable Funding Ratio	143 %	145 %

Sonstige Angaben

(38) Offene Rechtsfälle

Details zu Gerichts-, Behörden- oder Schiedsverfahren, an denen die RBI beteiligt ist, sind im Geschäftsbericht 2024, im Kapitel Sonstige Angaben unter Punkt (38) Offene Rechtsfälle, ersichtlich. Im Folgenden werden die wesentlichsten Verfahren beschrieben, an denen die RBI derzeit beteiligt ist. Generell können in Verfahren (Verzugs-) Zinsbeträge anfallen, die je nach Dauer des jeweiligen Verfahrens gleich hoch oder höher sein können als die jeweiligen Streitwerte.

Eine Rückstellung wird nur dann gebildet, wenn eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, die Zahlung wahrscheinlich ist und der Betrag zuverlässig geschätzt werden kann. Eine Eventualverbindlichkeit, die aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, wird offengelegt, es sei denn die Zahlungen sind höchst unwahrscheinlich. Eine Eventualforderung aufgrund eines vergangenen Ereignisses wird angesetzt, wenn ein Zufluss so gut wie sicher ist. In der nachfolgenden Beschreibung wird in jenen Fällen kein Betrag genannt, in denen in Übereinstimmung mit IAS 37, dies schwerwiegend nachteilig wäre. Die Berechnung der Rückstellung findet in bestimmten Fällen auf einer Portfoliobasis statt, weil die Schätzung der Verpflichtung damit eine höhere Verlässlichkeit aufweist. Die RBI hat ihre Rückstellungen, Eventualforderungen und -verbindlichkeiten in die Gruppen Konsumentenschutz, Bankgeschäfte, Durchsetzung durch Regulierungsbehörden und Steuerfälle eingeteilt.

Rasperia

Im August 2024 reichte das russische Unternehmen Rasperia Trading Limited (Rasperia) eine Klage gegen die österreichische Gesellschaft STRABAG SE (STRABAG) und mehrere Großaktionäre der STRABAG (STRABAG-Aktionäre) sowie gegen die russische Tochtergesellschaft der RBI, AO Raiffeisenbank, beim russischen Gericht der Region Kaliningrad ein. Rasperia, die 28.500.000 STRABAG-Stammaktien und eine Namensaktie hält, behauptet, dass ihr Aktionärsrechte entzogen worden seien. Insbesondere dürfe sie nicht an Hauptversammlungen teilnehmen oder Mitglieder des Aufsichtsrats der STRABAG ernennen, ihr seien für die vergangenen Jahre keine Dividenden gezahlt worden, und der Anteil von Rasperia an STRABAG wurde 2023 ohne ihre Zustimmung und ohne Abfindung verwässert worden. Nach Angaben von Rasperia sind durch den Verlust sämtlicher Aktionärsrechte Verluste in Höhe von rund € 1,983 Milliarden entstanden, die sich aus dem Marktwert von Rasperias Anteil an STRABAG sowie aus nicht gezahlten Dividenden und aus Zinsen auf beide Beträge zusammensetzen.

Die AO Raiffeisenbank wird in der Klage als mit den anderen Beklagten in Verbindung stehend erwähnt, ihr wird jedoch kein eigenes Fehlverhalten vorgeworfen. Die RBI AG ist an diesem Verfahren nicht beteiligt.

Rasperia hat die Ansprüche gegen STRABAG und die STRABAG-Aktionäre von den Ansprüchen gegen die AO Raiffeisenbank getrennt:

(i) Der Anspruch gegen STRABAG und die STRABAG-Aktionäre lautet auf Schadensersatz in Höhe von ca. € 1,983 Milliarden zuzüglich Zinsen bis zur Urteilsvollstreckung (geforderter Betrag).

(ii) Die Klage gegen die AO Raiffeisenbank soll die Vollstreckung des unter Punkt (i) genannten Urteils in Russland sicherstellen und umfasst daher die Zwangsvollstreckung in die Barmittel der AO Raiffeisenbank (insbesondere hinsichtlich ihrer nicht ausgeschütteten Gewinne) zur Abgeltung des Rasperia zuerkannten Betrags und im Gegenzug die Anerkennung des Eigentums der AO Raiffeisenbank an den von Rasperia gehaltenen 28.500.000 STRABAG-Stammaktien und einer Namensaktie ab dem Tag der Vollstreckung des Urteils gegen die AO Raiffeisenbank.

In der vorbereitenden Tagsatzung am 16. Oktober 2024 wurde der geforderte Betrag von ca. € 1,983 Milliarden auf circa € 2,043 Milliarden erhöht.

Am 20. Jänner 2025 hat das russische Gericht in Kaliningrad sein Urteil verkündet und entschieden, dass die STRABAG und die STRABAG-Aktionäre € 2,044 Milliarden an Rasperia zahlen müssen und das Urteil gegen Vermögenswerte der AO Raiffeisenbank vollstreckt werden kann.

In seinem Urteil ist das russische Gericht auch dem Antrag von Rasperia gefolgt, wonach die Eigentumsrechte an den von Rasperia gehaltenen Aktien der STRABAG an die AO Raiffeisenbank übertragen werden sollen. Russische Urteile haben jedoch in Österreich keine bindende Wirkung, weshalb die Übertragung der Aktien nicht durchsetzbar ist. Darüber hinaus sind die STRABAG-Aktien der Rasperia aufgrund von EU-Sanktionen eingefroren, was ihre Übertragung derzeit ebenfalls verhindert.

Am 21. Februar legte die AO Raiffeisenbank gegen dieses Urteil Berufung mit aufschiebender Wirkung ein. Am 24. April 2025 bestätigte das russische Berufungsgericht in St. Petersburg das erstinstanzliche Urteil des russischen Gerichts der Region Kaliningrad. Aufgrund der Entscheidung des St. Petersburger Berufungsgerichts muss die AO Raiffeisenbank den vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Schadenersatz von € 2,044 Milliarden zahlen. Am 25. April 2025 hat die AO Raiffeisenbank gegen das Urteil des Berufungsgerichts ein weiteres Rechtsmittel bei der nächsten russischen Instanz, dem Kassationsgericht in St. Petersburg, eingebracht. Dem Rechtsmittel an das Kassationsgericht war auch ein Antrag auf Aufschub der Vollstreckung des zweitinstanzlichen Urteils angeschlossen, der allerdings bereits vom Kassationsgericht

abgewiesen wurde. Die Entscheidung über das Rechtsmittel ist noch ausstehend. Die mündliche Verhandlung vor dem Kassationsgericht wurde für 4. August 2025 anberaumt.

Am 30. April 2025 beantragte Rasperia bei der russischen Zentralbank (CBR) die Vollstreckung des Urteils durch Belastung eines Korrespondenzkontos der AO Raiffeisenbank bei der CBR mit dem RUB-Äquivalent von € 1,870 Milliarden (dies entspricht dem Rasperia vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Schadenersatz ohne Zinsen von circa € 174 Millionen). In Entsprechung dieses Antrags wurde noch am 30. April ein Betrag von RUB 174,221 Milliarden von einem CBR-Korrespondenzkonto der AO Raiffeisenbank von der CBR zugunsten von Rasperia abgebogen bzw. gepfändet. Die Rasperia vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Zinsen waren zu diesem Zeitpunkt nicht Gegenstand von Rasperias Vollstreckungsantrag an die CBR, sondern Gegenstand eines zweiten Vollstreckungsantrags vom 26. Mai 2025. Infolgedessen wurde am 27. Mai 2025 ein Betrag von circa RUB 21,599 Milliarden (entsprechend circa € 239 Millionen einschließlich inzwischen aufgelaufener Zinsen) von einem CBR-Korrespondenzkonto der AO Raiffeisenbank durch die CBR zugunsten von Rasperia abgebogen bzw. gepfändet. Dabei hat Rasperia jedoch die Zinsen für den letzten Tag des Zinslaufs nicht vollstreckt. Letztlich wurde durch Rasperia am 15. Juli 2025 mit ihrem dritten Vollstreckungsantrag ein Betrag von circa RUB 36,7 Millionen (dies entspricht circa € 400.000), der dem noch ausstehend Zinstag entspricht, von einem CBR-Korrespondenzkonto der AO Raiffeisenbank durch die CBR zugunsten von Rasperia abgebogen bzw. gepfändet.

Der RBI-Konzern ist auch weiterhin davon überzeugt, dass die gerichtliche Geltendmachung der Schadenersatzforderung gegen Rasperia in Österreich und deren Vollstreckung in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia auf einer starken rechtlichen Grundlage stehen. Die gerichtliche Geltendmachung des Schadenersatzanspruches gegen Rasperia kann dabei in voller Übereinstimmung mit dem EU-Sanktionsrecht erfolgen, um Schäden zu mindern, indem sie die Vollstreckung gegen die Vermögenswerte von Rasperia in Österreich anstrebt. Die rechtlichen Grundlagen für eine solche Klage sind unter anderem in den EU-Sanktionen (Artikel 11a der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 und Artikel 11b der Verordnung (EU) Nr. 833/2014) verankert, die speziell auf Fälle wie eine solche Klage gegen Rasperia abzielen. Dementsprechend wird ein positives Ergebnis einer solchen Klage unverändert als sehr wahrscheinlich angesehen.

Antrag auf Erlassung einer Unterlassungsverfügung (Anti-Suit-Injunction)

Am 9. Juni 2025 hat Rasperia einen Antrag auf Erlass einer Unterlassungsverfügung (Anti-Suit Injunction; ASI) beim russischen Gericht der Region Kaliningrad eingereicht, der sich gegen die STRABAG-Kernaktionäre (Haselsteiner Familien-Privatstiftung, Dr. Hans-Peter Haselsteiner, den Nachlass von Klemens Peter Haselsteiner (alle drei zusammen: HPH-Gruppe), Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien (sowie den damit verbundenen Holdinggesellschaften: RHNW), UNIQA Österreich Versicherungen AG/ UNIQA Insurance Group AG (sowie den damit verbundenen Holdinggesellschaften: UNIQA)) und die AO Raiffeisenbank richtet. Laut dem ASI-Antrag beantragt Rasperia (A) die Fortsetzung des in Amsterdam eingeleiteten Schiedsverfahrens der STRABAG Aktionäre gegen Rasperia (Amsterdam Arbitration) und (B) die Einreichung von Schadenersatzklagen vor ausländischen Gerichten, die sich auf das Kaliningrader Verfahren beziehen, das zum russischen Urteil vom 21. Februar 2025 führte, zu untersagen. Rasperia beantragt die Festsetzung einer gerichtlichen Strafe in Höhe des RUB-Äquivalents von € 1,09 Milliarden gegen die AO Raiffeisenbank zu vollstrecken, für den Fall, dass einer ASI in Bezug auf das Amsterdam Arbitration nicht entsprochen wird und in diesem Zusammenhang behauptet, dass die AO Raiffeisenbank von RHNW kontrolliert wird. Am 2. Juli 2025 ergänzte Rasperia ihren ASI-Antrag, um die RBI als Beklagte aufzunehmen, und strebt an, der RBI zu untersagen, ausländische Verfahren wegen Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit den Kaliningrader Verfahren einzuleiten. Die vorbereitende Tagsatzung fand am 16. Juli 2025 und 23. Juli 2025 statt. Die mündliche Verhandlung über den ASI-Antrag von Rasperia ist für den 29. September 2025 angesetzt.

Bewertung rechtlicher Risiken

Die Bewertung der rechtlichen Risiken, betreffend möglicher Klagen in Österreich, blieb unverändert. Für weitere Details wird auf den Geschäftsbericht 2024, Seite 400 verwiesen.

Informationen zur Rechnungslegungsmethode und wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume

Aufgrund geänderter Umstände im Zusammenhang mit der Beantragung einer Unterlassungsverfügung durch die Rasperia hat sich die Einschätzung des Managements hinsichtlich des erwarteten Mittelzuflusses aus der Vollstreckung der Ansprüche gegenüber Rasperia geändert. Die geänderte Einschätzung zum 30. Juni 2025 berücksichtigt die Einbeziehung der RBI in den Antrag von Rasperia auf die oben genannte Unterlassungsverfügung (Anti-Suit-Injunction) und der damit verbundenen Risiken eines Vermögensabflusses im RBI-Konzern, die Chancen, diese abzuwenden, und die daraus resultierende Verzögerung bei der Einreichung der Klage der RBI gegen Rasperia in Österreich. Daher kam das Management zu dem Schluss, dass die Kriterien, um diesen Vermögenswert zu bilanzieren, nach IFRS nicht mehr gegeben waren.

Finanzielle Auswirkungen

Im ersten Halbjahr 2025 wurde der, der Rasperia zugesprochene Schadenersatz in Höhe von € 2.109 Millionen (inklusive Zinsen) vom Korrespondenzkonto der AO Raiffeisenbank durch die russische Zentralbank einbehalten und die dafür zum Jahresende 2024 gebildete Rückstellung in Höhe von € 840 Millionen verbraucht. Aufgrund der geänderten Einschätzung des Managements wurden die erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung von Ansprüchen in die österreichischen Vermögenswerte der Rasperia in Höhe von € 1.204 Millionen im Juni 2025 ausgebucht. Trotz der geänderten Bilanzierung bleibt die rechtliche Beurteilung der Schadenersatzforderung der RBI unverändert. Das Management ist weiterhin davon überzeugt, dass die

Schadenersatzforderung gegen Rasperia in Österreich und deren Vollstreckung in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia auf einer starken rechtlichen Grundlage stehen.

Die Unterlassungsverfügung (Anti-Suit-Injunction) wurde auf Grundlage aller verfügbaren Informationen und mit Unterstützung eines rechtlichen Gutachtens hinsichtlich der Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung, beurteilt. Das Management kam zu dem Schluss, dass ein Vermögensabfluss sehr unwahrscheinlich ist, daher waren die Kriterien für die Bildung einer Rückstellung gemäß IAS 37 zum 30. Juni 2025, nicht erfüllt.

Einstweilige Verfügung (Temporäres Übertragungsverbot)

Im Zusammenhang mit dem oben genannten Gerichtsverfahren von Rasperia gegen, unter anderem, die AO Raiffeisenbank hat ein russisches Gericht am 5. September 2024 eine einstweilige Verfügung erlassen, mit der Aktien an der AO Raiffeisenbank mit sofortiger Wirkung einem temporären Übertragungsverbot unterliegen. Das Übertragungsverbot zielt darauf ab den Status quo, bis zur Klärung der Ansprüche von Rasperia, aufrecht zu erhalten. Aufgrund dieser Gerichtsentscheidung kann die RBI ihre Anteile an der AO Raiffeisenbank nicht übertragen, was die Bemühungen der RBI, eine Mehrheitsbeteiligung an der AO Raiffeisenbank zu verkaufen, erschwert und diesbezüglich zu weiteren Verzögerungen führen wird. Da der Antrag der AO Raiffeisenbank auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung abgelehnt wurde, legte die AO Raiffeisenbank am 27. September 2024 ein Rechtsmittel beim zuständigen Berufungsschiedsgericht in St. Petersburg ein. Am 5. Dezember 2024 bestätigte das Berufungsschiedsgericht die einstweilige Verfügung. Die AO Raiffeisenbank legte im Jänner 2025 Berufung beim Kassationsgericht in St. Petersburg ein, die am 24. März 2025 abgewiesen wurde. Es wird erwartet, dass die Verfügungsbeschränkung über die Aktien der AO Raiffeisenbank, die zur Sicherung der Zahlung von Schadenersatz an Rasperia auferlegt worden war, nach Zahlung des vollständigen Schadenersatzbetrages inklusive Zinsen, wie vom russischen Gericht der Region Kaliningrad der Rasperia zugesprochen, aufgehoben wird. In Folge des Abzugs des gesamten Betrags der Schadenersatzforderung einschließlich der Zinsen, die Rasperia durch das russische Urteil vom 20. Jänner 2025 zugesprochen wurden, hat die AO Raiffeisenbank am 23. Juli 2025 einen Antrag beim zuständigen russischen Gericht auf Aufhebung des temporären Übertragungsverbots gestellt. Die Entscheidung über diesen Antrag steht noch aus.

Konsumentenschutz

Kroatien

In Kroatien wurden in einem von einer Konsumentenschutzorganisation gegen die Raiffeisenbank Austria, d.d., Zagreb (RBHR) und andere kroatische Banken angestregten Verfahren zwei Klauseln für nichtig befunden, die in den Jahren zwischen 2003/2004 und 2008 in Kreditverträgen mit Konsumenten verwendet wurden. Dabei handelt es sich um eine Zinsanpassungs- und eine CHF-Index-Klausel. Gegen den Entscheid über die Zinsanpassungsklausel kann kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Das Urteil, wonach die CHF-Index-Klauseln unwirksam sind, wurde vom Obersten Gerichtshof des Landes und vom kroatischen Verfassungsgericht bestätigt. RBHR prüft die Möglichkeit, diese Entscheidung anzufechten und reichte im August 2021 einen Antrag beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Die Vergabe von CHF-indexierten Darlehen, die nach dem kroatischen Umwandlungsgesetz in Euro-indexierte Darlehen konvertiert wurden, war vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zur Vorabentscheidung anhängig. Im Mai 2022 veröffentlichte der EuGH eine Vorabentscheidung, aber gab, wie auch der kroatische Oberste Gerichtshof in einem Musterverfahren keine Antwort darauf, ob Konsumenten von bereits konvertierten Darlehen einen Anspruch auf zusätzliche Entschädigungen haben (neben den positiven Effekten, die sich aus der Konvertierung gemäß den Bestimmungen des kroatischen Konsumentenschutzgesetzes 2015 ergaben). Daher bleibt die Frage, ob Konsumenten Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung (ungeachtet der Konvertierung) haben, Sache der innerstaatlichen Gerichte, in erster Linie des kroatischen Obersten Gerichtshofs. Auf Grundlage der bereits zur Unwirksamkeit der Zinsanpassungs- und/oder der CHF-Index-Klausel ergangenen Entscheidungen machen Kreditnehmer jedoch bereits jetzt Ansprüche gegen die RBHR geltend. In seiner Sitzung im Dezember 2022 vertrat der kroatische Oberste Gerichtshof die Auffassung, dass sich der Anspruch der Verbraucher auf eine zusätzliche Entschädigung nur auf einen Betrag in Höhe der Verzugszinsen auf die bis zur Konvertierung der CHF-indexierten Darlehen in EUR-indexierte Darlehen im Jahr 2015 allfällig geleisteten Überzahlungen beschränkt. Im April 2023 teilte der Präsident des Obersten Gerichtshofs der Öffentlichkeit jedoch mit, dass die vertretene Rechtsansicht die Kontrolle durch den Registrar für die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs nicht bestanden habe. Der Registrar für die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs ist befugt, eine Entscheidung rückgängig zu machen, wenn er der Ansicht ist, dass sie nicht dem Gesetz entspricht. Inzwischen (Juli 2024) hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-554/21, C-622/21 und C-727/21 entschieden, dass eine solche Rechtspraxis (dass ein Richter/Registrar für die Rechtsprechung, der nicht am Entscheidungsprozess beteiligt war, eine endgültige Entscheidung eines anderen Richters oder Rates des Obersten Gerichtshofs stoppen kann) gegen EU-Recht verstößt. Die Harmonisierung des EuGH-Urteils mit der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs steht noch aus. Die Frage, ob Verbraucher aus konvertierten CHF-indexierten Krediten Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung haben, ist noch nicht geklärt. Eine mögliche Lösung (ob Verbraucher Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung haben oder nicht) wird voraussichtlich in den Einzelentscheidungen des kroatischen Obersten Gerichtshofs enthalten sein. Nur derartige Einzelentscheidungen können vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten werden. Angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Verjährung, der Wirksamkeit der CHF-Index-Klausel/erfolgten Konvertierung, der Berechnung der zusätzlichen Entschädigungen, der weiteren Vorgehensweise, des Ergebnisses des Vorabentsuchens und der Anzahl der Kreditnehmer, die diese Ansprüche geltend machen, lassen sich die Auswirkungen und der mögliche Schaden zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht endgültig beziffern. In diesem Zusammenhang wurde eine Rückstellung in Höhe von € 56 Millionen (Vorjahr: € 58 Millionen) berücksichtigt.

Polen

In Polen ist eine erhebliche Anzahl zivilrechtlicher Klagen hinsichtlich bestimmter vertraglicher Regelungen im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten an Konsumenten, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, anhängig. Zum 30. Juni 2025 lag der Gesamtstreitwert dieser Verfahren bei rund PLN 8.550 Millionen (€ 2.015 Millionen).

In diesem Zusammenhang hat sich ein polnisches Gericht an den Gerichtshof der europäischen Union (EuGH) gewandt, um klären zu lassen, ob bestimmte Klauseln dieser Verträge gegen europäisches Recht verstoßen und missbräuchlich verwendet wurden. Die im Oktober 2019 dazu in einem Vorabentscheidungsverfahren ergangene Entscheidung des EuGH (C-260/18) gibt keine Antwort bezüglich einer gänzlichen oder teilweisen Nichtigkeit der Kreditverträge, sondern lediglich eine Orientierungshilfe für die Interpretation, nach welchen Grundsätzen nationale Gerichte auf Einzelfallbasis zu entscheiden haben. Demnach soll ein Kreditvertrag ohne missbräuchliche Klauseln wirksam bleiben, solange dies mit nationalem Recht im Einklang steht. Sofern der Kreditvertrag allerdings ohne die missbräuchliche Klausel nicht mehr aufrechterhalten werden kann, würde der Vertrag insgesamt unwirksam. Sollte die Unwirksamkeit des gesamten Kreditvertrags mit wesentlichen negativen Konsequenzen für den Kreditnehmer verbunden sein, so kann die missbräuchliche Klausel von polnischen Gerichten im Einklang mit nationalem Recht durch eine wirksame Klausel ersetzt werden. Die Konsequenzen einer Unwirksamkeit des Vertrags müssen sorgfältig untersucht werden, sodass der Kreditnehmer alle potenziell negativen Folgen einer Unwirksamkeit bedenken kann.

In einem anderen Verfahren, in dem die RBI involviert ist, ersuchte das Bezirksgericht Warszawa-Wola in Warschau den EuGH um Vorabentscheidung über die Ausgestaltung der vertraglichen Regelungen zur Bestimmung der An- und Verkaufskurse für eine Fremdwährung im Falle von Hypothekendarlehen für Verbraucher, die auf eine Fremdwährung indexiert sind. In der Entscheidung vom 18. November 2021 in der Rechtssache C-212/20 vertrat der EuGH die Auffassung, dass der Inhalt einer Klausel eines Darlehensvertrags, die die Ankaufs- und Verkaufskurse einer Fremdwährung festlegt, an die das Darlehen gebunden ist, einem einigermaßen gut informierten und aufmerksamen Verbraucher auf der Grundlage klarer und verständlicher Kriterien ermöglichen muss, zu verstehen, wie der Wechselkurs der Fremdwährung festgelegt wird, der zur Berechnung der Höhe der Rückzahlungsraten verwendet wird. Aufgrund der in einer solchen Bestimmung angegebenen Information soll der Verbraucher in der Lage sein, jederzeit den vom Unternehmen angewendeten Wechselkurs selbst zu ermitteln. In der Begründung führte der EuGH aus, dass eine Bestimmung, die es dem Verbraucher nicht ermöglicht, den Wechselkurs selbst zu bestimmen, missbräuchlich ist. Darüber hinaus wies der EuGH darauf hin, dass das nationale Gericht, wenn die betreffende Klausel eines Verbrauchervertrags missbräuchlich ist, diese Klausel nicht auslegen darf, um ihre Missbräuchlichkeit zu beheben, selbst wenn diese Auslegung dem gemeinsamen Willen der Vertragsparteien entspricht. Nur wenn die Ungültigkeit der missbräuchlichen Klausel das nationale Gericht zur Aufhebung des gesamten Vertrags verpflichten würde, wodurch der Verbraucher besonders nachteiligen Folgen ausgesetzt wäre und damit bestraft würde, könnte das nationale Gericht diese Klausel durch eine ergänzende Bestimmung des nationalen Rechts ersetzen. Der EuGH hat es daher nicht vollständig ausgeschlossen, dass nationale Gerichte in solchen Fällen den Vertrag durch ergänzende Vorschriften des nationalen Rechts ergänzen können, aber Lücken dürfen nicht allein durch nationale Vorschriften allgemeiner Natur gefüllt werden, und ein solches Hilfsmittel darf nur in streng eingeschränkten Fällen, wie vom EuGH angegeben, angewendet werden. Die Beurteilung der Missbräuchlichkeit von Vertragsbestimmungen sowie die Entscheidung über die Vertragsergänzung nach Beseitigung missbräuchlicher Vertragsklauseln fallen jedoch weiterhin in die Zuständigkeit des nationalen Gerichts. Der EuGH hat in keiner Weise entschieden, ob infolge der vorgenannten Aktionen der gesamte Fremdwährungsvertrag nichtig erklärt werden soll.

Am 15. Juni 2023 gab der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-520/21 zu den Folgen der Nichtigklärung eines missbräuchliche Klauseln enthaltenden Hypothekendarlehensvertrags bekannt. Der an den CHF gekoppelte Hypothekendarlehensvertrag war mit der Begründung für nichtig erklärt worden, dass die Umrechnungsklauseln zur Bestimmung des Wechselkurses in PLN für Zwecke der monatlichen Raten missbräuchlich seien und dass der Darlehensvertrag nach Aufhebung der missbräuchlichen Klauseln nicht fortbestehen könne. Der EuGH stellte fest, dass das EU-Recht nicht ausdrücklich die Folgen der Nichtigklärung eines Verbrauchervertrags regelt. Die Bestimmung dieser Folgen obliegt der nationalen Gesetzgebung in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Diese nationalen Rechtsvorschriften müssen mit dem EU-Recht und den damit verfolgten Zielen vereinbar sein, insbesondere im Hinblick darauf, dass die Lage des Verbrauchers, in der er sich ohne den für nichtig erklärten Vertrag befunden hätte, wiederhergestellt wird und dass der vom EU-Recht angestrebte Abschreckungseffekt nicht gefährdet wird. Nach den Ausführungen des EuGH steht EU-Recht dem nicht entgegen, dass die Verbraucher von der Bank einen Ausgleich verlangen dürfen, der über die Erstattung der gezahlten monatlichen Raten und der zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kosten sowie die Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht. Allerdings ist es Sache der nationalen Gerichte zu beurteilen, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird, wenn solchen Forderungen des Verbrauchers stattgegeben wird. Im Gegensatz dazu steht EU-Recht dem entgegen, dass die Bank von dem Verbraucher einen Ausgleich verlangen darf, der über die Erstattung des zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kapitals sowie der Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht.

Weitere Konkretisierungen zu den Folgen der Nichtigklärung eines mit missbräuchlichen Klauseln behafteten Verbraucher-Hypothekendarlehensvertrags hat der EuGH in seinen Urteilen in den Rechtssachen C-756/22 vom 11. Dezember 2023 und C-488/23 vom 12. Januar 2024 und C-424/22 vom 8. Mai 2024 vorgenommen. An keinem dieser Verfahren war die RBI direkt beteiligt. In allen drei Fällen vertrat der EuGH die Auffassung, dass sich die von den vorliegenden Gerichten geforderte Auslegung des EU-Rechts eindeutig aus den früheren Urteilen, insbesondere aus dem im obigen Absatz ausführlich beschriebenen Urteil des EuGH in der Rechtssache C-520/21 vom 15. Juni 2023 ableiten lässt. In der Rechtssache C-756/22 stellte

der EuGH fest, dass die Bank nicht berechtigt ist, von einem Verbraucher die Zahlung von Beträgen zu verlangen, die über das in Erfüllung des Darlehensvertrags gezahlte Kapital und die gesetzlichen Verzugszinsen ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgehen, wenn ein Darlehensvertrag mit der Begründung nichtig erklärt wird, dass er missbräuchliche Klauseln enthält, ohne die er nicht weiter fortbestehen kann. In der Rechtssache C-488/23 stellte der EuGH fest, dass EU-Recht dem entgegensteht, dass Banken von einem Verbraucher – zusätzlich zur Erstattung der zur Vertragserfüllung gezahlten Kapitalbeträge und der gesetzlichen Verzugszinsen ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung – einen Ausgleich verlangen, der in einer gerichtlichen Anpassung der dem gezahlten Kapitalbetrag entsprechenden Leistung im Falle einer wesentlichen Änderung der Kaufkraft der betreffenden Währung nach der Zahlung dieses Kapitals an den betreffenden Verbraucher besteht. In der Rechtssache C-424/22 vom 8. Mai 2024 stellte der EuGH fest, dass die Bank nicht berechtigt ist ein Zurückbehaltungsrecht geltend zu machen, wenn ein Kreditvertrag mit der Begründung nichtig wird, dass er missbräuchliche Klauseln enthält und die Bank daher zu Rückzahlungen an einen Verbraucher verpflichtet ist. Dies bedeutet, dass die Bank eine derartige Zahlung nicht zurückhalten darf, bis der Schuldner alle Beträge zurückgezahlt hat, die er im Rahmen des Kreditvertrags von der Bank erhalten hat.

Wie sich die zuvor genannten EuGH-Urteile auf die Entscheidungen polnischer Gerichte in einzelnen zivilrechtlichen Verfahren auswirken, kann aufgrund der Komplexität und Unterschiedlichkeit von fallspezifischen Faktoren und möglicherweise unterschiedlichen Zusammenhängen und rechtlichen Feinheiten nicht abschließend eingeschätzt werden.

Am 25. April 2024 verabschiedete die gesamte Zivilkammer des polnischen Obersten Gerichts (das „OG“) einen Beschluss zu rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Darlehen, die an eine Fremdwährung gekoppelt oder in Fremdwährung denominiert sind. Im Einklang mit den Urteilen des EuGH entschied das OG, dass, wenn eine Vertragsklausel, die sich auf einen Indexierungsmechanismus bezieht, als rechtswidrig und nicht bindend angesehen wird, sie nicht durch eine andere Methode zur Bestimmung des Wechselkurses ersetzt werden kann, die sich aus gesetzlichen Bestimmungen oder etablierten Gepflogenheiten ergibt und dass der Darlehensvertrag im verbleibenden Umfang nicht bindend ist. Die Entscheidung darüber, ob eine Vertragsklausel missbräuchlich ist, obliegt dem Gericht, das mit dem Fall des konkreten Darlehensvertrags befasst ist. Ist ein Darlehensvertrag aufgrund rechtswidriger Klauseln nicht bindend, haben beide Parteien einen gesonderten Anspruch auf die Rückzahlung zu Unrecht geleisteter Zahlungen: die Bank auf Rückzahlung des Kapitals und der Kreditnehmer auf Rückzahlung von Zahlungen. Das OG fand keine Rechtfertigung für eine gegenseitige Beilegung der Ansprüche der Parteien durch das Gericht während der Verhandlung des Falles. Die Verjährungsfrist für den Anspruch der Bank auf Rückzahlung der im Rahmen des Kredits gezahlten Beträge beginnt grundsätzlich mit dem Tag, der auf den Tag folgt, an dem der Kreditnehmer die bindende Wirkung des Kreditvertrags gegenüber der Bank angefochten hat. Der Beginn der Verjährungsfrist hängt somit vom Verhalten des Verbrauchers ab und sollte daher für jeden Vertrag individuell geprüft werden. Mit dieser Entscheidung wurde eine frühere Entscheidung des OG geändert, die vorsah, dass die Verjährungsfrist für den Anspruch der Bank beginnt, nachdem der Verbraucher über die möglichen Folgen einer Ungültigkeitserklärung des Kreditvertrags informiert wurde und der Verbraucher einer solchen Ungültigkeitserklärung zustimmt. Das OG schloss außerdem aus, dass eine Partei Zinsen oder eine andere Vergütung für die Verwendung ihrer Mittel in der Zeit zwischen der ungerechtfertigten Zahlung und der Verzögerung bei der Rückerstattung der Zahlung verlangen kann. Obwohl der Beschluss gefasst wurde, um die aufkommenden Auslegungsfragen im Zusammenhang mit Streitigkeiten über Kredite in Schweizer Franken zu klären, sind die daraus resultierenden Schlussfolgerungen auch auf Kredite in anderen Währungen, einschließlich Kredite in Euro, anwendbar.

Der obige Beschluss des OG in Verbindung mit dem früheren EuGH-Urteil bedeutet, dass in Polen tätige Banken die Fremdwährungsportfolien halten, darunter auch RBI, keine zusätzliche Vergütung und/oder Valorisierung im Zusammenhang mit derartigen nichtig erklärten Verträgen, wie oben dargelegt, fordern können. Banken sollen lediglich die Möglichkeit haben, die Rückzahlung des dem Kunden bei Kreditvergabe bereitgestellten Kapitals einzufordern. Dies berührt nicht die Möglichkeit, die Zahlung von Verzugszinsen zu verlangen, sofern die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Was die Forderung der Banken auf Rückzahlung des Kapitals betrifft, könnten die im Beschluss des OG enthaltenen Leitlinien und die derzeitige Praxis durch das unten angeführte Urteil des EuGH vom 19. Juni 2025 beeinflusst werden.

Am 19. Juni 2025 erließ der EuGH ein weiteres Urteil in der Rechtssache C-396/24. Darin stellte er fest, dass die Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen Banken daran hindert, die vollständige Rückzahlung des ausgezahlten Nominalbetrags eines für nichtig erklärten Kreditvertrags zu verlangen, ohne vorherige Rückzahlungen des Verbrauchers zu berücksichtigen (Aufrechnungstheorie). Dieses Urteil könnte die aktuelle Rechtsprechung polnischer Gerichte beeinflussen, die gemäß dem Beschluss des Obersten Gerichtshofs Polens vom 25. April 2024 (wie oben ausführlich beschrieben) die Theorie der „zwei Forderungen“ anwendet. Danach können Banken die vollständige Rückzahlung der im Rahmen eines für nichtig erklärten Vertrags gezahlten Beträge verlangen, unabhängig von den geleisteten Rückzahlungen und dem verbleibenden geschuldeten Restbetrag. Diese Theorie diene auch als Grundlage für Banken, die ehemalige Kreditnehmer klagen um die Kapitalrückzahlung zu sichern. Darüber hinaus verbietet das Urteil die sofortige Vollstreckbarkeit von Entscheidungen zugunsten von Banken, sofern kein angemessener Verbraucherschutz besteht. Die möglichen Auswirkungen auf die polnische Rechtsprechung bleiben ungewiss. Mögliche Resultate reichen von der Annahme einer Aufrechnungstheorie bis hin zur Beibehaltung bestehender Rechtsrahmen, da die Interpretation dieses EuGH-Urteils durch die Gerichte unterschiedlich ausfallen kann.

Polnische ordentliche Gerichte haben dem EuGH mehrere weitere Fragen zur Auslegung der Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen im Zusammenhang mit Fremdwährungsdarlehen vorgelegt. Zu den Fragen gehören unter anderem die Rechtmäßigkeit der Verpflichtung von Verbrauchern zur Zahlung von Rechtskosten, die Unterbrechung der Verjährungsfristen für Forderungen der Banken, die Behandlung verjährter Ansprüche, die Aufrechnungsrechte von Banken, die Erstattung von Versicherungskosten und die Gültigkeit von Vertragsanhängen. Ziel dieser Anfragen ist es, die Vereinbarkeit nationaler Gesetze mit den EU-Verbraucherschutzstandards zu klären.

Die seit 2020 eingegangenen Klagen wurden hauptsächlich durch die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache C-260/18 und die gestiegenen Marketingaktivitäten von Anwaltskanzleien, die für Kreditnehmer tätig sind hervorgerufen. Im ersten Halbjahr 2025 verzeichnete die polnische Filiale 2.543 neue Klagen (Vergleichsperiode: 3.284 Klagen), in der Berichtsperiode wurden durchschnittlich 424 neue Klagen pro Monat (davon 337 Klagen für Schweizer Franken-Kredite und 87 Klagen für Euro-Kredite) eingebracht. Der Eingang neuer Fälle könnte aufgrund der steigenden Zahl von Vergleichen zwischen der polnischen Filiale der RBI und Kreditnehmern weiter zurückgehen.

Darüber hinaus haben sich polnische Gerichte mit weiteren Vorabentscheidungsersuchen in anderen zivilrechtlichen Verfahren an den EuGH gewandt. Diese Entscheidungen könnten zu weiteren Klärstellungen durch den EuGH führen und einen Einfluss darauf haben, wie gerichtsanhängige Verfahren im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten von nationalen polnischen Gerichten entschieden werden.

Die Folgenabschätzung für Kreditverträge, die an eine Fremdwährung gekoppelt sind oder auf eine Fremdwährung lauten, kann auch von dem Ergebnis eines laufenden verwaltungsgerichtlichen Verfahrens aufgrund eines Rechtsmittels der polnischen Filiale der RBI gegen eine Entscheidung des Präsidenten des Amts für Wettbewerb und Verbraucherschutz (UOKiK) beeinflusst werden. In der angefochtenen Entscheidung wurde behauptet, dass die polnische Niederlassung der RBI an Praktiken beteiligt war, die kollektive Verbraucherinteressen verletzen. Dies führte zu einer Verwaltungsstrafe gegen die polnische Filiale sowie zur Verpflichtung, den Kreditnehmern Informationen über den Verstoß zur Verfügung zu stellen, falls die Verwaltungsentscheidung rechtskräftig wird. Im Juni 2025 wies das Gericht für Wettbewerbs- und Verbraucherschutz (SOKiK) die Beschwerde der RBI gegen die Entscheidung vollständig ab. Die RBI hat um eine schriftliche Begründung des Urteils gebeten und wird nach Prüfung der Begründung entscheiden, ob sie Berufung beim Berufungsgericht in Warschau einlegen wird.

Darüber hinaus leitete der polnische Finanz-Ombudsmann, der im Namen von zwei Kreditnehmern handelte, ein Zivilverfahren gegen die RBI ein, in dem die Anwendung unlauterer Geschäftspraktiken gegenüber Verbrauchern in einem Fall behauptet wird, in dem die RBI – nach Aufhebung eines Kreditvertrags – den vollen ursprünglich ausgegebenen Kreditbetrag ohne zwischenzeitlich geleistete Rückzahlungen sowie für die Verwendung von Kapital durch die Kreditnehmer fällige Beträge, aufgrund des Grundsatzes der ungerechtfertigten Bereicherung eingefordert hatte und verlangt, diese Praxis einzustellen. Im Mai 2023 wurde die Klage des Finanz-Ombudsmanns in erster Instanz abgewiesen. Laut Register des Berufungsgerichts legte der Finanz-Ombudsmann Berufung gegen dieses Urteil ein, die Berufung wurde der RBI jedoch noch nicht zugestellt.

Die RBI ist zudem Klägerin in einer Anzahl laufender Zivilprozesse im Zusammenhang mit bereits beendeten Hypothekarkrediten, die in Schweizer Franken oder Euro denominiert oder an diese Währungen gekoppelt waren. Der Gesamtstreitwert belief sich zum 30. Juni 2025 auf rund PLN 205 Millionen (€ 48 Millionen). Die Ansprüche der RBI beziehen sich auf Kapital und Zinsen, die aufgrund rechtlicher Einwände nicht gezahlt wurden. Die Klagen werden auf vertraglicher Grundlage oder auf der Grundlage ungerechtfertigter Bereicherung erhoben. Darüber hinaus hat die RBI eine Reihe von Gerichtsverfahren aufgrund von Gegenforderungen auf Rückzahlung des Kapitals gegen Kreditnehmer eingeleitet, falls diese die Gültigkeit des Fremdwährungshypothekarkredits gegenüber der RBI anfechten. Die Einreichung der Klagen dient der Sicherung der Ansprüche der RBI und soll deren Verjährung verhindern.

Zum 30. Juni 2025 belief sich der Gesamtstreitwert dieser Verfahren auf PLN 1,674 Milliarden (€ 395 Millionen). Weitere Verfahren werden voraussichtlich bis Ende 2025 eingeleitet werden. Die Entscheidung über die Einreichung solcher Klagen wird in den kommenden Jahren von der Entwicklung der nationalen Rechtsprechung und möglichen Gesetzesinitiativen abhängen.

Die RBI hat für die in Polen eingebrachten und erwarteten Klagen für Schweizer-Franken- und Euro-Kredite inklusive Verzugszinsen, die an Kunden zu zahlen sein werden, vorgesorgt. Da Klagen von einer Reihe von Kunden eingebracht wurden, basiert diese Rückstellung auf einem statistischen Ansatz, der sowohl statistische Daten, soweit diese relevant sind, als auch Expertenmeinungen berücksichtigt. In diesem Kapitel umfasst der Begriff Rückstellung Vorsorgen gemäß IFRS 9, bei denen der Bruttobuchwert aufgrund einer Anpassung der erwarteten zukünftigen Cashflows um den rückzustellenden Betrag reduziert wird, sowie Rückstellungen gemäß IAS 37.

Die RBI hat ein Portfolio von rund 19,8 Tausend aktiven CHF-Darlehen mit einer Gesamtaushaftung von rund € 1,4 Milliarden und rund 10,2 Tausend CHF-Darlehen, die bereits getilgt wurden. Dies beinhaltet auch Darlehen, von welchen nicht erwartet wird, dass sie Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten werden. Zusätzlich hat die RBI rund 9,0 Tausend in Euro vergebene Darlehen mit einem Volumen von knapp € 400 Millionen ausstehend. Rund 9,0 Tausend weitere in Euro vergebene Darlehen wurden bereits zurückbezahlt.

Die sich daraus ergebende Rückstellung beträgt € 2.122 Millionen (Vorjahr: € 2.071 Millionen), davon € 1.977 Millionen für Schweizer-Franken- und € 145 Millionen für Euro-Kredite. Die Gesamthöhe der Rückstellung stellt die bestmögliche Schätzung des zukünftigen Abflusses von wirtschaftlichem Nutzen dar. Bei der Berechnung der Rückstellung für in Polen eingereichte Klagen ist es notwendig, sich eine Meinung zu Sachverhalten zu bilden, die grundsätzlich ungewiss sind, wie beispielsweise regulatorische Verlautbarungen, die Anzahl zukünftiger Klagen, der Umfang, in dem diese aufrechterhalten werden, und die Auswirkungen von Rechtsentscheidungen, die für eingegangene Klagen relevant sein können.

Es verbleiben somit eine Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Folglich könnten die tatsächlichen Kosten von den Schätzungen der RBI und den ihnen zugrunde liegenden Annahmen abweichen. Dies könnte dazu führen, dass eine weitere Rückstellung erforderlich wird. Die wesentlichen, quantifizierbaren Unsicherheiten in Bezug auf die Berechnung der Rückstellung beziehen sich auf eine potenzielle Reduzierung der Diskontierungsperiode, einen Rückgang des Abzinsungssatzes, einen Anstieg der

erwarteten Klagen für ausstehende und getilgte Kredite und einer Erhöhung des durchschnittlichen Verlusts pro Kreditfall für ausstehende und getilgte Kredite.

Rumänien

Im Mai 2023 hat die rumänische Verbraucherschutzbehörde (ANPC) die Methode bestritten, wie Raten im Zusammenhang mit Verbraucherkrediten berechnet werden, und behauptet, dass Rückzahlungspläne mit festen Raten, die sich zu Beginn der Rückzahlung aus einem größeren Zinsanteil und einem geringeren Kapitalanteil zusammensetzen, für Verbraucher nachteilig seien und daher zu gleichen Teilen aus Kapital und Zinsen bestehen sollten. Sie erließ eine Anordnung, diese Praxis einzustellen, aber eine Reihe von Banken, darunter die rumänische Netzwerkbank der RBI, Raiffeisen Bank SA, Bukarest, haben vor Gericht eine Aussetzung der Anwendung dieser ANPC-Maßnahme erwirkt. Da der Inhalt der Anordnung unklar ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgestellt werden, ob es zu negativen finanziellen Auswirkungen auf Raiffeisen Bank SA, Bukarest kommen wird und, wenn ja, welcher mögliche Schaden damit verbunden ist. Im Falle einer zwingenden Änderung der Rückzahlungspläne könnten die Auswirkungen jedoch erheblich sein. Im Mai 2023 hat Raiffeisen Bank SA, Bukarest die Gültigkeit der „Feststellungen“ der ANPC vor Gericht angefochten und das Gericht hat entschieden, dass die ANPC-Maßnahme ausgesetzt werden soll, bis es eine endgültige gerichtliche Entscheidung im Anfechtungsverfahren gibt. Im Juni 2025 gewann die Raiffeisen Bank SA, Bukarest das Verfahren gegen die Feststellungen. Da diese Entscheidung rechtskräftig ist, kann der Prozess bezüglich der ANPC-Anordnung fortgesetzt werden.

Im Juni 2024 erhielt Raiffeisen Bank SA, Bukarest einen weiteren ANPC-Bericht, der im Wesentlichen auch den gesamten rumänischen Bankenmarkt betrifft und auf einer ANPC-Untersuchung darüber basiert, wie Banken der Verpflichtung zur ausreichenden Information der Kund:innen nachkommen. Basierend auf dem Vorwurf einer „betrügerischen Praxis“ der Banken verlangt der Bericht von den Banken, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Bei Verbraucherkrediten mit variablen Zinssätzen ist ANPC der Meinung, dass die Banken einen Zinssatz hätten anwenden sollen, der aus einem öffentlichen Index (wie ROBOR, EURIBOR, etc.) plus einer Marge besteht, und nicht eine Art „Marktzinssatz“ (nicht an einen öffentlichen Index gebunden). Somit müssten variable Zinssätze, die als „Marktzinssätze“ ausgestaltet sind, auch rückwirkend, neu berechnet werden, indem vom anfänglichen variablen Zinssatz der zu Beginn der ersten variablen Zinsperiode gültige öffentliche Index abgezogen wird. Die Differenz würde dann als Marge auf den öffentlichen Index angewendet, der für die jeweilige variable Zinsperiode gilt, und das Ergebnis würde den Zinssatz für diese Periode darstellen. Da sich die Ratenzahlungen aus Zins- und Tilgungszahlungen zusammensetzen, unterliegen alle Komponenten einer Neuberechnung, als ob der Index plus Marge von Anfang an angewendet worden wäre. (ii) Bei CHF-Darlehen müssten die ausstehenden Kapitalbeträge sowie die Raten neu berechnet werden, indem das CHF-Exposure zu dem zum Datum der jeweiligen Kreditverträge gültigen Wechselkurs in Euro umgerechnet wird und die Raten berechnet werden, als ob die Kredite in Euro gewährt worden wären, jedoch unter Anwendung des CHF-Zinssatzes. Beide Maßnahmen scheinen sowohl für laufende Kredite als auch für Kredite zu gelten, die in den letzten sechs Monaten vor dem Datum des ANPC-Berichts (7. Juni 2024) zurückgezahlt wurden. Raiffeisen Bank SA, Bukarest ist der Meinung, dass sie rechtskonform gehandelt hat und hat gegen den ANPC Bericht Rechtsmittel eingelegt. Beide von der ANPC beschlossenen Maßnahmen sind ausgesetzt, bis eine endgültige gerichtliche Entscheidung in der Sache vorliegt. Sollte diese Klage abgewiesen werden, wird dies infolge der beiden zuvor erwähnten Neuberechnungsmaßnahmen, zu Rückzahlungen an Kund:innen führen.

Bankgeschäft

RBI ist in einem Rechtsstreit mit einem Unternehmen auf den Cayman Islands (Cayman Islands Gesellschaft) und anderen Gegenparteien (einschließlich mehrerer Tochterunternehmen und einem Vorstandsmitglied der Cayman Islands Gesellschaft) beteiligt, bei dem es um die Nichtzahlung unter Garantien geht, die von der früheren Muttergesellschaft der Cayman Islands Gesellschaft (Muttergesellschaft) gegeben wurden. Im August 2019 leitete die RBI ein Verfahren gegen die Cayman Islands Gesellschaft (und weitere Gegenparteien) beim Grand Court of the Cayman Islands, Financial Services Division (dem Gerichtshof der Cayman Islands) ein. In diesen Verfahren macht RBI, allgemein formuliert, geltend, dass die Muttergesellschaft durch eine Reihe betrügerischer Transfers (das Betrugsschema) ihrer Vermögenswerte beraubt wurde, um die Durchsetzung von Garantien zugunsten der RBI zu verhindern. Im September 2019 erwirkte die RBI eine einstweilige Verfügung gegen die Cayman Islands Gesellschaft, die die Möglichkeit, über ihr Vermögen zu verfügen, einschränkte (die Freezing Order), bis das Verfahren vor dem Gerichtshof der Cayman Islands entschieden wird. Im November 2019 reichte die Cayman Islands Gesellschaft eine Bestreitung und eine Gegenklage vor dem Gerichtshof der Cayman Islands ein, die darin enthaltene Gegenklage in Höhe von € 203 Millionen gegen die RBI. Die Cayman Islands Gesellschaft baut ihre Gegenklage dabei auf Dokumenten auf, deren Vorlage die Cayman Islands Gesellschaft bislang verweigert hat. Das Verfahren vor dem Gerichtshof der Cayman Islands wurde im Jahr 2020 um weitere Gegenparteien erweitert. Im Dezember 2021 wies das Berufungsgericht der Cayman Islands die Versuche der Cayman Island Gesellschaft und anderer Gegenparteien ab, die Freezing Order und die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Cayman Islands anzufechten. Diese Anträge wurden abgelehnt und der RBI ein Kostenersatz zugesprochen. Im Jahr 2023 änderte die RBI ihre Klage ab, nahm ein Vorstandsmitglied der Cayman Island Gesellschaft (Vorstandsmitglied) als Gegenpartei in die Verfahren vor dem Gerichtshof der Cayman Islands auf und erhöhte ihre Schadensersatzforderung von rund € 44 Millionen auf rund € 106 Millionen, zuzüglich Zinsen und Kosten. Über einen Antrag des Vorstandsmitglieds auf Anfechtung der Zuständigkeit und seine Miteinbeziehung in das Verfahren vor dem Gerichtshof der Cayman Islands wurde im Februar 2025 verhandelt und dieser Antrag im April 2025 abgewiesen, wobei RBI ein Kostenersatz zugesprochen wurde. RBI erwartet die Klagebeantwortung seitens des Vorstandsmitglieds. Weitere damit verbundene Verfahren oder Anträge wurden von der Cayman Island Gesellschaft und/oder Gegenparteien innerhalb ihrer Unternehmensgruppe gegen die RBI eingebracht, unter anderem in Malta, British Columbia (Kanada) und Massachusetts (USA). Der Antrag in Massachusetts wurde vom Gericht abgewiesen. Die verbleibenden Verfahren in Malta und British Columbia werden ausgefochten, aber nur mit dem Ziel von Feststellungen und nicht eines Schadensersatzanspruches.

Im Februar 2025 wurde der Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft (Kathrein), einer Tochtergesellschaft der RBI, eine beim Handelsgericht Wien eingebrachte Schadensersatzklage in Höhe von € 50 Millionen im Zusammenhang mit Malversationen eines früheren Mitarbeiters der Kathrein zugestellt. Obwohl Kathrein den Kläger in Höhe des ursprünglich der Malversation zugrunde liegenden Betrags bereits entschädigt hatte, konnte sie mit dem Kläger keine außergerichtliche Einigung über die Höhe des damit verbundenen hypothetischen Gewinnausfalls erzielen. Der geforderte Betrag ist deutlich höher als der von Kathrein berechnete Betrag, der auch durch ein externes Gutachten gestützt wird. Aufgrund der Rechtseinschätzung der Kathrein wurde eine Rückstellung in angemessener Höhe gebildet.

Durchsetzung durch Regulierungsbehörden

Im September 2018 wurden im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens zwei Verwaltungsstrafen in Höhe von insgesamt PLN 55 Millionen (€ 13 Millionen) gegen Raiffeisen Bank Polska S.A (RBPL), die ehemalige polnische Tochtergesellschaft der RBI, verhängt, da sie ihren Pflichten als Verwahrstelle und Liquidator bestimmter Investmentfonds angeblich nicht nachgekommen ist. Die RBPL als Verwahrstelle von Investmentfonds hat im Februar 2018 die Rolle des Liquidators für bestimmte Fonds übernommen. Nach Einschätzung der polnischen Finanzaufsichtsbehörde (KNF) ist die RBPL bestimmten Verpflichtungen in ihrer Funktion als Depotbank und Liquidator der Fonds nicht nachgekommen. Im Zuge der Transaktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Kernbankengeschäfts der RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. hat die RBI die Verantwortung für die dargelegten Verwaltungsverfahren und die damit verbundenen Strafen übernommen. Die RBI hat gegen sämtliche Strafen Berufung eingelegt. Im September 2019 hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft der Berufung der RBI in Bezug auf die Strafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) bezüglich der Pflichten der RBPL als Depotbank stattgegeben und die Entscheidung der KNF vollständig aufgehoben. Die KNF legte gegen das Urteil Kassationsbeschwerde ein. Im Hinblick auf die Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 12 Millionen) in Bezug auf die Funktion der RBPL als Liquidator hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft die Berufung abgewiesen und die Entscheidung der KNF vollständig bestätigt. Die RBI hat beim Obersten Verwaltungsgericht Kassationsbeschwerde eingelegt, da sie der Ansicht ist, dass die RBPL all ihren Pflichten vollumfänglich nachgekommen ist. Im April 2023 verwies das Oberste Verwaltungsgericht den Fall bezüglich der Geldstrafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) zur erneuten Prüfung an das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft zurück. Weiters hat das Oberste Verwaltungsgericht die Kassationsbeschwerde der RBI bezüglich der Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 12 Millionen) abgewiesen. Diese ist nunmehr final. Allerdings legte die RBI im Oktober 2023 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde in Bezug auf dieses Urteil ein. Im Oktober 2023 hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft die Berufung der RBI abgewiesen und die Entscheidung der KNF, welche die Strafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) gegen die RBI aufgrund angeblicher Pflichtverletzung als Depotbank für bestimmte Investmentfonds verhängte, bestätigt. Gegen dieses Urteil wurde beim Obersten Verwaltungsgericht Kassationsbeschwerde eingelegt. Im Februar 2025 hat das Oberste Verwaltungsgericht die Kassationsbeschwerde der RBI bezüglich der Geldstrafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) abgewiesen. Diese ist nunmehr final. Beide Geldstrafen, d. h. die Geldstrafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) und die Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 12 Millionen), wurden bereits bezahlt.

In diesem Zusammenhang wurden mehrere Einzelklagen und vier Sammelklagen, in denen Ansprüche von Inhaber:innen von Zertifikaten der oben genannten Investmentfonds zusammengefasst werden, gegen die RBI eingereicht. Der Gesamtstreitwert per 30. Juni 2025 beträgt rund PLN 81 Millionen (€ 19 Millionen). Darüber hinaus wurde die RBI darüber informiert, dass dem Gericht eine Änderung der Klageschrift vorgelegt wurde, die zu einer Erhöhung des Gesamtstreitwerts um rund PLN 91 Millionen (€ 21 Millionen) führen könnte. Diese Änderung wurde der RBI jedoch noch nicht zugestellt. Die Kläger im Rahmen der Sammelklagen fordern, dass die Verantwortung der RBI für die behaupteten mangelhaften Leistungen der RBPL (deren Rechtsnachfolgerin die RBI ist) als Depotbank festgestellt wird. Eine derartige Feststellung würde die finanziellen Ansprüche der Kläger für weitere Rechtsstreitigkeiten sichern und erleichtern. Aufgrund der Rechtseinschätzung der RBI wurde keine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus hat die RBI eine Anzahl von Benachrichtigungen über Ansprüche seitens BNP im Zusammenhang mit bestimmten Bankgeschäften, für die BNP Rechtsnachfolger der RBPL ist, erhalten. Diese Forderungsmittelungen beziehen sich hauptsächlich auf Verwaltungsverfahren, die von der KNF (Polish Financial Supervision Authority) im Zusammenhang mit angeblichen Versäumnissen der RBPL/BNP als Verwahrer von Investmentfonds durchgeführt wurden, und können zu Geldstrafen führen. Darüber hinaus wurden in diesem Zusammenhang Ansprüche von Anleger gegenüber der BNP erhoben. Die RBI unterstützt die BNP in diesen Zusammenhang. Die finanziellen Auswirkungen sind derzeit nicht abschätzbar.

Steuerfälle

Am 7. Juli 2024 wurde ein Antrag auf Vorabentscheidung vom österreichischen Bundesfinanzgericht an den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) gestellt, mit der Frage, ob die folgende Umsatzsteuerbefreiung des § 6 Abs. 1 Z 28 zweiter Satz österreichisches Umsatzsteuergesetz (UStG) eine staatliche Beihilfe gemäß Art. 107 Abs. 1 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union darstellt. Gemäß § 6 Abs.1 Z 28 zweiter Satz UStG sind sonstige Leistungen steuerfrei, die zwischen Unternehmen erbracht werden, die überwiegend Bank-, Versicherungs- oder Pensionskassenumsätze ausführen, soweit diese Leistungen unmittelbar zur Ausführung der genannten steuerfreien Umsätze verwendet werden, und für die Personalgestellung dieser Unternehmer an die im ersten Satz des § 6 Abs.1 Z 28 UStG genannten Zusammenschlüsse. Auf Grundlage dieser Regelung hat die RBI umsatzsteuerbefreite Leistungen erbracht und erhalten. Sollte der EuGH entscheiden, dass es sich bei der Steuerbefreiung um eine (verbotene) staatliche Beihilfe handelt, ist damit zu rechnen, dass diese staatliche Beihilfe für die Vergangenheit (maximal für zehn Jahre) zurückgefordert wird. Es wird erwartet, dass sich daraus Rückzahlungsverpflichtungen der RBI und mancher ihrer österreichischen Tochtergesellschaften in der Gesamthöhe von rund € 20 Millionen ergeben könnten. In Höhe der erwarteten Rückzahlungsverpflichtung wurde eine Rückstellung gebildet. Im Juli 2024 wurde eine Änderung des

österreichischen Umsatzsteuergesetzes beschlossen, wonach die Umsatzsteuerbefreiung in § 6 Abs. 1 Nr. 28 Satz 2 UStG mit 1. Jänner 2025 entfiel. Am 5. Mai 2025 entschied der EuGH, dass der Antrag auf Vorabentscheidung des österreichischen Bundesfinanzgerichts unzulässig ist. Das österreichische Bundesfinanzgericht stellte am 30. Mai 2025 einen neuen Antrag auf Vorabentscheidung. Infolge dieser Verfahrensschritte ergaben sich keine Änderungen bei der Rückstellungsbildung.

(39) Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen mit einem maßgeblichen Einfluss sind im Wesentlichen die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, Wien, als größter Einzelaktionär und ihre Muttergesellschaft, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien, sowie deren vollkonsolidierte Unternehmen. Unter verbundenen Unternehmen sind wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierte verbundene Unternehmen dargestellt. Die Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen beschränken sich auf Bankgeschäfte, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden. Darüber hinaus besitzen die Vorstände Aktien der RBI AG. Detaillierte Informationen dazu sind auf der RBI-Homepage ersichtlich.

30.6.2025	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at- equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	73	507	1.089	1.001
Eigenkapitalinstrumente	1	220	663	219
Schuldverschreibungen	42	0	110	74
Kredite und Forderungen	30	287	316	708
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.384	116	4.819	1.234
Einlagen	2.384	116	4.818	1.234
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	1	0
Sonstige Posten	109	84	540	185
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	102	84	510	135
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	7	0	30	50
Nominalwert von Derivaten	132	0	129	3.139
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-2	0	0

31.12.2024	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at- equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	88	428	1.006	960
Eigenkapitalinstrumente	1	206	665	211
Schuldverschreibungen	42	0	84	58
Kredite und Forderungen	45	222	257	691
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.285	153	5.117	1.046
Einlagen	2.285	153	5.116	1.046
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	1	0
Sonstige Posten	87	24	545	150
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	64	24	523	131
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	23	0	22	19
Nominalwert von Derivaten	91	0	205	1.094
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-3	0	0

1.1.-30.6.2025	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at- equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Zinserträge	1	6	7	8
Zinsaufwendungen	-26	-1	-55	-19
Dividenerträge	0	11	39	3
Provisionserträge	3	9	6	3
Provisionsaufwendungen	-4	0	-8	-13
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-5	0	0

1.1.-30.6.2024	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Zinserträge	1	4	8	7
Zinsaufwendungen	-45	-2	-79	-37
Dividenderträge	0	15	33	3
Provisionserträge	2	20	6	5
Provisionsaufwendungen	-2	-2	-6	-12
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	3	2	0

(40) Mitarbeiter:innen

in Vollzeitäquivalenten	1.1.-30.6.2025	1.1.-30.6.2024 ¹
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl	42.856	44.876
davon Angestellte	42.707	44.705
davon Arbeiter	149	171
in Vollzeitäquivalenten	30.6.2025	31.12.2024
Stichtagsbezogene Mitarbeiteranzahl	42.765	42.564
davon Inland	5.104	5.071
davon Ausland	37.661	37.493

¹ Adaptierung der Vorperiode aufgrund geänderter Zuordnung

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter:innen sank im Jahresabstand um 2.020 Vollzeitäquivalente auf 44.876, vorwiegend aufgrund des Verkaufs der belarussischen Konzerneinheiten (minus 1.618) und in Russland (minus 1.040). Demgegenüber ergaben sich Anstiege insbesondere in Ungarn (plus 465), in der Konzernzentrale (plus 118) und in Tschechien (plus 101).

Regulatorische Angaben

(41) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Die RBI unterliegt den Eigenmittelerfordernissen gemäß Artikel 92 CRR sowie dem kombinierten Kapitalpuffererfordernis gemäß BWG, das einen Kapitalerhaltungspuffer (§ 22 BWG), einen Systemrisikopuffer (§ 23e BWG), einen Kapitalpuffer für systemrelevante Institute (§ 23d BWG) und einen antizyklischen Kapitalpuffer (§ 23a BWG) umfasst. Ab dem 1. Juli 2025 ist die RBI zudem verpflichtet, den neu eingeführten sektoralen Systemrisikopuffer für risikogewichtete Aktiva im Bereich der gewerblichen Immobilien in Österreich einzuhalten (§ 23d (7) BWG). Eine Verletzung dieser Anforderungen könnte zu Einschränkungen bei Dividendenausschüttungen und Kuponzahlungen führen.

Das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer (SyRP) und einen Kapitalpuffer für systemrelevante Banken (O-SII-Puffer) für die RBI zu verordnen. Seit 1. Jänner 2025 beträgt der SyRP 1 Prozent auf konsolidierter und 0,50 Prozent auf unkonsolidierter Ebene, der O-SII-Puffer 1,75 Prozent sowohl auf konsolidierter als auch auf unkonsolidierter Ebene. Der Kapitalerhaltungspuffer beträgt 2,5 Prozent. Der ab dem 1. Juli 2025 neu eingeführte sektorale Systemrisikopuffer für risikogewichtete Aktiva im Bereich der gewerblichen Immobilien in Österreich beträgt 1 Prozent und ist auf konsolidierter sowie auf Einzelbasis einzuhalten. Der antizyklische Kapitalpuffer hingegen wurde in Österreich auf 0 Prozent festgesetzt, ergibt jedoch auf Basis jener Pufferraten, die in anderen EU-Mitgliedsstaaten für Banken festgelegt werden, und der entsprechenden gewichteten Durchschnittsberechnung des Geschäfts der RBI 0,66 Prozent.

Darüber hinaus schreibt die EZB der RBI auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Prozesses (SREP) zusätzliches Kapital (Pillar 2 Capital Requirement, P2R) in Höhe von 2,79 Prozent vor, um Risiken abzudecken, die in Säule 1 nicht ausreichend berücksichtigt sind. Diese Anforderungen gelten seit 1. Jänner 2025 auf konsolidierter Ebene. Zudem erwartet die EZB die Einhaltung der Pillar 2 Guidance (P2G) in Höhe von 1,25 Prozent.

Die Kapitalanforderungen wurden laufend eingehalten, und zum 30. Juni 2025 ergab sich für die harte Kernkapitalquote (inkl. kombinierten Kapitalpuffererfordernisse) ein Erfordernis in Höhe von 11,98 Prozent, unter Berücksichtigung des P2G eine Quote in Höhe von 13,23 Prozent. Regulatorische Veränderungen werden beobachtet und in der Planung berücksichtigt.

Das Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2024/1624 (CRR III) zum 1. Jänner 2025 führte zu wesentlichen Änderungen bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva und der Kapitalanforderungen, insbesondere durch die Einführung des Output Floor und überarbeiteter Standards für das Kredit- und operationelle Risiko. Diese regulatorischen Änderungen bilden die Grundlage für Verschiebungen innerhalb der einzelnen Risikopositionen einschließlich der Aufhebung oder Neudefinition einzelner Kategorien. Infolgedessen ist eine Vergleichbarkeit mit historischen Zahlen nicht mehr uneingeschränkt möglich.

Eigenmittelrechnung

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	5.988	5.991
Einbehaltene Gewinne	15.810	15.124
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	-4.189	-5.418
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	673	706
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	47	704
Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	18.329	17.107
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-60	-60
Abzugsposten für neu gebildete Wertberichtigungen	0	0
Immaterielle Vermögenswerte (verringert um eventuelle Steuerschulden) (negativer Betrag)	-646	-623
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-10	-7
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	14	128
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	0	0
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	0	0
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-20	-20
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250% zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-45	-56
davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-45	-56
Sonstige regulatorische Anpassungen	-94	-135
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) gesamt	-862	-773
Hartes Kernkapital (CET1)	17.468	16.334
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	1.668	1.829
Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	0	0
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	45	48
Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt	-33	-33
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.680	1.844
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	19.148	18.178
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.173	2.276
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	26	53
Kreditrisikoanpassungen	117	125
Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	-30	-60
Ergänzungskapital (T2)	2.286	2.394
Eigenmittel gesamt (TC = T1 + T2)	21.434	20.572
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	96.086	95.600

Eigenmittelerfordernis und risikogewichtete Aktiva

Die nachfolgende Tabelle zeigt das risikogewichtete Obligo gemäß der am 1. Jänner 2025 in Kraft getretenen Verordnung (EU) 2024/1624 (CRR III/Basel IV). Bis zum Jahresende 2024 wurde das risikogewichtete Obligo gemäß den Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR II/Basel III) berechnet.

in € Millionen	30.6.2025	
	Risikogewichtetes Obligo	Output floor - standardisiertes risikogewichtetes Obligo
Gesamtrisikobetrag	96.086	114.471
Gesamtrisikobetrag vor Anwendung der Untergrenze	96.086	114.471
Standardansatz (SA)	26.333	26.333
Staaten oder Zentralbanken	11.112	11.112
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	207	207
Öffentliche Stellen	196	196
Multilaterale Entwicklungsbanken	1	1
Internationale Organisationen	0	0
Institute	126	126
Unternehmen - Sonstige	4.634	4.634
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	104	104
Mengengeschäft	3.888	3.888
Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besicherte und ADC-Risikopositionen	2.564	2.564
Ausgefallene Risikopositionen	226	226
Aus nachrangigen Schuldtiteln bestehende Risikopositionen	0	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0
Forderungen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	0
Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	10	10
Eigenkapital	2.369	2.369
Sonstige Posten	895	895
Auf internen Einstufungen basierender Ansatz (IRB-Ansatz)	39.206	53.787
IRB-Ansätze, wenn weder eigene Schätzungen der LGD noch Umrechnungsfaktoren genutzt werden	25.978	36.590
Institute	2.544	1.887
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	4.247	7.178
Unternehmen - Angekaufte Forderungen	232	283
Unternehmen - Sonstige	18.955	27.242
IRB-Ansätze, wenn eigene Schätzungen der LGD bzw. Umrechnungsfaktoren genutzt werden	10.531	14.652
Unternehmen - Sonstige	4	2
Mengengeschäft - Wohnimmobilienbesichert	4.259	7.948
Mengengeschäft - Qualifiziert revolving	590	520
Mengengeschäft - Angekaufte Forderungen	0	0
Mengengeschäft - Sonstiges	5.678	6.182
Beteiligungen nach IRB	193	85
Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	23	30
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	2.481	2.429
Verbriefungspositionen	1.999	5.803
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	22	22
Gesamtrisikobetrag für den Geschäftsbereich, für den ein Marktrisiko besteht	9.984	9.984
Risikobetrag für den Geschäftsbereich mit Marktrisiko, der von Unternehmen berechnet wird, die ausschließlich den vereinfachten Standardansatz (SSA) anwenden	8.546	8.546
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach internen Modellen (IM)	1.438	1.438
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (OpR)	18.279	18.279
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung (CVA)	264	264

in € Millionen	31.12.2024	
	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	95.600	7.648
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kredit-, Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	68.003	5.440
Standardansatz (SA)	25.684	2.055
Risikopositionsklassen exklusive Verbriefungspositionen	25.684	2.055
Zentralstaaten und Zentralbanken	9.144	732
Regionale und lokale Gebietskörperschaften	185	15
Öffentliche Stellen	88	7
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	1	0
Institute	186	15
Unternehmen	5.245	420
Mengengeschäft	4.540	363
Durch Immobilien besicherte Forderungen	2.819	226
Ausgefallene Forderungen	288	23
Mit besonders hohem Risiko verbundene Risikopositionen	217	17
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsprüfung	0	0
Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	80	6
Beteiligungen	1.870	150
Sonstige Positionen	1.019	82
Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (IRB)	42.319	3.386
IRB-Ansätze, wenn weder eigene Schätzungen der LGD noch Umrechnungsfaktoren genutzt werden	30.694	2.455
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0
Institute	2.627	210
Unternehmen - KMU	2.703	216
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	4.070	326
Unternehmen - sonstige	21.293	1.703
IRB-Ansätze, wenn eigene Schätzungen der LGD bzw. Umrechnungsfaktoren genutzt werden	9.055	724
Risikopositionen gegenüber Unternehmen - Spezialfinanzierung	0	0
Risikopositionen gegenüber Unternehmen - Sonstige	0	0
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, KMU	94	8
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, keine KMU	3.596	288
Mengengeschäft - qualifiziert revolving	520	42
Mengengeschäft - sonstige KMU	324	26
Mengengeschäft - sonstige, keine KMU	4.521	362
Beteiligungen	608	49
Einfacher Risikogewichtungsansatz	0	0
Sonstige Beteiligungspositionen	0	0
PD-/LGD-Ansatz	0	0
Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen	1.962	157

in € Millionen	31.12.2024	
	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	18	1
Abwicklungs- und Lieferisiko im Anlagebuch	0	0
Abwicklungs- und Lieferisiko im Handelsbuch	18	1
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	8.873	710
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach Standardansätzen (SA)	7.586	607
Börsengehandelte Schuldtitel	935	75
Beteiligungen	123	10
Besonderer Ansatz für Positionsrisiken in OGA	5	0
Fremdwährungen	6.495	520
Warenpositionen	28	2
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach internen Modellen (IM)	1.288	103
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (OpR)	16.218	1.297
Standardansatz (STA) bzw. alternativer Standardansatz (ASA) für operationelle Risiken (OpR)	16.218	1.297
Fortgeschrittene Messansätze (AMA) für operationelle Risiken (OpR)	0	0
Gesamtrisikobetrag für Anpassung der Kreditbewertung	195	16
Standardisierte Methode	195	16
Sonstige Risikopositionsbeträge	2.292	183

Regulatorische Kapitalquoten

in Prozent	30.6.2025	31.12.2024
Harte Kernkapitalquote (transitional)	18,2 %	17,1 %
Kernkapitalquote (transitional)	19,9 %	19,0 %
Eigenmittelquote (transitional)	22,3 %	21,5 %

Verschuldungsquote

Die Berechnung der Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist im Teil 7 der CRR definiert. Auf Basis des Artikel 92 der CRR besteht zum 30. Juni 2025 eine verbindliche Anforderung von 3 Prozent:

in € Millionen	30.6.2025	31.12.2024
Gesamtrisikoposition	211.089	230.650
Kernkapital	19.148	18.178
Verschuldungsquote in Prozent (transitional)	9,1 %	7,9 %

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es liegen keine wesentlichen Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode vor.

Kennzahlen

Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlussposten ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

Betriebsergebnis – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen (vor Wertminderungen) abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Sind primär Ertragsbestandteile des laufenden operativen Geschäftsbetriebs (vor Wertminderungen), sie bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Cost/Income Ratio – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit denen anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen (abzüglich weiterverrechneter Transaktionssteuer) zu den Betriebserträgen (abzüglich weiterverrechneter Transaktionssteuer sowie vor Wertminderungen). Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Effektive Steuerquote – Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Ergebnis vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

Loan/Deposit Ratio – Wird verwendet, um die Liquidität einer Bank zu beurteilen. Sie errechnet sich aus den Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten.

Nettozinsspanne – Diese Rentabilitätskennzahl errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtkтива abzüglich Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte, Steuerforderungen und sonstige Aktiva).

Neubildungsquote – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Wertminderungen und -aufholungen auf finanzielle Vermögenswerte (Kundenforderungen) in Relation zu den durchschnittlichen Kundenforderungen.

NPE/Non-performing Exposure, notleidendes Obligo – Beinhaltet alle notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPL/Non-performing Loans, notleidende Kredite – Beinhaltet alle notleidenden Kredite nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPE Ratio – Anteil der notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPL Ratio – Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPE Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite und Schuldverschreibungen durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPE zu verkraften; errechnet

sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen.

NPL Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute.

Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite) – Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme; durchschnittlich bezeichnet den Mittelwert der Jahresendzahl und der entsprechenden Monatswerte).

Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite) – Rentabilitätskennzahl für Management und Investor:innen, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum jeweiligen Basiswert (Eigenkapital oder gesamte Aktiva) berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionär:innen investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital nicht beherrschender Anteile, ohne Ergebnis).

Konzern-Return-on-Equity – Rentabilitätskennzahl, die sich aus dem Verhältnis zwischen dem angepassten Konzernergebnis und dem durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital berechnet. Das angepasste Konzernergebnis setzt sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Konzernergebnis abzüglich der im Zuge von Entkonsolidierung aus dem sonstigen Ergebnis in die Erfolgsrechnung umgegliederten akkumulierten Effekte sowie des Dividendenanspruchs auf das zusätzliche Kernkapital zusammen. Das Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionär:innen der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital nicht beherrschender Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) – Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis abzüglich der im Zuge von Entkonsolidierung aus dem sonstigen Ergebnis in die Erfolgsrechnung umgegliederten akkumulierten Effekte und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

Eigenmittelspezifische Kennzahlen

Harte Kernkapitalquote – Hartes Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

Eigenmittelquote – Gesamte Eigenmittel in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Verschuldungsquote (Leverage Ratio) – Verhältnis des Kernkapitals zu allen Aktivposten in der Bilanz und außerbilanziellen Posten, soweit sie bei der Festlegung der Kapitalmessgröße nicht abgezogen werden. Die Berechnung erfolgt gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationelles Risiko.

Kernkapitalquote – Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BP	Basispunkte
BWG	Bankwesengesetz
CDS	Kreditausfalltausch (Credit Default Swap)
CE	Zentraleuropa (Central Europe)
CEE	Zentral- und Osteuropa (Central and Eastern Europe)
CET 1	Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1)
CoE	Eigenkapitalkosten (Cost of Equity)
CRR	Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation)
DCF	Abgezinster Zahlungsstrom (Discounted Cash-Flow)
EAD	Ausfallkredithöhe (Exposure at Default)
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority)
ECL	Erwartete Kreditverluste (Expected Credit Losses)
EE	Osteuropa (Eastern Europe)
ESAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
ESG	Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance)
EZB	Europäische Zentralbank
FMA	Finanzmarktaufsicht
FMSG	Finanzmarktstabilitätsgremium
HQLA	Erstklassige, hochliquide Aktiva (High Quality Liquid Assets)
IAS/IFRS	International Accounting Standards/International Financial Reporting Standards
IBOR	Referenzzinssatz im Interbankengeschäft (Interbank Offered Rate)
IPS	Institutionelles Sicherungssystem (Institutional Protection Scheme)
IRB	Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (Internal Ratings Based)
ITS	Technische Durchführungsstandards (Implementing Technical Standards)
LCR	Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio)
LGD	Ausfallverlustquote (Loss Given Default)
MREL	Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities)
NPE	Notleidendes Obligo (Non-Performing Exposure)
NPL	Notleidende Kredite (Non-Performing Loans)
NSFR	Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio)
OTC	Außerbörslich (Over The Counter)
PD	Überfällig (Past Due)
PEPP	Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme)
POCI	Erworbene oder ausgereichte wertgeminderte Vermögenswerte (Purchased or Originated Credit Impaired)
RBI	Raiffeisen Bank International Konzern
RBI AG	Raiffeisen Bank International Aktiengesellschaft
RWA	Risikogewichtete Aktiva (Risk-Weighted Assets)
RORAC	Risikoadjustierte Eigenkapitalrendite (Return on Risk Adjusted Capital)
SA	Standardansatz (Standardized Approach)
SA-CCR	Standardansatz im Kontrahentenrisiko (Standardized Approach to Counterparty Credit Risk)
SEE	Südosteuropa (Southeastern Europe)
SICR	Signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos (Significant Increase in Credit Risk)
SIRP	Spezielle Verzinsungsperiode (Special Interest Rate Period)
SRB	Systemrisikopuffer (Systemic Risk Buffer)
SREP	Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process)
TLTRO	Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations)
UNEP FI	Finanz-Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UN Environment Programme Finance Initiative)
VaR	Value-at-Risk
WACC	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital)

> Erklärung aller gesetzlichen Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgeblichen Rechnungslegungsstandards aufgestellte verkürzte Konzernzwischenabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und dass der Halbjahreslagebericht des Konzerns ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bezüglich der wichtigen Ereignisse während der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres und ihrer Auswirkungen auf den verkürzten Konzernzwischenabschluss, bezüglich der wesentlichen Risiken und Ungewissheiten in den restlichen sechs Monaten des Geschäftsjahres und bezüglich der offengelegten wesentlichen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen vermittelt.

Qualifiziert elektronisch signiert von:

Wien, am 29. Juli 2025

Der Vorstand

Dr. Johann Strobl e.h.

Vorsitzender des Vorstands, CEO

Mag. Marie-Valerie Brunner e.h.

Mitglied des Vorstands, CIB Customer Coverage

Mag. Andreas Gschwenter e.h.

Mitglied des Vorstands, COO/CIO

Dr. Hannes Mösenbacher e.h.

Mitglied des Vorstands, CRO

Dr. Andrii Stepanenko e.h.

Mitglied des Vorstands, Retail Banking

➤ Bericht über die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses

Einleitung

Wir haben den beigefügten verkürzten Konzernzwischenabschluss der Raiffeisen Bank International AG, Wien, für den Zeitraum vom 1. Jänner 2025 bis zum 30. Juni 2025 prüferisch durchgesehen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss umfasst die Bilanz zum 30. Juni 2025, die Gesamtergebnisrechnung, die Kapitalflussrechnung und die Eigenkapitalveränderungsrechnung für den Zeitraum vom 1. Jänner 2025 bis 30. Juni 2025 sowie den verkürzten Anhang, der die wesentlichen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zusammenfasst und sonstige Erläuterungen enthält.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Aufstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, verantwortlich.

Unsere Verantwortung ist es, auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht eine zusammenfassende Beurteilung über diesen verkürzten Konzernzwischenabschluss abzugeben.

Bezüglich unserer Haftung gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 125 Abs 3 Börsegesetz in Verbindung mit § 275 Abs 2 UGB und § 62a BWG sinngemäß zur Anwendung.

Umfang der prüferischen Durchsicht

Wir haben die prüferische Durchsicht unter Beachtung der in Österreich geltenden berufssüblichen Grundsätze, insbesondere des Fachgutachtens KFS/PG 11 "Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen", sowie des International Standard on Review Engagements (ISRE) 2410 "Review of Interim Financial Information Performed by the Independent Auditor of the Entity" durchgeführt.

Die prüferische Durchsicht eines Zwischenabschlusses umfasst Befragungen, in erster Linie von für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlichen Personen, sowie analytische Beurteilungen und sonstige Erhebungen. Eine prüferische Durchsicht ist von wesentlich geringerem Umfang und umfasst geringere Nachweise als eine Abschlussprüfung gemäß österreichischen und internationalen Prüfungsstandards und ermöglicht es uns daher nicht, eine mit einer Abschlussprüfung vergleichbare Sicherheit darüber zu erlangen, dass uns alle wesentlichen Sachverhalte bekannt werden. Aus diesem Grund erteilen wir keinen Bestätigungsvermerk.

Zusammenfassende Beurteilung

Auf Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beigefügte verkürzte Konzernzwischenabschluss nicht in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, vermittelt.

Stellungnahme zum Konzernzwischenlagebericht und zur Erklärung der gesetzlichen Vertreter gemäß § 125 BörseG 2018

Wir haben den beigefügten Konzernzwischenlagebericht gelesen und dahingehend beurteilt, ob er keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Konzernzwischenabschluss aufweist. Der Konzernzwischenlagebericht enthält nach unserer Beurteilung keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Konzernzwischenabschluss.

Der Halbjahresfinanzbericht enthält die von § 125 Abs. 1 Z 3 BörseG 2018 geforderte Erklärung der gesetzlichen Vertreter.

Qualifiziert elektronisch signiert von:

Wien, am 29. Juli 2025

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

Dr. Peter Bitzyk

Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichtes mit unserem Bericht über die prüferische Durchsicht darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen.

> Impressum

Raiffeisen Bank International AG
Am Stadtpark 9
1030 Wien
Österreich
Telefon: +43-1-71 707-0
www.rbinternational.com

Redaktionsschluss: 28. Juli 2025

Group Investor Relations

Telefon: +43-1-71 707-2089
E-Mail: ir@rbinternational.com
www.rbinternational.com → Investoren

Medien

Telefon: +43-1-71 707-1298
E-Mail: communications@rbinternational.com
www.rbinternational.com → Media Hub

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekanntem Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Bericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Bericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Der Bericht in englischer Sprache ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung.



Raiffeisen Bank
International

